

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 2.00 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 18. Juli 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Interlions-Gebühr

Besteht für die schlagfertige Kolonialzeitung oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Besprechungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 35 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Wie erobert man Volksrechte?

Herr Raumann verteidigt in einem längeren Artikel der „Hülse“ seine Theorie der politischen Bescheidenheit gegen unsere Angriffe. Er erklärt, den ihm von uns gegebenen Titel eines „Theoretikers der Bescheidenheit“ gern akzeptieren zu wollen. Die Sozialdemokratie habe noch immer nicht die politische Fähigkeit erlernt, das Erreichbare vom Unerreichbaren zu trennen. Sie hänge noch immer dem „großen Traum nach, eines Tages alle Macht zu erstürmen, um dann alles auf einmal zu ändern.“ Dieser Traum mache sie ungeschickt, ihre gegenwärtige Kraft auszunützen. Er befindet sich übrigens mit seiner Politik der Bescheidenheit in guter Gesellschaft, nämlich in Gesellschaft der Gewerkschaften, die im Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei genau zwischen Eudajel und Gegenwartsarbeit unterscheiden.

Wir halten es nicht der Mühe wert, uns gegen solche abgekehrte Unterstellungen zu verwahren. Daß die Sozialdemokratie ein Gegenwartsprogramm besitzt, daß sie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, im Reich, den Einzelstaaten, den Kommunen die eifrigste Gegenwartsarbeit betreibt, sollte schließlich auch ein Mann von den politischen Erfahrungen eines Raumann wissen! In ihrer Gegenwartsarbeit gehört freilich auch die Erringung größerer politischer Rechte für die Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie ist sogar die einzige Partei gewesen, die auf diesem Gebiete nachdrücklichste Arbeit geleistet hat. Sie allein von allen Parteien hat bisher einen allgemeinen Volkssturm gegen die schmähliche preussische Wahlrechtsreform unternommen. Der Freisinn dagegen hat sich mit einigen parlamentarischen Anträgen begnügt, denen dann von der Reaktion das verdiente Begräbnis dritter Klasse zuteil wurde.

Nun behauptet Herr Raumann von neuem, die sozialdemokratische Kundgebung sei „ins Wasser gefallen“. Die Arbeiter hätten nicht das genügende Interesse an der Wahlrechtsreform bewiesen, um es „auf den Kampf und die Probe ankommen zu lassen“, wie die Wiener Arbeiter. Er wolle nicht sagen, daß sie es hätten tun sollen, denn die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Polizei und Militär sei selbstverständlich vorhanden gewesen. Er stelle nur fest: „Es gelang kein Sturm des Volkes gegenüber dem preussischen Wahlrecht.“ Den Freisinn selbst treffe dabei keinerlei Mißschuld. Denn selbst wenn er sich von der Demonstration ferngehalten, ja sogar dagegen geschrieben und geredet habe, sei er nicht für den sozialdemokratischen „Mißerfolg“ verantwortlich zu machen: „denn was in aller Welt kann dabei der Freisinn tun, selbst wenn er wollte?“

Wir wollen diese letzte Frage des ahnungslosen Herrn Raumann mit aller gebotenen Deutlichkeit beantworten. Umsonst, da es sich nicht um nicht wieder gutzumachende Fehler der Vergangenheit handelt, sondern die aktuelle Frage: Was kann und muß der Freisinn tun, um eine demokratische Wahlrechtsreform in Preußen erzwingen zu helfen?

Herr Raumann behauptet, die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung sei mißglückt. Das ist nur insofern richtig, als sie keinen unmittelbaren Erfolg hatte, als sie die Reaktion nicht zu einer Wahlrechtsänderung zwang. Der Wahlrechtssturm hat immerhin den wahrhaftig nicht zu unterschätzenden Erfolg gehabt, breiteste Volksmassen aufzurütteln, ihnen das Bewußtsein ihrer schmählichen Entrechtung in die Seele zu brennen und den proletarischen Kampforganisationen zahlreiche neue Mitstreiter zuzuführen.

Wir behaupten aber darüber hinaus, daß dem Volkssturm nur deshalb auch der direkte Erfolg verweigert geblieben ist, weil die bürgerlichen Parteien, die ebenfalls die Dreiklassenmacherei bekämpfen und das Reichstagswahlrecht für Preußen zu erstreben vorgeben, die sozialdemokratische Demonstration nicht nur nicht unterstützten, sondern sogar geschmäht, verkleinert und gehässig bekämpft haben!

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft bildet zurzeit nur die Minderheit des Volkes. Sie vermag deshalb so lange die Reaktion nicht zu den von ihr erstrebten Zugeständnissen zu zwingen, als sie, ohne selbst die höhere Macht im Staat zu repräsentieren, von den bürgerlichen Parteien, die sich als Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auch für die Einzelstaaten ausgeben, nicht unterstützt wird. Die proletarische Wahlrechtsbewegung in Deutschland konnte gerade deshalb eine unüberwindliche Stoßkraft entfalten, weil sie von starken bürgerlichen Elementen unterstützt wurde. Sie hätte den Widerstand der wahrheitslieblichen Reaktion wahrscheinlich nicht zu überwinden vermocht, wenn ihr wie in Deutschland das gesamte Bürgertum teils direkt feindlich, teils völlig apathisch, wo nicht mißgünstig gegenübergestanden hätte.

Bei uns in Deutschland aber stand einer viel stärkeren, kampfbereiteren Reaktion einzig die Sozialdemokratie gegenüber; die in Frage kommenden bürgerlichen Kreise, Freisinn und Zentrum, beobachteten eine Neutralität, die nicht einmal eine wohlwollende war!

Ganz anders hätten sich die Chancen des Sturms gegen das Dreiklassenwahlrecht gestaltet, wenn sich der Freisinn und das Zentrum dieser Bewegung angeschlossen hätten.

Freisinn und Zentrum repräsentieren im Reiche und auch in Preußen selbst eine nicht zu unterschätzende Macht. Sie brauchen nur zu wollen, um ihren Einfluß gewaltig für eine Demokratisierung des preussischen Wahlrechts in die Waagschale werfen zu können!

Die freisinnige Vereinigung und die freisinnige Volkspartei brachten 1903 in Preußen 125 471 Urwählerstimmen für sich auf, davon entfielen allein auf die beiden wirtschaftlich einflußreichen oberen Klassen 41 632 Urwähler. Das Zentrum erhielt in den beiden oberen Klassen 1903 78 257 Urwählerstimmen und 174 376 Urwählerstimmen in der dritten Klasse. Von insgesamt 410 456 Urwählerstimmen der ersten und zweiten Klasse entfielen auf Freisinn und Zentrum nicht weniger als 119 889 Urwählerstimmen. Dazu kamen noch 13 165 Urwählerstimmen der Sozialdemokratie. In der dritten Klasse stellten Freisinn, Zentrum und Sozialdemokratie von zusammen 1 261 157 Urwählern nicht weniger als 559 199 Urwähler.

Hätten also Freisinn und Zentrum, wie es ihre verdamnte politische Pflicht gewesen wäre, sich, sei es auch selbständig, an dem Proteststurm beteiligt, so hätten sie dadurch die Reaktion in die bedrängteste Lage gebracht, sie zu Zugeständnissen genötigt!

Und weiter. Freisinn und Zentrum verfügen über einen ungeheueren Prozentsatz der deutschen Presse. Eine Bewegung gegen die preussische Dreiklassenmacherei hätte durch diese Presse enorm verstärkt werden können. Die ganze öffentliche Meinung hätte derart zugunsten der Wahlrechtsforderungen beeinflusst werden können, daß die Reaktion ganz andere Saiten anzuziehen genötigt gewesen wäre.

Ja, die Protestbewegung hätte unter solchen Umständen einen Charakter annehmen können, wie in Oesterreich. Das Volk hätte sich zur Verstärkung seiner Wahlrechtsdemonstrationen die „Straßen erobern“ können. Selbst wenn Freisinn und Zentrum sich vorsichtig von der Straße ferngehalten hätten, hätte es bei einer solchen Stimmung der öffentlichen Meinung die Reaktion nicht wagen dürfen, das Militär gegen die Demonstranten aufzubieten oder gar den Säbel hauen und die Klinte schleichen zu lassen!

Was aber haben die Wahlrechtsfreunde des Freisinns und Zentrums in Wirklichkeit getan? Sie haben auf die Sozialdemokratie geschimpft, gegen die Wahlrechtsdemonstration gekehrt und geschmäht, zum Teil in einer Weise, auf die Blätter vom Schläge der „Post“ und der „Tägl. Adsch.“ hätten neidisch werden können.

So hätten Freisinn und Zentrum damals handeln müssen, wenn es ihnen mit ihren Wahlrechtsforderungen ernst gewesen wäre. So müßten sie jetzt vorgehen, wenn es sich bei ihnen nicht um Durchsetzung kleinlicher Sonderinteressen handelte, bei denen die Arbeiterschaft abermals der geprellte Teil sein wird.

Und die Methode, die der Freisinn nunmehr eingeschlagen hat, um die Wahlreform zu erlangen? Er hat sich der Reaktion, den Dettel und Arendt an den Hals geworfen, hat uferlose koloniale Kredite bewilligt, hat seinen Kampf gegen den Brot- und Fleischwucher bis zum Säufeln herabgestimmt. Er hat sich zum Handlanger der Reaktion erniedrigt. Und dabei bilden sich Illusionisten vom Schläge eines Raumann noch ein, diese konervative Reaktion werde für demokratische Konzessionen zu haben sein, werde auch nur der Verfassung und Verbürgung der Volksschulen steuern!

Die preussische Wahlreform wird im günstigsten Falle der liberalen Bourgeoisie zugute kommen. Die Massen des entrechteten Volkes werden mit einigen kümmerlichen Almosen abgesperrt werden. Dafür aber wird obendrein die zollwucherische und militaristische Reaktion im Reiche noch mehr gestärkt werden.

Sache der Arbeiterklasse, der Entrechteten aller Parteien selbst ist es, Freisinn und Zentrum vorwärts zu treiben, oder diesen Wahlrechtsheuchlern die Larve rücksichtslos vom Gesichte zu reißen!

Koloniale Hunnenmoral.

Gegen die Peters-Verherrlichung des Liehthol. Kohrbach in der „Hülse“ erhebt ein Herr Liedtke geharnischtesten Einspruch in demselben Blatte. Er schreibt dort:

„Mit Erstaunen, wenn nicht mit Entrüstung, werden die meisten Leser die Beurteilung gelesen haben, die der Prozeß Peters in diesem Blatte von Seiten des Dr. Kohrbach gefunden hat. Selbstverständlich ist es nötig, daß sie nicht ohne Widerspruch aus dem Leserkreise heraus bleibt. Denn vom einseitigen, nicht unbeteiligten Standpunkt eines Afrikaners aus geschrieben, berückichtigt diese in keiner Weise die Feststellung des Urteils des Schöffengerichts wie der Disziplinargerichte.“

Wie sieht nun die Rechtfertigung des Peters nach der neuen Verhandlung aus? Es ist lediglich eine Verurteilung des Redakteurs Gruber wegen formaler Verleumdung erfolgt. Kohrbach wird doch wohl kaum geglaubt haben, daß wegen nicht zu beweisender Ausdrücke, wie „sadistische Pervertität“, eine völlige Freisprechung erfolgen würde. Es ist ferner eine Bestrafung wegen Verleumdung abgelehnt und der Schutz der Vertretung berechtigter Interessen, eine

Seltenheit, zugebilligt, alles nicht schmeichelhaft für Peters. Als Ergebnis des neuen Verfahrens läßt sich hinsichtlich Peters folgendes feststellen:

1. Das Schöffengericht hat allerdings angenommen, Peters habe geglaubt, bei der Hinrichtung der Jagobja und des Mabruk rechtmäßig zu handeln. Damit ist für Peters aber durchaus nicht viel gewonnen, denn ein solcher Glaube, ein solcher Irrtum über die Rechtmäßigkeit seines Tuns, schügt einen Angeklagten nicht vor Strafe. Peters wäre also doch straffällig. Ferner hat das Gericht betont, daß es sich durchaus kein Urteil darüber anmaßen wolle, ob in Wirklichkeit jene Hinrichtungen auch berechtigt oder auch nur angemessen gewesen seien. Außerdem hat es hervorgehoben, daß das seiner Beurteilung zugrunde liegende Material nur lüdenhaft gewesen sei, daß vor allem Beugen gefehlt hätten, die im Verfahren vor den Disziplinargerichten vorhanden gewesen seien. Jene Annahme des Schöffengerichts verliert also völlig den Wert.

2. Im Fall Mabruk hat das Gericht die Möglichkeit des Vorliegens geschlechtlicher Motive bejaht. Die anderen Behauptungen der Peterspresse sind völlig unwichtig. Das Schöffengericht ist in diesem Punkte zum selben Ergebnis gekommen wie der Disziplinarkhof. Auch er hat nur von einem „Verdacht“ gesprochen und zwar auch nur im Falle „Mabruk“, nicht im Falle „Jagobja“.

Des weiteren beschäftigt sich Liedtke noch mit den anderen Heldentaten des Peters, seinen Brutalitäten während der Emin Pascha-Expedition, wo er einen friedlichen Hirten einfach niederknallen ließ, wo er Eingeborene „irrtümlicherweise“ „wie Späßen“ von den Bäumen schoß usw.

Bezeichnend für die koloniale Sittenverwilderung ist es nun, daß Herr Kohrbach in einer langen, nichtsagenden Entgegnung abermals einen Hymnus auf das koloniale Herrenmenschtum anstimmt.

Er prophezeit, daß Deutschland demnächst seinen Kolonien-Eroberern nicht nur in Worten, sondern auch in „Stein und Erz“ Denkmäler errichten werde. Ja, „auf die Gefahr hin, neuer Enttäuschung zu begegnen“, wage er die Prophezeiung, „daß von diesen Denkmälern auch dem Dr. Peters ein zuteil werden wird.“

In dem einen Falle wird allein schon die Dankbarkeit gegen den, der uns Ostafrika erworben hat, dazu geneigt machen, Schwächen des Mannes in milderem Lichte erscheinen zu lassen, und ebenso wird auf der anderen Seite der grundsätzliche Zweifel an der kolonialen Herrlichkeit ein Stück von dem allgemeinen Mißbehagen über unsere Festslegung in Afrika aus auf das Urteil über den „Gewaltmenschen“ übertragen, der uns das Hauptstück daran eingebracht hat. Aber wenn Peters Amerika entdeckt hätte, anstatt daß er uns Ostafrika erworben, so würden ihm auch seine Feinde nach hundert Jahren alle seine Taten vergessen, so gut, wie man sie dem Kolumbus vergessen hat, der, auch mit dem Maßstab jener Zeit gemessen, keine humaneren und liebenswürdigeren Tugenden an sich trug als Dr. Peters.“

Der ehemalige Theologe eröffnet uns da die reizendsten Kulturperspektiven. Er vertritt die wahrhaftigste „Jesuitenmoral“, daß ein Mensch nicht nach dem Charakter seiner Taten beurteilt werden dürfe, sondern nach seinen „Erfolgen“.

Kohrbach scheut sich auch nicht, folgenden Satz zu Papier zu bringen:

„Die schonende Eingeborenenpolitik in Südwestafrika hat uns weit über tausend Soldaten und Ansoldier und beinahe eine halbe Milliarde Mark gekostet — und außerdem den Hereros ihr Land, ihr Vieh, ihre Freiheit und die Hälfte ihrer Volksgüter.“

Also die Trostschasse Ausrottungsstrategie, die die Hereros dezimierte, war „schonende Eingeborenenbehandlung“. Der schändliche Land- und Viehraub an den Eingeborenen, ihre Mißhandlung und Entrechtung, alle die Rücksichtslosigkeiten gegen die dem Schutz des Deutschen Reichs unterstellten Eingeborenen, die Herero und Hottentotten zum verzweifeltsten Widerstand aufreizten — all das war allzu „schonende Eingeborenenpolitik“!

Der Gänge-Peters dürfte nicht verfehlen, sich diesen theologischen Verfechter der kolonialen Herrenmoral bei seinem nächsten Prozeß als „Sachverständigen“ zuzulegen. Das blutrünstige Herrenmenschtum dieses Konquistadors könnte kaum einen wärmeren Fürsprecher finden! —

Staatsbetriebe und Privatindustrie.

Aus Zürich wird uns geschrieben:

Im allgemeinen verfolgen auch in der Schweiz Staat und Gemeinden die Tendenz, mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit, wie man so schön und doch im Grunde so unzutreffend zu sagen pflegt, keine besseren und sehr oft schlechtere Arbeitsverhältnisse zu gewähren als die Privatbetriebe. Wo von dieser Regel eine Ausnahme gemacht wird, da geschieht es meistens nur unter dem Einflusse der zu einer Macht gewordenen Arbeiterschaft und ihrer Vertretungen in den Behörden, manchmal auch auf Initiative bürgerlicher Politiker, die sie und da einmal gerne in Arbeiterfreundlichkeit erstahlen möchten oder es nötig haben, ihren Sessel zu festigen. Neue Tendenz läßt sich insbesondere bei den schweizerischen Bundesbahnen nachweisen, zum Argernisse für alle, die von der Verstaatlichung der Eisenbahnen für deren Arbeiter und Angestellte bessere Arbeitsverhältnisse erhofft haben. Ist doch seit Jahren immer und immer wieder z. B. darauf hingewiesen worden, daß die Arbeiter und Angestellten der Gotthardbahn, die sich noch in Privat Händen befindet, sich fast durchwegs besser stellen als ihre Arbeitskollegen von den Bundesbahnen, weshalb auch ein beständiges Hin- und Herhandeln zwischen den Organen der Bundesbahnen und den verschiedenen Arbeiterkategorien zu

Verzeichnisse ist. Der Erfolg ist für die Arbeiter meistens gleich Null.

Die Privatunternehmer sind natürlich über die bei den Staats- und Gemeindefabriken vorherrschende Tendenz höchlichst entzückt. Sie wachen aber auch mit Argusaugen darüber, daß die Arbeiter dieser Betriebe vor den ihrigen nichts voraushaben, und ihre Vertreter in den Behörden geben sich — wie unter anderem die Verhandlungen des Zürcher Stadtrats über den Neunstundentag und den Minimallohn der Gemeindefabrikarbeiter gezeigt haben — redlich Mühe, jeden Fortschritt zu unterbinden. Die Privatunternehmer gehen aber noch weiter: sie scheuen sich nicht, sobald ihnen von beabsichtigten Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse in Staats- oder Gemeindefabriken etwas zu Ohren kommt, direkt zu ungunsten der Arbeiter zu intervenieren! Bis jetzt hatte man allerdings für dergleichen Interventionen keinerlei Beweise, man konnte sie nur aus mandem wechselndem „Zusammentreffen“ vermuten. Der soeben erschienene Bericht des Arbeitgeberverbandes schweizerischer Maschinenindustrieller liefert nun aber auch den lange vermissten Beweis.

Dieser Bericht beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit der Verwaltung der Bundesbahnen und beklagt sich darüber, daß diese die Erhaltung der Privatindustrie erschweren. Da ihnen als staatlichem Organ Konzeptionen mit Rücksicht auf die Arbeitszeit natürlich viel leichter fallen als denen, die sich daraus ergebende materielle Einbußen persönlich zu spüren bekommen und die mitten im industriellen Wettkampf mit dem „In- und Auslande stehen“. Den Grund zu diesen Klagen bildet die von den Arbeitern nach langen Kämpfen endlich durchgesetzte Einführung der 8-stündigen Arbeitszeit für die Werkstättenarbeiter der schweizerischen Bundesbahnen. Diesen Schritt hat, wie aus dem Berichte hervorgeht, der Vorstand des Arbeitgeberverbandes zu verhindern beschlossen! Glücklicherweise ohne Erfolg. Der Bericht führt darüber aus: „Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitszeitverhältnisse in staatlichen Betrieben eine intensive Rückwirkung ausüben auf die Kämpfe um die Arbeitszeit in der Privatindustrie, und es wäre zu erwarten, daß jene Betriebe hierauf einigermaßen Rücksicht nehmen. Wir verlangen nicht, daß der Staat im Kampfe um die Arbeitszeit sich auf die Seite der Arbeitgeber stelle, aber wir protestieren dagegen, daß der Staat die Arbeiterorganisationen durch solche Stellungnahme zu unaufhörlichem Kampfe um Reduktion der Arbeitszeit geradezu einlädt.“

Der Standpunkt, daß der Staat zur Wahrung der Interessen der Privatindustrie da sei, ist in ebenso unverblümter Weise in der letzten Session des Nationalrats zum Ausdruck gebracht worden. Die Veranlassung hierzu war folgende: Seit 1878 werden in der Schweiz sämtliche Linienbauten und Reparaturen des Telegraphen- und Telephonnetzes in staatlicher Regie ausgeführt. Man hat damit die besten Erfahrungen gemacht. Jede Linie verfügt über handige, geschulte Arbeiter, sobald es möglich ist, Schäden sofort zu beheben. Der Bau ist ein durchaus einheitlicher, und Puscharbeit ist so gut wie ausgeschlossen. Dieser Mangel ist aber der Privatindustrie ein Dorn im Auge; sie möchte am Bau und Unterhalt der Telegraphen- und Telephonlinien auch gern etwas verdienen. Es wurde deshalb in der Deputations-session von 1906 anlässlich der Budgetberatung ein Postulat gestellt und angenommen, das die Uebertragung des Baues einiger Telegraphen- und Telephonlinien an die Privatindustrie zum Zwecke hatte, unter Vorbehalt der Materiallieferung durch den Bund. Mit Postulat vom 13. März 1906 beantragte aber der Bundesrat die Abweisung des Postulats, weil die Uebertragung des Baues an die Privatindustrie die Solidität der Anlagen und die Sicherheit des Verkehrs beeinträchtigen müßte.

Dieses Argument allein schon hätte genügt, die im Nationalrat sitzenden Privatindustriellen in Aufregung zu bringen. Die Postulatskommission aber noch andere Argumente. Sie sagt, die Herren Unternehmer können, im Bestreben, möglichst rasch und möglichst viel zu verdienen, leicht Puscharbeit liefern. Und dann heißt es in der Postulatskommission: „Der Unternehmer kennt selbstredend kein anderes Interesse als das seinige. Er wird aus jedem Unternehmen einen möglichst großen finanziellen Gewinn zu erzielen suchen, und dies wird er eben nur erreichen bei hohen Einheitspreisen und indem er sein Arbeitspersonal besser ausnützt oder ausbeutet, als die Vorschriften über das Anstellungsverhältnis der Telegraphen- und Telephonarbeiter es dieser Verwaltung gestatten. Bei ihr fällt der Unternehmergewinn weg, resp. er kommt größtenteils in Form höherer Löhne den Arbeitern zugute. Denn wenn wir die Arbeitsbedingungen der Unternehmer untersuchen, indem wir die von ihnen bezahlten Löhne mit denjenigen der Telegraphenverwaltung in Vergleich bringen, so bestätigt sich die Ansicht, daß es in der Hauptsache die starke und vorübergehende Beanspruchung und Wiederabholung billiger Arbeitskräfte ist, die hohen Gewinn des Arbeitgebers ermöglichen. Wie gezeigt, sind jedoch für die besondern, mit Gefahren verbundenen Arbeiten der Telegraphenverwaltung nur die besten Arbeiter gut genug. Sie sollen daher auch den verdienten Lohn für ihre Arbeit ganz erhalten und nicht einen gewissen Prozentsatz davon einem Dritten abtreten müssen.“

So verständliche Wahrheiten in einem amtlichen Bericht, das war für die Privatindustriellen, die vom Staate den Schutz ihrer Interessen erwarten, ein zu starker Restroh gegen den heiligen Geist des Kapitalismus. Die drei Größten der kapitalistischen Hierarchie, der Maschinenfabrik Sulzer, der Wasserkrastverschneider Schottle und der Finanzminister Speiser, ließen Sturm gegen die einschlägigen Ausführungen, und da sie nicht glauben mochten, daß der Bundesrat selbst sich solcher Neereien könne schuldig gemacht haben, so schrieben sie sie einem Beamten zu und verlangten energisch, daß der Bundesrat solchen „Schreibern“ künftig etwas besser auf die Fingern sehe! Leider weiß man nicht, wer die „Schuld“ daran trägt, daß solche derbe Wahrheiten in einer Postulatskommission des schweizerischen Bundesrates zu finden sind. Bundesrat Jemp gab die Versicherung ab, daß der Passus nicht gegen die Unternehmer im allgemeinen, sondern nur gegen die Telegraphenleitungs-Affordanten (die gar nicht in Frage kommen!) gerichtet, und wies darauf hin, daß der Akt vom Bundesrat Horrer unterzeichnet sei. Es ist aber anzunehmen, daß dieser gar nicht gelesen, was er unterzeichnete.

Die Angelegenheit hat für die schweizerische Sozialdemokratie leider auch eine Schattenseite, und zwar ist diese darin zu sehen, daß jene Großkapitalisten die Interessen ihrer Klasse so rücksichtslos ausprechen und ihre Auffassung über wirtschaftliche Wahrheiten so unüberhöhen zum Ausdruck bringen konnten, ohne daß die beiden sozialdemokratischen Nationalräte, Brüllein und Scherrer, ein kräftiges Wort der Entgegnung fanden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juli 1907.

Ostmarkenpolitik.

Die Regierung hat mit ihrer Ostmarkenpolitik ein gründliches Glaslo erlitten. Hunderte von Millionen sind verpulvert, aber ihren Zweck, die Zurückdrängung der polnischen „Karnidel“, hat sie nicht erricht. Im Gegenteil, die polnische Bevölkerung ist vielfach in früher fast rein deutsche Gegenden vorgeedrungen. Der einzige Erfolg des Treibens der Ansiedelungskommission ist lediglich eine anormale Steigerung der Grundstückspreise. Jedoch hat dieser Mißerfolg die preussische Regierung nicht eines Besseren belehrt. Sie hat aus dem völligen Fehlschlag ihrer ganzen bisherigen Polenpolitik lediglich die Folgerung gezogen, daß mit noch schärferen, noch besserem, noch wirksameren Mitteln der Ausbreitung der polnischen Bevölkerung entgegenzuarbeiten werden muß. Schon die letzte preussische Thronrede kündigte eine neue Ostmarkenvorlage an; die, wie bürgerliche Blätter zu berichten wissen, jetzt völlig oder doch zum wenigsten in ihren wichtigsten Hauptteilen fertiggestellt sein soll und für die Ansiedelungskommission nicht weniger als das Entgegnungszrecht

fordert — natürlich nebst der zu den geplanten Entgegnungen nötigen Biefsummen. Die Ansiedelungskommission soll nicht nur das Recht erhalten, beim Verkauf deutscher Güter an Polen Einspruch zu erheben und den Uebergang des Besitzes in polnische Hände zu verhindern, sondern es soll ihr ferner im Widerspruch zur Verfassung die Befugnis eingeräumt werden, ein Zwangsenteignungsverfahren gegen preussische Grundbesitzer polnischer Nationalität einzuleiten und diesen ihren Landbesitz auf Kosten der preussischen Steuerzahler abzunehmen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß über den Stand der Angelegenheit — allem Anschein nach aus dem Landwirtschaftsministerium — folgendes zu berichten:

„Zunächst beschäftigte sich das Landwirtschaftsministerium mit der Sache; es entstand eine Denkschrift und ein Entwurf, mit dem sich auch schon das Staatsministerium, wenn auch nur vorläufig, beschäftigt hat. Gegen Ende der Tagung des letzten Landtages wurde mit den Führern der konservativen Parteien und der Nationalliberalen vertraulich Fühlung genommen, um zu erörtern, ob eine solche oder ähnliche Vorlage Aussicht habe, vom Abgeordnetenhause angenommen zu werden. Ueber den Verlauf dieser Besprechungen ist bekannt geworden, daß auch bei den Politikern, die grundsätzlich Freunde der Ansiedelungspolitik und ihres Zieles sind, lebhafteste Bedenken obwalteten, die nicht ohne weiteres zerstreut und beseitigt werden konnten. Das war der eine Grund, weswegen man es unterließ, den Entwurf noch dem letzten Landtage zu unterbreiten. Es lag aber noch ein anderer Grund vor, nämlich der, daß auch in Regierungskreisen eine nochmalige gründliche Erwägung der schwierigen Frage für notwendig erachtet wurde. So liegen die Dinge heute. Seit dem Schluß des Landtages hat sich tatsächlich nichts geändert. Man ist und bleibt entschlossen, den Entwurf womöglich dem Landtage in seiner nächsten Tagung zu unterbreiten. Grundräßig ist man durchaus einig; über die Formulierung gehen die Meinungen auseinander.“

Um nicht eine verfehlte Politik aufgeben und ihre Unfähigkeit eingestehen zu müssen, greift also die Regierung leichtes Sinnes zur Zwangsenteignung. In allen Tonarten wird sonst von der Heiligkeit des Eigentums geschwätzt; hier aber wird nicht nur eines höheren Zwecks willen, sondern lediglich um eine verpöschigte Politik aufrecht zu erhalten, diese Heiligkeit ohne weiteres ignoriert.

Zum Fall Schellenberg.

Das Neueste von dem medizinischen Fall Schäufele ist, daß Dr. Schellenberg, der wegen seiner angeblich sozialdemokratischen Gesinnung von der Wiesbadener Polizeiverwaltung gemahnt wurde, gar kein Sozi ist, sondern Freisinniger, Mitglied einer Partei, die zum Regierungsbund gehört. Der „Frankfurter Zeitung“ wird nämlich aus Wiesbaden gemeldet:

„Zu der Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg.“ zu dem Fall des Postarztes Dr. Schellenberg hat der als eifriger öffentlicher Parteigänger der Sozialdemokratie Verdächtige dem Blatte folgende klare Berichtigung übersandt:

Es ist unrichtig, daß ich in der Öffentlichkeit oder im Geheimen als eifriger Parteigänger der Sozialdemokratie aufgetreten sei. Ich bin überhaupt — wie dem Reichspostamt wohlbekannt — nicht Sozialdemokrat, sondern Mitglied der Freisinnigen Vereinigung seit ihrer Gründung. Richtig ist, daß ich in der Stichwahl dem Sozialdemokraten gegen den Rechtsnational liberalen (gemeint ist Darling) meine Stimme gegeben habe.

Um so bestreblicher erscheint der Ministriß des Reichspostamts. Die Stelle des hiesigen Postarztes ist inzwischen durch den Leipziger Verband gesperrt worden.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht die Zuschrift eines konservativen Arztes, der sich durchaus das Recht einer Behörde ausspricht, sozialdemokratische Vertrauensärzte zu mahnen. Dieser Standpunkt ist wenigstens insofern konsequent, als der Arzt seinen Kollegen kein Ständeborrecht eingeräumt wissen will. Wie für die Arbeiter in Staatsbetrieben soll auch für die Ärzte der Sach gelten, daß sie ihre politische Ueberzeugung nach den Wünschen ihrer „Vorgesetzten“ einzurichten haben. Ist gleich der Standpunkt des Doktors, so hat es wenigstens Methode!

Das offiziöse Heftblatt beschönigt die Mahnung mit dem Argument, daß ein „Parteiisanalifer“ als Arzt auch seine Patienten „politisch beeinflussen“ könne. Danach müßte den Ärzten überhaupt das Recht aberkannt werden, eine politische Meinung zu vertreten. Oder dürfen konservative Ärzte eine politische Beeinflussung ausüben?!

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Es ist eine grobe Ungehörigkeit, wenn irgendein Vorgesetzter oder Arbeitgeber herumschneifelt, um zu erfahren, wie seine Untergebenen und Beamten gestimmt haben. Bei den allgemeinen Wahlen sind auch die Beamten nicht dienstlich tätig, sondern sie erfüllen ihre staatsbürgerliche Pflicht in voller Unabhängigkeit nach ihrer eigenen Ueberzeugung. Will sich ein Vorgesetzter als politischer Kontrolleur aufspielen, so verdient er mit aller Entschiedenheit in seine Schranken gewiesen zu werden. Nur dann könnte sich die Behörde mit Recht beschweren, wenn irgendein Beamter seine Stellung dazu mißbraucht, um in seiner amtlichen Tätigkeit für seine politische Ueberzeugung Propaganda zu machen. Sonst aber gebührt dem Vorgesetzten, der nach der Abtinnung seiner Untergebenen schneifelt, ein Denkmal. Das sagen wir von der schärfsten Opposition, mag es sich um Zentrum oder Sozialdemokratie handeln.“

Das ist ja sehr hübsch. Hoffentlich geht es aber der Freisinn in preussischen Landtag durch, daß künftig auch den Staatsarbeitern nicht mehr wie bisher das Koalitionrecht unterbunden wird, daß auch keinerlei politische Mahnungen mehr vorkommen. Als Regierungspartei hat doch der Freisinn ein Anrecht darauf, seine Wünsche respektiert zu sehen!

Hanswurst und Menschenfreund.

Die „Post“ entdeckt, daß die „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ über Karfunkelstein ganz anders geurteilt habe, wie der „Vorwärts“. Der „Vorwärts“ habe Karfunkelstein einen politischen Hanswurst genannt, während die „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ ihm seine Menschlichkeit attestiert habe.

Wir vermögen da einen Widerspruch nicht zu entdecken. Es kann jemand ein wohlmeinender Menschenfreund sein und doch zugleich ein politischer Hanswurst. Womit wir freilich nicht behaupten wollen, daß die politischen Hanswürste des Kronsteinblattes nun auch Menschenfreunde wären!

Sächsischer Nationalliberalismus.

Der neue sächsische Wahlgesetzentwurf hat Gnade gefunden vor den Augen — der sächsischen Nationalliberalen. Während die konservative Landtagsfraktion am letzten Sonnabend den Entwurf scharf zurückgewiesen hat, sahste am Sonntag eine Sitzung des nationalliberalen Landesausschusses für das Königreich Sachsen, an der auch die Landtagsabgeordneten Gontard, Dr. Schill, Ehret, Müller, Langhammer, Schick, Kreisbarm, Popitz, Nühmann, Wenzel und Reichardt teilnahmen, einstimmig folgenden Beschluß:

„An dem am 6. Juli d. J. veröffentlichten Wahlgesetzentwurf der sächsischen Staatsregierung erkennt der Nationalliberalen

Landesverein für das Königreich Sachsen an, daß durch die Befestigung der Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen und die Sicherung einer gerechten Wahlkreisverteilung, sowie durch die Abschaffung der indirekten Wahl zwei seiner bisherigen Forderungen befriedigt werden sollen; er erklärt sich auch, an seinem Beschlusse vom 24. Januar 1904 festhaltend, mit einem gemäßigten Pluralwahlrecht, wie es der Entwurf, wenn auch nur für einen Teil der Abgeordnetenwahlen, vorseht, grundsätzlich einverstanden, verheißt jedoch nicht seinen Widerspruch gegen mehrere Einzelheiten. Dafür, daß durch Verhältnismahlen den Minderheiten eine entsprechende Vertretung im Landtage gewährt wird, tritt er ein, hält aber den Vorschlag der Regierung für keine glückliche Lösung dieser Aufgabe. Vor allem aber hat er gegen die Uebertragung des einen Teils der Wahlen an die Kommunalverbände und die dadurch herbeigeführte Spaltung der Zweiten Kammer in zwei ihrem inneren Wesen nach verschiedene Gruppen von Abgeordneten so schwere Bedenken, daß er dem Entwurf in der vorliegenden Form nicht zustimmen vermag.“

Selbstverständlich finden auch die Nationalliberalen Einiges an dem Wahlgesetzentwurf auszufehen — schon aus taktischen Gründen; im ganzen aber sind sie, wie der Beschluß erkennen läßt, mit der sachlichen Leistung einverstanden. Sieht man die Eigenart des Nationalliberalismus in Betracht, erscheint diese Haltung begreiflich. Die Annahme des Wahlgesetzentwurfs würde voraussichtlich die Wirkung haben, daß der sächsische Nationalliberalismus einige Mandate auf Kosten der Konservativen gewinnt, und diese wahrscheinlich Vergrößerung ihrer Landtagsfraktion nicht den großen Genies, die in Sachsen nationalliberale Führer spielen, allem Anschein nach gewaltig in die Nase.

Zum Zucker-Brief.

Gerstoffe Uebel sendet uns folgende Zeilen mit dem Ersuchen um Veröffentlichung:

Ich lese nachträglich in der „Leipz. Volksztg.“, daß der Vertreter der „Frankf. Zeitung“ in New York seinem Blatte die Mitteilung gemacht habe, der Afrika-reisende Giesebrecht habe ihm in bezug auf den sogenannten Zucker-Brief unter anderem gesagt:

„Giesebrecht, sei am 12. März 1896 mit einem bekannten Afrikaforscher und späteren hohen Beamten des Kolonialamts zusammen in Berlin gewesen. Der Afrikaforscher erzählte Giesebrecht dabei, nummehr gehe es Peters an den Kragen. Er habe Informationen des Auswärtigen Amtes. Deren Niederschrift überbrachte Giesebrecht dem Abgeordneten Uebel und dieser habe auf Grund der darin enthaltenen Äußerungen irrtümlich geglaubt, im Besitze eines Briefes von Peters an den Bischof zu sein, was nicht beabsichtigt war.“

Gegenüber diesem Versuch Giesebrechts, mich in dieser Affäre in einer etwas seltsamen Rolle erscheinen zu lassen, stelle ich fest, daß meine Mitteilungen in der Peters-Affäre nicht von Giesebrecht herrühren, daß er kein Gewährsmann für mich war und daß, wie die Berichte über die Reichstagsverhandlungen vom 18. bis 16. März 1896 ausweisen, der sog. Zucker-Brief von mir in der Form vollständig mitgeteilt wurde, wie er mir von meinem Gewährsmann übergeben worden war.

Aus der militärischen Ferienkolonie.

Vor dem Breslauer Oberkriegsgericht des VI. Armee-Korps als Berufungsinstanz unter Vorsitz des Oberlieutenants von Henl stand angeklagt der Pionier Walter Schinke vom Schleißischen Pionierbataillon Nr. 6 in Reife eines bunten Straußes von Straftaten wegen: der Gehorsamsverweigerung, Ächtungsverletzung, Verleumdung Vorgesetzter usw. Das Kriegsgericht der zwölften Division zu Reife verurteilte ihn zu einem Jahre und einen Monat Gefängnis. Auf Befehl von Vorgesetzten hatte er entgegnet: „Als Mensch kommt man hierher, als Schwein wird man behandelt, bringt mich ins Zuchthaus oder in die Arbeiterabteilung nach Königsberg, für die Tiere gibt es einen Schutzverein, für mich nicht, ich will lieber bei Wasser und Brot sitzen als hier sein. Ich bin nicht geboren zum Militärleben, ich hab es satt, ich mach was ich will und fürchte mich nicht vor Vorgesetzten.“

Auf eine Frage, warum seine Wade rot sei, sagte er, das ist die Ehre des Herrn Hauptmann, er hat mit mir die Kollben die Presse so poliert. Zu seinen Kameraden sagte er: „Ihr seid schön dumm, Euch von Unteroffizieren so viel sagen zu lassen, wenn ein Unteroffizier reinkommt, macht Ihr die Tür auf und kriecht ihm in den Arsch. Ihr seid Scherzker, ich würde das nicht tun.“

Der Gerichtsherr forderte strengere Bestrafung. Kriegsgerichtsrat Geisler als Anklagevertreter beantragte, da der Mann die Disziplin in ganz schlimmer Weise gefährdet, ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Das Oberkriegsgericht erkannte auf die herrrende Strafe von zwei Jahren Gefängnis. Wie mag der Mann, ehe er seinen Kerker in solchen Aufseherungen ausläßt, gereizt worden sein?

Offizielle Schulpaläste. Aus Landsberg a. W. wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Eines kaiserlichen unwürdigen Schulverhältnisses herrschen teilweise noch in der Neumark. So befindet sich in Bato (Kreis Soldin) Lehrerwohnung, Schulzimmer und Schweinestall unter einem Dache, nur durch eine dünne Wand getrennt. Zeitweise herrscht in den Schulräumen dadurch ein solcher Geruch, daß es Lehrer und Schüler nicht aushalten können!

Oesterreich.

Ein Lueger'scher Wuff.

Wien, 16. Juli. (W. T. W.) Im Abgeordnetenhause begründete der Abgeordnete Lueger einen Antrag auf Einsetzung eines Jubiläumsausschusses, der über die Art und Weise, wie der Staat das einzig bestehende Jubiläum des Kaisers mitzufeiern soll, zu beraten und Bericht zu erstatten hat. Nach der Ansicht des Redners müßte diese Feier des Staates darin bestehen, daß sie allen Völkern und allen Ständen entspreche, weshalb er im Aufschuß beantragte, der Staat möge hundert Millionen als Stammskapital für eine Alters- und Invaliditätsversicherung spenden. (Langanhaltender, stürmischer Beifall, Handklopfen im ganzen Hause.) Diese Institution müßte sich auf alle arbeitenden Stände, auf das Gewerbe und den Bauernstand erstrecken (lebhafter Beifall), und solle auf ewige Zeiten mit dem Namen des Kaisers verbunden sein, der allen Völkern und allen Untertanen das Wahlrecht gegeben habe. Der Kaiser solle ein Kaiser aller Völker und aller Menschen sein, welche in seinem Reiche wohnen. (Anhaltender Beifall.) Der Antrag Lueger wird unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen. Das Haus nimmt hierauf die erste Lesung des Gesehensentwurfes betreffend die Ausprägung von Jubiläumsmünzen vor. Der Abgeordnete Rall erklärt, die Alldeutschen hätten keinen Grund, sich der Jubiläumsmünzen anzuschließen; sie empfinden mit Groll und Verbitterung das ununterbrochene Zurückdrängen des Deutschtums in den letzten sechzig Jahren infolge der österreichischen Regierungspolitik. Die Inschrift der Jubiläumsmünzen müßte heißen: „Finit Austriae“, das heißt „Ende Oesterreichs“. Der Finanzminister spricht dann unter dem stürmischen Beifall des Hauses seine Empörung und Enttäuschung darüber aus, daß im österreichischen Parlament eine derartige Rede gehalten werden konnte. Der Vizepräsident Jozel erteilt dem Abgeordneten Rall nachträglich einen Ordnungsruf wegen ungebührlichen Heringschens der Rede in die Debatte, wogegen Rall am Schluß der Sitzung protestiert. Hierauf wurde der Gesehensentwurf dem Budgetausschuß überwiesen. Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt.

Der gute Lueger verzieht es noch immer meisterhaft, sich in Szene zu setzen, so meisterhaft, daß er mit seinen überraschenden Ideen ein ganzes Parlament zu verblüffen weiß. Sonst wäre es ihm wohl schwerlich gelungen, mit seinem Hundertmillionenprojekt dem Fünfhundertmännerhause so gewaltig zu imponieren.

Norwegen.

Das rote Gespenst.

Das norwegische Storting hat am 9. d. M. eine vierstündige Debatte beendet, in der die Furcht vor dem Sozialismus wieder einmal dazu dienen mußte, der Regierung ein Vertrauensvotum zu verschaffen, und zwar dafür, daß sie wichtige Interessen des Volkes und Staates, ohne das Storting zu befragen, dem Kapitalismus preisgab!

Im September vorigen Jahres erteilte die Regierung ganz einmütig der meist mit englischem Kapital arbeitenden „Glommens Betriebsbesitzer-Vereinigung“ eine Konzession zur Regulierung des großen Wasserlaufs des Wjnsen und damit auch das Verfügungsrecht über das Staatseigentum Sundfossdammen. Diese Konzession soll dazu dienen, die starken Wasserfälle weit mehr als bisher zur Erzeugung elektrischer Kraft auszunutzen, wodurch die Kapitalisten, denen damit für große Teile des Landes ein Monopol geschaffen wird, Millionen verdienen. Kommunen und Privatleute, ja selbst der Staat würden nun, wenn z. B. elektrischer Betrieb der Eisenbahnen eingeführt werden sollte, in ihrem Bedarf an Elektrizität von jenen Kapitalisten abhängig gemacht! Wie unser Parteigenosse Knudsen in der Stortingssdebatte erwähnte, hat übrigens die „Glommens Wasserfallkompanie“ der Stadt Christiania schon im April vorigen Jahres ein Angebot elektrischer Kraft gemacht, bei dem die Konzession, die doch erst fünf Monate später erteilt worden ist, als schon gegeben vorausgesetzt wurde! Die Kapitalisten waren also schon damals ihrer Leute sicher.

Vom September vorigen Jahres bis Ende Juni 1907 hat sich nun ein Spezialkomitee des Stortings mit der Angelegenheit beschäftigt. Anfanglich waren 7 der 8 Komiteemitglieder der Ansicht, daß die Regierung die Konzession als ungeheuerlich zurückziehen müsse. Dann knüpfte die Kapitalistengesellschaft mit einzelnen Komiteemitgliedern „Verhandlungen“ an und machte einige kleine Zugeständnisse, erklärte sich unter anderem bereit, dem Staat für Sundfossdammen 150 000 Kronen zu zahlen. Die Folge war, daß schließlich 4 Komiteemitglieder dem Storting vorzuschlagen, die Konzession gutzuheißen, während die Komitteesmehrheit nicht dafür zu haben war. Das Ministerium Michelsen, pochend auf seine durch die Unionsauflösung erlangte Popularität, machte aber aus der Sache eine Kabinettsfrage. In der bekannten Weise wurden diejenigen Liberalen, die nicht mit der Regierung gehen wollten, als Halbsozialisten hingestellt und so ist es denn schließlich dem Ministerium gelungen, sich auch bei dieser Sache wieder ein Vertrauensvotum zu verschaffen: Mit 63 gegen 60 Stimmen sprach sich das Storting für die Anerkennung der Konzession aus! Einem Antrage unseres Genossen Eriksen: das Storting möge sein Bedauern darüber ausdrücken, daß die Regierung, ohne das Storting zu fragen, die Konzession erteilt, stimmten außer den 10 Sozialdemokraten nur 33 Liberalen zu; dagegen wurden 76 Stimmen abgegeben. Uebrigens ließen unsere Genossen die liberalen Gegner des Ministeriums nicht darüber in Zweifel, daß sie auch von einer Linkenregierung keine Förderung ihrer Programmforderung erwarten.

Amerika.

Zum Prozeß in Idaho wird berichtet, daß die Verteidiger des Angeklagten Haywood beabsichtigen, die geistige Zurechnungsfähigkeit des Staatszeugen Orchard anzuzweifeln. Die ungeheuerlichen Behauptungen Orchard's, seine zahlreichen Verbrechen sowie die neu entdeckte Tatsache, daß seine Großmutter dem Wahnsinn verfallen war, gaben die Veranlassung zu dem Vorgehen der Verteidiger.

Der Stand der Finanzen.

Das letzte Fiskaljahr der Vereinigten Staaten war außerordentlich günstig. Die Gesamteinnahmen betragen 606 306 184 Dollar; davon entfallen auf Zolleinnahmen 338 230 129, auf Steuer-einnahmen 270 800 338 Dollar, der Rest geht auf verschiedene Einnahmequellen zusammen. So hohe Gesamteinnahmen sind bisher noch in keinem Jahre erreicht worden.

Die Ausgaben beliefen sich auf 578 980 592 Dollar, also ist das Ergebnis des Jahres ein Ueberschuß von 86 945 542 Dollar. Die Bundesschuld betrug am 30. Juni 1907 abzüglich des im Staats-schatz vorhandenen Barvermögens 578 596 755 Dollar.

Die russische Revolution.

Der verlängerte „Schuß“.

Petersburg, 17. Juli. (W. L. B. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur). Ein kaiserlicher Ukas ordnet die Verlängerung des Zustandes des verstärkten Schusses für Petersburg vom 21. Juli ab für weitere sechs Monate an.

Anleihe-Maßnahmen.

Petersburg, den 17. Juli. (Russ. Korr.) Sehr bemerkt wird, daß die gesamte reaktionäre Presse zurzeit einen heftigen Feldzug gegen Frankreich führt. Sie erklärt, die moralische, militärische und ökonomische Lage Frankreichs sei deklabert. Die „Kowoje Wremja“ macht den komisch wirkenden Vorschlag, man möge die in Frankreich kontrahierten Schulden, um völlige Freiheit der Aktion wiederzugewinnen, zurückzahlen. Die „Kowoje Wremja“ spricht von einer Annäherung Rußlands an Deutschland. Es ist anzunehmen, daß diese Angriffe auf Frankreich den Zweck verfolgen, Paris für eine Anleihe gefügig zu machen.

Budgetanarchie.

Aus Petersburg wird der „Russ. Korr.“ geschrieben: Die verspätete Einberufung und die verfrühte Auflösung der zweiten Reichsduma hat bei uns eine bedenkliche Budgetanarchie geschaffen, die die Steuerzahler noch zu spüren bekommen werden. Da die Volkvertretung nicht in der Lage war, den Budgetentwurf zu erledigen, so behält, den Grundgesetzen gemäß, das letztjährige Budget auch für das laufende Jahr seine Geltung. Die Ausgaben werden daher nach den Normen des vorigen Jahres berechnet, die die entsprechenden Kosten des diesjährigen Staatsentwurfs übersteigen; die Einnahmen sind auch nach dem Budget von 1906 festgesetzt, obwohl sie tatsächlich ganz anders sind! — Dabei muß man noch berücksichtigen, daß die Gesamtsumme der Ausgaben für 1906 nur deshalb die des Entwurfs für das laufende Jahr übertrifft, weil der Etat für 1906 noch außerordentliche Ausgaben enthielt, die durch den Krieg mit Japan verursacht worden waren, jetzt aber fortgefallen. Die ordentlichen Ausgaben sind dagegen im Entwurf für das laufende Jahr höher berechnet als im vorjährigen Budget! Bei der Verwendung des vorjährigen Budgets für das laufende Jahr entstehen so Schwierigkeiten aller Art. Die einen Positionen erweisen sich als nicht ausreichend, die anderen als übermäßig groß.

Damit sind aber die finanziellen Schwierigkeiten noch nicht erschöpft. § 116 der Grundgesetze sieht den Fall voraus, daß der Budgetentwurf zu Beginn des Etatsjahres noch nicht fertig ist. In diesem Falle soll der Lehtjährige, auf geschichtliche Wege zustande gekommene Etat mit denjenigen Änderungen, die durch die nachträglichen Gesetzesbestimmungen nötig sind, in Kraft treten. Der erwähnte Paragraph der Verfassung verlangt ferner, daß bis zur Veröffentlichung des neuen Etats die Kredite auf Verordnung des Ministerrates den einzelnen Ministerien und Hauptverwaltungen allmählich, gemäß dem wirklichen Bedarf und so, daß ihre Gesamtsumme monatlich nicht ein Zwölftel des jährlichen Ausgabenetats übersteigt, gewährt werden. Das Gesetz spricht offenbar von einem Budget, das von der Duma und dem Reichsrat bewilligt worden ist. Ein solches Budget liegt aber für das laufende Jahr nicht vor. Also wird die Regierung bis zum Ende des Jahres monatliche Kredite, zu je ein Zwölftel des Ausgabenetats für 1906, zur Verfügung halten müssen.

So ist der Sinn des Gesetzes für den Fall der Verzögerung der Prüfung des Etats in den eingehenden Körperschaften. Keinesfalls soll aber dadurch eine Budgetprüfung überhaupt unmöglich gemacht werden. Es ist mehr als fraglich, ob die Regierung dieses Gesetz auch richtig auslegen wird. Es ist möglich, daß die große Unbequemlichkeit der provisorischen monatlichen Kredite die Regierung veranlassen wird, ein endgültiges Budget für das laufende Jahr zu veröffentlichen, das im wesentlichen aus dem Etat für 1906 mit Veranschlagung der neuen Gesetzesbestimmungen bestehen wird. Dadurch würde sich die Gesamtsumme der Ausgaben noch vergrößern; denn seit der Bestätigung des Etats für 1906 sind eine Reihe von Bestimmungen erlassen worden, die dem Staatschatz neue Ausgaben auferlegen. Andererseits aber sind keine Gesetze erlassen worden, die den Staat von überflüssigen Ausgaben befreit haben.

Die findigen Köpfe des Finanzministeriums werden aber wohl mit Unterstützung der Staatskontrolle, die ihnen gut bekannten, wenn auch nicht gefehmähigen, Wege und Auswege mit dem üblichen Erfolge aussuchen.

Hus der Partei.

Die Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg findet am 1. September im Gewerkschaftshaus in Berlin statt. Vom Vorstand der Provinz ist als provisorische Tagesordnung in Aussicht genommen:

Bericht des Zentralvorstandes über Organisation und Agitation (Referent Genosse Leo Zucht) und über Presse (Referent Genosse Sidow), die letzte Reichstagswahl (Referent Genosse Weiss), der Parteitag in Eisen (Referent Genosse Faber), Gefinderecht (Referent Genosse Stadthagen).

Anträge für die Provinzialkonferenz sind bis zum 15. August an Leo Zucht, Berlin, Reibelstr. 42, einzusenden.

Zum internationalen Kongreß in Stuttgart liefert die neueste Nummer der „Neuen Zeit“ reichhaltiges Material, auf das wir die Genossen besonders aufmerksam machen möchten. Bereits der Amsterdamer Kongreß hatte sich mit der Frage befaßt, welche Stellung das internationale sozialistische Proletariat zu der Ein- und Auswanderung zu nehmen habe, d. h. ob es sich mit dem internationalen Charakter des Sozialismus, seinem Bestreben, das Kulturniveau der Arbeiter in allen Staaten möglichst zu heben, vereinbaren lasse, für eine gesetzliche Beschränkung der Einwanderung aus kulturell rückständigen Ländern einzutreten.

Eine mit der Vorberatung der Frage betraute Kommission hatte eine Resolution vorgeschlagen, die ein Eintreten für eine gesetzliche Behinderung der Einwanderung prinzipiell ablehnte. Die Delegierten Amerikas, Hollands und Australiens hatten diesen Standpunkt gegenüber den farbigen Rassen ihrer kulturellen Rückständigkeit wegen angefochten. Die Frage wurde vertagt und dem Stuttgarter Kongreß überlassen, auf dessen Tagesordnung sie steht. Die „Neue Zeit“ veröffentlicht nun in ihrer Nr. 41 das reichhaltige Tafelmateriale über „die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung der verschiedenen Länder“ in Bezug auf Ein- und Auswanderung, das Genosse Schippel im Auftrage des Parteivorstandes zusammengetragen hat. Diese Arbeit bietet auf den 64 Seiten einen wichtigen Beitrag zu dem in Frage stehenden internationalen Problem. Die Wichtigkeit der Frage und ihre prinzipiellen Seiten werden außerdem in dem gleichen Heft der „Neuen Zeit“ in zwei trefflich orientierenden Artikeln von Otto Bauer (Proletarische Wanderungen) und Dr. Karl Gornberg, New York (Die Fehle der Einwanderung) behandelt. Allen Genossen, die sich mit der bedeutsamen Frage näher beschäftigen wollen, ist deshalb die Lektüre der genannten Arbeiten dringend zu empfehlen.

Das neue Parteihaus in Halle a. S.

Aus Halle wird uns geschrieben: Man muß die Anfänge der Parteibewegung hier kennen und miterleben haben, um die Freude der Hallenser Arbeiterschaft würdigen zu können, die sie in ihrem neuen Heim empfinden. So wie in anderen Städten, haben auch in Halle zum nicht geringen Teil Bürgerhaft und Militär zur Selbständigmachung der Arbeiterschaft beigetragen. Wer kennt nicht die Standalösen Verfolgungen, die unsere Partei hier unter dem Schandgesetz zu erleiden hatte! Selbst alle kleineren Lokale waren der Arbeiterschaft früher verschlossen, und wenn die Parteigenossen eine Sitzung abhalten wollten, dann mußten sie gar oft — zuweilen schon, um der Polizei ein Schnippen zu schlagen — in aller Morgenfrühe nach einem bei Halle gelegenen Wäldchen laufen. Ja, es war in den Zeiten der Verfolgung sogar soweit gekommen, daß man sich, um eine Sitzung abhalten zu können, auf der Saale eine Gondel mietete und dann auf offenem Wasser — unter freiem Himmel und ohne Polizeierlaubnis „Versammlungen abhielt“! Unsere Zukunft lag auf dem Wasser.

Heute ist's anders. Die Partei paßt nicht mehr in eine Saalegondel. Dank den Verfolgungen unserer Gegner steht sie „festgemauert in der Erde“. Und wenn heute das Bürgertum zeteri: die Sozialdemokratie habe durch Errichtung des Parteihauses so und so vielen kleinen Gastwirten Schaden zugefügt, so sei daran erinnert, daß gerade dieses Bürgertum durch Saalenentzuehungen, Unterstützung des Militärkorps u. dergl. Partei und Gewerkschaft zur Selbständigmachung gegungen hat. Auch in diesem Falle also waren unsere Gegner ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Jahrelang stand uns nur ein kleiner Saal, die parteihistorische Vorburg, die etwa 400 Personen saß, zur Verfügung. War dann glücklich eine Versammlung zustande gekommen, dann wurde sie häufig aufgelöst. Wie oft haben da die verstorbenen Genossen Hafenclever, Max Kahser, der alte Kehler, Rödiger, Wittig u. a. m. die Polizei noch schämen müssen, wenn der gerechte Jörn der Arbeiterschaft einmal losbrach.

Aus diesen Verhältnissen mußte die Partei hinauswachsen. Jetzt hat sie sich eine unermessbare Feste geschaffen, und weitere werden entstehen. — Das Grundstück, wie schon berichtet: 7800 Quadratmeter groß, wurde im Januar 1906 preiswert für 185 000 Mark erworben. Vor dem Beginn des Baues hatte man versucht, es uns durch einen Geheimagenten abzutreiben! Der Versuch mißlang. Der Baukonsum ließ lange, lange auf sich warten. Der 24. Oktober 1906 war ein Unglückstag; zwei Bauarbeiter kamen durch einen Gerüststurz zu Tode und fünf wurden schwer verletzt. Das furchtbare Unglück beruhigte die Arbeiterschaft aufs Schmerzlichste. Am 8. d. Mts. erfolgte endlich die Schlussabnahme.

Vor dem Gebäude befindet sich ein herrlicher Garten von 3550 Quadratmeter Fläche. Der hintere Garten ist 2000 Quadratmeter groß und bietet eventuell Raum für die Errichtung eines Gewerkschaftshauses mit Zentralherberge. Im Vordergarten finden 8800 Stühle nebst Tischen Platz. Tiefe, trodene Keller bieten gute Lagerräume für die Getränke dar. Das Erdgeschloß des Hauses beherbergt ein großes Restaurant von 448 Quadratmeter

Fläche. Daran schließt sich das Büfett nebst einer vorzüglich eingerichteten Küche. Außerdem befinden sich im Erdgeschloß noch zwei kleinere Gast- und Sitzungszimmer. Ein breiter, lichter Korridor erleichtert die Passage nach allen Räumen, und zwei Treppen von 6 Meter Breite führen nach dem Obergeschloß, wo sich der Hauptsaal befindet. Er hat zusammen mit dem kleineren, von ihm nur durch zwei Säulen getrennten Nebensaal 770 Quadratmeter Fläche. Da auch die Galerien mit ihren vier bezw. sechs terrassenförmigen Abhängen und bequemem Blick nach der Bühne 350 Quadratmeter Fläche aufweisen, so stehen zum Hauptsaal 1120 Quadratmeter Fläche zur Verfügung. 3000 Personen finden in diesem Hauptsaal bequem Platz. Der große Raum macht in seiner Einfachheit mit den großen, bogentartigen Fenstern aus farbigem Glas einen prächtigen Eindruck. Sämtliche Räume sind mit Oeliumglühlicht — kleinen und großen Wogenlampen — beleuchtet. Die Konzertschloß des Hauptsaales ist 10,30 Meter breit und 10 Meter tief.

Im zweiten Stockwerk befindet sich noch ein Saal von 210 Quadratmeter Fläche. Alle Räumlichkeiten zusammen werden weit über 10 000 Personen fassen. Der gute Geist der Hallenser Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß sich unter Volkspartientent und daß unsere Feste ein Bollwerk darstellen gegen die Mächte der Finsternis und der Reaktion. Aber auch für die Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern des Reiches, die sich in der schönen Saalestadt — einem Zentralpunkt — zu Kongressen und Generalversammlungen gern vereinigen, ist nun gesorgt. Wenn nicht eher, so hofft die sozialdemokratische Arbeiterschaft Halle im Jahre 1909, zum 20. Parteitag nach dem Falle des Sozialistengesetzes — der erste fand bekanntlich in Halle statt —, die Parteivertreter des Reiches und der internationalen Verbrüderung zu diesem Jubiläum im Volkspark zu Halle begrüßen zu können.

Das Allgemeine Arbeiterbildungs-Institut für Leipzig veröffentlicht jetzt folgenden ausführlichen Plan seiner Bestrebungen:

1. Unterrichtskurse.

Die Unterrichtskurse in Volkswirtschaftslehre, Geschichte und Sozialgesetzgebung beginnen Anfang Oktober d. J. und sind bedingt auf die Dauer von 1½ bis 2 Jahren. Der Unterricht in Volkswirtschaft und Geschichte wird Sonntag vormittags in zwei aufeinanderfolgenden Stunden erteilt, während in Sozialgesetzgebung an einem Wochentag abends unterrichtet wird.

Die Unterrichtsstoffe befinden sich im Volkshaus. Die Kurse werden zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten und im Hochsommer durch Ferien unterbrochen, so daß im Jahre auf jedes Fach circa 40 Unterrichtsstunden entfallen.

Die Teilnehmer, deren Zahl auf 40 beschränkt wird, müssen alle drei Kurse belegen, eine Beteiligung an nur einem oder an zwei Unterrichtsstoffen ist nicht möglich. Der Unterricht wird unentgeltlich erteilt, die Lehrmittel jedoch haben die Teilnehmer auf ihre Kosten anzuschaffen. Der Betrag hierfür wird ein nur geringer sein.

Die Bewerber haben sich bei ihren politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen zu melden, die dann geeignete Vorschläge an den Verwaltungsausschuß des Instituts gelangen lassen. Die vorgeschlagenen Genossen haben eine kurze Darstellung ihres Bildungsganges an den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses, G. Hennig, L.-Lindenau, Rudolfstr. 1, II einzusenden.

Für den Fall, daß die zulässige Höchstzahl von 40 Teilnehmern durch die Meldungen überschritten wird, treffen die Lehrer und der Verwaltungsausschuß eine Auswahl unter den Bewerbern.

2. Vortragszyklen.

Neben diesen langfristigen Unterrichtskursen werden im Winterhalbjahr 1907/1908 zwei Vortragszyklen eingerichtet. In den Monaten Oktober-Dezember wird Genosse Pannekoek in 5-6 Vorträgen über historische Materialismus sprechen; in einem weiteren Zyklus in den Monaten Januar bis März 1908 wird Genosse Hilferding das Thema „Wirtschaftsgeschichte“ behandeln. Es wird wünschenswert je ein Vortrag gehalten, die Daten werden noch bekannt gegeben. Diese Zyklen werden in einem großen Saale, wahrscheinlich im Volkshaus, ohne Bier und Tabakgenuß, stattfinden. Die Teilnahme steht allen Organisierten gegen eine Entrichtung einer Gebühr von fünfzig Pfennigen für den ganzen Zyklus zu.

3. Umgestaltung des Bibliothekwesens.

Bei den Umwandlungsarbeiten gilt als oberster Grundsatz: Alle Bibliotheken sollen allen Genossen in weitestem Maße erschlossen werden. Dazu gehört vor allem die Schaffung von einheitlichen Katalogen. Es sind bereits fertiggestellt Kataloge für die größeren Bibliotheken im Bezirk Südost, für Tauscha, für Annaburg. In Vorbereitung und zum Teil schon in Arbeit befinden sich die Kataloge für die Zentralbibliothek im Volkshaus, für die größeren Bibliotheken im Nordbezirk, für Eithea, Bösdorf, Markranstädt, Proßheida, Wadhau, Sehwitz, für die größeren Bibliotheken im Südbezirk. Alle nicht genannten werden allernächstens in Angriff genommen werden. Die größeren Bibliotheken im Westbezirk werden ebenfalls bis zum Schluß des Jahres einen neuen Hauptkatalog herausgeben. Damit die Genossen auch außerhalb ihres speziellen Wohnortes bei Bedarf Bücher aus den Bibliotheken entnehmen können, werden Vorkaufsscheine von den Bibliotheksverwaltungen ausgestellt, die die Genossen nach Erfüllung gewisser Bedingungen zur Legitimation, jedoch ohne erswerendes Formelwesen, erlangen können.

Die Bearbeitung und Herausgabe eines großen Haupt- und Schlagwortkatalogs für alle Bibliotheken wird im Jahre 1908 erfolgen.

Gleichzeitig mit diesen Neueinrichtungen soll eine Einheitlichkeit des technischen Bibliotheksbetriebes herbeigeführt werden. Die Zahl der Leser und die der ausgeliehenen Bücher wird allmonatlich für alle Bibliotheken festgestellt und dann in einem Gesamtbericht veröffentlicht werden.

Die Bibliothekare werden von Zeit zu Zeit gemeinschaftliche Besprechungen abhalten, um den Ausbau und die Belebung des Bibliothekwesens allseitig zu fördern.

4. Theater, Konzerte, Ausstellungen, Kunstbestrebungen.

Die Arbeiten auf diesen Gebieten sind im rüstigen Gange, jedoch konnte bei der ganz besonderen Eigenart dieser Dinge ein völlig abgeschlossener Plan noch nicht fertiggestellt werden. Die Theaterveranstaltungen werden mindestens in der bis jetzt von den einzelnen Vereinen und Gewerkschaften gehaltenen Zahl veranstaltet werden. Der Preis der Plätze wird ebenfalls der alte bleiben.

Sobald für alle diese Gebiete positive Vorschläge gemacht werden können, werden wir nicht ermangeln, es an dieser Stelle („Leipziger Volkszeitung“) zu tun.

Die Genossen mögen ferner nicht vergessen, daß alle guten Anregungen, sei es für dieses oder jenes Arbeitsfeld, immer willkommen sind.

Zu den oldenburgischen Landtagswahlen nahmen die Genossen des Bundesratsliberalen Stellung. Sie nominierten als Kandidaten für die im nächsten Jahre stattfindenden Wahlen die Genossen Feldler, S. Fied, R. Muß und A. Wilden. Während früher mit den Nationalsozialen ein Kompromiß abgeschlossen wurde, soll das diesmal unterbleiben, weil jene bei der letzten Wahl ihr gegebenes Wort nicht gehalten haben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Fall Ruffwig.

Bekanntlich wurde im Winter bei einer Kontrollversammlung in Mannheim durch den Rittmeister v. Ruffwig Genosse Dr. Franz

schwer beschimpft. Als Frank beim Kriegsgericht sagte, stellte sich heraus, daß Puschwitz geisteskrank ist. Da nicht vermutet werden konnte, daß ein kranker Offizier zu Diensten herangezogen wird, so war die Kritik der Mannheimer „Vollstimme“ sehr streng, aber keineswegs beleidigend für unsere Strafverfolgungsbehörden ausgefallen. Auffälligerweise fühlten sich aber die Karlsruher Kriegsgerichtlichen Behörden doch beleidigt, und noch unfälliger ward es, als die Geschworenen wirklich den Genossen Emil Maier, den verantwortlichen Redakteur der „Vollstimme“, für schuldig befanden und die Richter ihn zu zwei Monaten Gefängnis verurteilten.

Am 15. d. M. hat Genosse Maier seine Strafe im Mannheimer Landesgefängnis angetreten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Stahlinstrumentenarbeiter!

Die Kollegen der Firma Winkler haben die Arbeit niedergelegt. Wir bitten dringend, den Zugang fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Ein eigenartiges Verhältnis besteht augenblicklich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Berliner Bauklemmpnerberuf. Die im Metallarbeiterverband organisierten Klemmpner haben mit der Innung und der freien Vereinigung der Installateure einen Tarif abgeschlossen, der eine Schlichtungskommission zur Befriedigung gewerblicher Streitigkeiten vorsieht. Die Herren Arbeitgeber müssen nun wohl in einer Stunde übermütiger Laune so etwas wie Kampfesmut gespürt haben und komplimentierten die von den Gesellen gewählten Vertreter aus der Schlichtungskommission heraus, mit der Motivierung, es dürften nur im Beruf tätige Klemmpner Beisitzer sein. Man hat dabei wohl nicht bedacht, wie sehr man sich damit ins eigene Fleisch schneiden würde, daß man den Gesellen das Recht gab, über diejenigen Firmen, die sich eines Tarifbruchs schuldig machten, die Sperre zu verhängen. Die Gesellenorganisation mußte zum Mittel der Sperre greifen, um die Anerkennung des Tarifes aufrecht zu erhalten. Es wollte nach dem Vorfall kein organisierter Geselle den Beisitzern zur Schlichtungskommission mehr annehmen und konnte demzufolge die tariflich vorgesehene Kommission nicht zusammentreten. Scheinbar soll dieser Zustand chronisch werden. In der ersten Zeit hatten die Gesellen eine Aenderung des betreffenden Paragraphen des Tarifes vorgeschlagen, wonach es ihnen möglich war, zu Beisitzern auch Personen zu wählen, die nicht mehr im Beruf tätig seien. Dies wurde von den Meistern abgelehnt und gedroht, die Gesellen auf Einhaltung der tariflichen Bestimmungen (Wahl der Kommission) zu verklagen. In einer Innungs-Generalversammlung traten neben dem bekannten Innungspräsidenten, Rechtsanwalt Plaszkauer, auch einige der Unternehmer ihre inneren Gedanken derart aus, daß es für jeden Einsichtigen klar war: die Herren suchten einen Vorwand, den Tarif zu umgehen! — Durch die Taktik der Gesellenorganisation ist aber dies Schermentüchlein beseitigt. Man hat sich den Gedanken der Klagenanbringung ganz schön verschlagen müssen und hat, da die bereits des öfteren angewandte Sperre über einige tarifbrechende Firmen doch äußerst un bequem ist, schon diverse Male bei der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes angefragt, ob denn nicht wieder die Schlichtungskommission zusammentreten werde. Die Klemmpner gehen jedoch auf dem Standpunkt, nicht eher neue Beisitzer zur Kommission zu wählen, bis die feinerzeit hinausgewiesenen von den Unternehmern anerkannt werden. Inzwischen wird wohl bis zum Abschluß eines neuen Tarifes der Zustand, daß trotz Tarif und vorgesehener Schlichtungskommission tarifbrüchige Betriebe verbandsseitig bestreikt resp. gesperrt werden, bestehen bleiben.

Der Streik der Hausdiener bei der Firma A. Bahn, Schul- und Turnhallen-Einrichtungen, Wienerstr. 10, ist durch Verhandlungen nach 1/2-tägiger Dauer beigelegt worden, und ist eine Tarifvereinbarung zustande gekommen.

Deutsches Reich.

Der General von Berlin — und die Arbeitwilligen. Aus Halle a. S. berichtet man uns: Eine tragikomische Episode, durch die der Dank des Unternehmertums im Bauhandwerkseifer recht drastisch illustriert wurde, spielte sich am Montag früh in einem Zimmer des Rathauses ab, wo eine Innungs-Schiedsgerichtssitzung stattfinden sollte. Es lagte der streitbrechende Polier Buchias mit Gattin aus Italien gegen den Rauermeister Günther auf Weiterbeschäftigung und Erfüllung seines Vertrages. Madame Buchias hatte bei den Streikbrechern in den Veranden „als Kochfrau gewirkt“ und ihr Gatte erklärte mit Tränen in den Augen, er habe in der „Wäutezeit des Streiks“ sehr tüchtig für streitbrechende Rauer gefogt und jetzt habe er die Kolonne auf dem Halse. Er sehe mit Gattin und Streikbrechern auf freiem Felde und man wolle ihn und seine Kolonne nicht mehr haben. Und „Dreißig tue es von die Hallenfer so viel geben, daß man damit nicht arbeiten könne“. Belomme er jetzt kein Recht, so lasse er den General von Berlin holen. Meister Günther erklärte sehr gelassen, er habe den Mann, der nichts zu beanspruchen habe, nur aus Gnade und Barmherzigkeit beschäftigt. Da aber durch den Streik das Innungs-Schiedsgericht in die Brüche ging, mußte der Prozeß vertagt und dem Gewerbegericht überwiesen werden.

Die Klemmpner und Installateure in Düsseldorf haben die Arbeit niedergelegt, weil die Innung die eingereichten Forderungen abgelehnt hat. Um Fernhaltung des Zugangs wird ersucht.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Düsseldorf.

Die Bewegung der Seeleute.

Nachdem die streikenden Seeleute Deutschlands im Ost- und Nordseegebiet den Streik einstweilen abgebrochen haben, scheint der Seehausenverband der Reeder nicht nur auf Rache gegen die bis herigen Streikenden zu sinnen, sondern er scheint auch die Reeder in einigen Häfen des Ostseegebietes zum Wortbruch zwingen zu wollen. Während des Streiks haben sich z. B. die Reeder in Flensburg und Königsberg bereit erklärt, den Seeleuten eine Feuer von 65 M. für Matrosen und Heizer zu zahlen, desgleichen allen Chargen einen einseitigen Ueberstundenlohn von 40 Pf. Unter dieser Voraussetzung haben sich die Streikenden auf Anraten ihrer Leitung bereit gefunden, den Streik abzubrechen. Bemerkenswert ist, daß die Reeder auch in diesen, wie in allen Häfen des Ost- und Nordseegebietes den Streikbrechern bedeutend höhere Steuern zahlen, wie sie von den deutschen Seeleuten gefordert werden. Jetzt, nachdem der Streik abgebrochen ist, weigern sich die Reeder in Flensburg und Königsberg die zugewilligten 65 M. Feuer und 40 Pf. Ueberstundenlohn zu zahlen. Sie stehen selbstverständlich unter dem terroristischen Druck der professionellen Oberscharmacher in Hamburg. In Kiel, Danzig und Remei werden dagegen die vorerwähnten Lohnsätze auch nach dem Streik ansichtslos gezahlt. Die Seeleute in Flensburg weigern sich ganz entschieden sich dem Ansinnen der Reeder zu fügen und sind nicht gewillt für eine Feuer von 60 M. anzumustern. Da die Flensburger Reeder ihren Wortbruch zur Tat machen und nur 60 M. Feuer zahlen wollen, ist seitens der Handelskammer zu Flensburg beheimatet sind, bis auf weiteres die Sperre verhängt. Desgleichen über die Königsberger Schiffe. Der Verband fordert die Seeleute auf, sich für kein Flensburger, Schleswiger, Rpenrader, Lönninger oder Rendsburger Schiff anzunehmen oder anzumustern zu lassen. — In Bremerhaven

scheint der Norddeutsche Lloyd Maßnahmen der bisher streikenden Seeleute vornehmen zu wollen. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß bis auf weiteres jeder Zugang von Seeleuten nach Bremen oder Bremerhaven ferngehalten wird, da auch die Bremer Seeleute nur bereit sind für einen Ueberstundenlohn von 40 Pf. zu mustern, während die Reeder auf einer Anzahl Schiffe nur 30 Pf. zahlen wollen. Die Seeleute, die während des Streiks in ihre Heimat gereist sind, oder die während des Streiks an Land in Arbeit getreten sind, werden aufgefordert, einstweilen noch in ihrer Heimat oder ihrer Beschäftigung am Lande zu verbleiben, und insbesondere die Hafenorte: Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Flensburg und Königsberg zu meiden, um so einen übergroßen Andrang von Seeleuten in diesen Hafenorten zu verhüten. Die Hafenorte Remei, Danzig, Stettin, Rostock, Lübeck und Kiel sind frei. Die deutsche Arbeiterschaft speziell im Binnenlande wird dringend aufgefordert, alles was in ihren Kräften steht zu tun, um den Zugang von wirklichen Seeleuten und Arbeitern, die Luft verpflücken Seemann zu werden, nach den deutschen Hafenorten einstweilen streng fernzuhalten.

Die Spinnerinnen der Bremer Juteplannerei und Weberei sind wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten.

Einen schönen Erfolg errangen in Königsberg die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen für Herrengarderobe. Durch einmütiges Vorgehen wurde ein Tarifabschluß erreicht, der für alle Positionen im Durchschnitt eine Erhöhung von 25 Proz. brachte. Anfangs waren die beteiligten Firmen sehr unangenehm berührt und wollten durchaus keine Zugeständnisse machen. Gleichzeitig war auch die bürgerliche Presse auf dem Posten, voran die edle Hartungische Zeitung, das Organ des politischen verkommenen Königsberger „Volks“freisinn, um den „mahlosen“ Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten. Da hieß es: die Lohnkommission der Konfektionsarbeiter verlange mit einem Schlage mehr denn hundert Prozent Aufschlag für die einzelnen Stücke; würde dies bewilligt werden, könne die Königsberger Konfektion für Herrengarderobe nicht mehr mit anderen Städten konkurrieren und müsse zugrunde gehen usw. Man muß nun aber die Preise vergleichen, die früher gezahlt wurden, da wäre es wahrhaftig notwendig gewesen, die sämtlichen Lohnsätze um 100 Proz. zu steigern. So wurden gezahlt für Hosen von Stoff, Buchskin oder Kammgarn 50 Pf. pro Stück, Hosen von engl. Leder, Cord, Manchester brachten 20 und 25 Pf. pro Stück, für Zwirnrosen gab es sogar nur 15 Pf. Königlich bezahlt wurden die Leinenartikel. Für Regenmäntel gab es 1,25 M., für Staubmäntel 70 Pf., ein Zwirnjackett brachte 60 Pf., ohne Futter sogar nur 50 Pf. und noch weniger. Für Anabenanzüge gab es bei Stoff 40 Pf. bis 1,50 M., für Zwirn 30, 40 und 50 Pf. Um einen lumpigen preußischen Zaler zu verdienen, mußte so ein armer Schneider zehn Anabenanzüge pro Tag zusammenheften, natürlich bei 16 bis 18 stündiger Arbeitszeit, länger konnte es nicht geschafft werden. Für einen Winterpelot gab es, wenn er zweireihig war, ebenfalls 3 blanke Markstücke. Ein Schneider muß mindestens 36 Stunden den Hungerfaden ziehen, um den Pelot fertigzubringen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wollten aber nicht länger für derartig erbärmliche Löhne schuften und die Herren Konfektionäre mußten sich zu Verhandlungen bereit erklären. Vor dem Einigungsamt des Königsberger Gewerbegerichts wurde der Tarifvertrag abgeschlossen, auf ungewisse Dauer, aber mit dreimonatlicher Kündigungsfrist. Die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen sind im Zentralverband der Schneider und Schneiderinnen organisiert.

Die Getreidebetreiber Königsbergs, die sich im Mai d. J. mit den ausgesperrten Hafenarbeitern solidarisch erklärten, sind nun in immer aus ges perrt, obgleich beim Friedensschluß im Hafen seitens der Reeder in Aussicht gestellt wurde, die Kaufmannschaft zu beeinflussen, auch mit den Getreidebetreibern einen Tarifabschluß zu vereinbaren. Wie die Leitung des Hafenarbeiterverbandes vermutet, werden aber noch mehrere Wochen vergehen, bis es zu Verhandlungen kommt. Die Getreidefirmen beschäftigen einstweilen nur Getreidebetreiber Hirsch-Dunderscher Richtung oder solche, die sich der „gelben“, „christlichen Gewerkschaft“ angeschlossen haben.

Die Organisation der Landarbeiter im bayerischen Donau-gebiet (Niederbayern) wird vom katholischen Merus eifrig betrieben und nach Veröffentlichungen von dieser Seite soll die Organisation gute Fortschritte machen. „Für jeden Freund des Bauernstandes und wirklichen Vaterlandsfreund“ — schreibt der katholische „Arbeiter“, das Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine — „war es gleichsam Gewissenspflicht, die Bestrebungen der Landarbeiter nach Zusammenschluß in die richtigen Bahnen zu lenken und so dem Eindringen der Sozialdemokratie mit seinen für die Landwirtschaft verhängenden Folgen zu steuern.“

Aber „das Lenken in die richtige Bahn“ wird von den dem Zentrum angehörigen Gutbesitzern nicht begriffen, es sind „saubere Kerle“, die an die Ehrlichkeit der pfäffischen Landarbeiter-Organisation ebenso glauben wie die eingefangenen Landarbeiter. Die Großbauern — und solche kommen dort in der Hauptsache nur in Betracht — fürchten um ihren Profit, dem die Organisation der Landarbeiter gefährlich werden könnte, während es den geistlichen Agitatoren nur darum zu tun ist, die Landarbeiter „in die richtigen Bahnen zu lenken“, sie als Stimmvieh fürs Zentrum zu erhalten! Es war deshalb höchst töricht, daß eine Vertrauensmännerversammlung des Bauernbundes den Beschluß faßte, sich beim Bischof zu beschweren über den Merus, der den Anschein erweckte, den Landarbeitern zu helfen. Denn schließlich wirkt auch schon der äußere Schein auf die Begehrlichkeit der Landarbeiter anzeigend.

Ausland.

Der Lohnkampf der schweizerischen Lehrer. Außer der offiziellen Organisation haben die schweizerischen Lehrer noch eine freiwillig-gewerkschaftliche, die kürzlich in Schaffhausen ihre Jahresversammlung abhielt. Diese stellte für die Gestaltung der Besoldungsverhältnisse folgende Forderungen auf: Volksschullehrer 2000 Frank Minimum und nach 16 Dienstjahren 3000 Frank Maximum; Reallehrer 2500 Frank Minimum und 3800 Frank Maximum; außerdem freie 5 zimmerige Wohnung oder entsprechende Entschädigung. Die Forderungen sind berechtigt, aber sie werden erst in jahrelangen Kämpfen durchgesetzt werden können.

Die Zimmergesellen, welche dem Syndikat des Seine-departements angehören, sind in den Ausstand getreten.

Gerichts-Zeitung.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Zur Verantwortlichkeit des Arztes.

Die Frau des Schuhmachermeisters A. aus einem Dorfe bei Ulm begab sich eines Tages zu einem Arzt in Ulm, der ihr zum Schwitzen ein Kastenbad gab. Infolge der zu langen Ausdehnung des Schwitzbades ist die Frau an einem Ohnmachtsanfall mit nachfolgender Herzlähmung verstorben. Der Arzt wurde daraufhin wegen fahrlässiger Tötung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In dem gegenwärtigen Rechtsstreit machen nun der Ehemann der Verstorbenen und dessen Kinder gegen den Arzt Schadenersatzansprüche geltend, weil der Tod der Verstorbenen durch die Fahrlässigkeit des Arztes herbeigeführt worden sei. Der Beklagte schildert jetzt den Vorgang in der Weise, daß er der Frau das Kastenbad verabreicht habe und daß er nach Ablauf der Wadezeit das um den Hals liegende Tuch weggenommen und die Frau aufstehen gelassen habe. Nachdem er noch den Deckel selbst geöffnet, habe er dann die Jelle wegen der großen Schamlosigkeit der Frau auf deren Witten verlassen. Als er dann nach einer dem Ankleiden entsprechenden Zeitspanne und nach einigem Warten die Jelle öffnete, habe die Frau

Bereits tot im Dampfbaden geseffen. Demnach habe sie den Kasten- deckel wieder heruntergeschlagen, um das Bad weiter auszudehnen, oder sie müsse nach dem vorgeschriebenen Wannenbad nochmals in den Kasten gegangen sein, um sich zu wärmen, was beides gegen seine Vorschriften verstossen habe.

Das Landgericht Ulm wie auch das Oberlandes- gericht Stuttgart nahmen jedoch ein fahrlässiges Verschulden des Beklagten an dem Tode der Frau an und verurteilten denselben zu einer entsprechenden Schadloshaltung für die Dienste, die die Frau dem Haushalt geleistet hatte. Das Oberlandesgericht führt in seiner Begründung hierzu aus, daß die Frau nach dem Gutachten der Sachverständigen nicht plötzlich durch einen Schlaganfall verstorben sei, sondern im Schwitzbade einen Ohnmachtsanfall erlitten habe, zu dem später Herzlähmung getreten sei. Wenn der Ohnmachtsanfall rechtzeitig bemerkt und die Frau aus dem Kasten entfernt worden wäre, so wäre der Tod zweifellos vermieden worden. Als der Beklagte die Frau aus dem Kasten gehen ließ und wieder aus der Jelle ging, hätte er unbedingt darauf achten müssen, ob sie seinen Anordnungen Folge leistete. Er hätte sich davon auch durch Klopfen oder Rufen überzeugen können. Dies habe er aber nicht getan. Dazu komme auch noch, daß er die Klappen der Heizröhre habe brennen lassen. Hiermit habe er aber fahrlässig gehandelt. Wenn er hätte damit rechnen müssen, daß das Entfernen des Tuches vom Halse und das Ausströmen der heißen Luft aus dem Kasten einen Ohnmachtsanfall bei der Frau hervorrufen könnte. Etwaige Erwägungen, das Scham- gefäß der Frau zu schonen, spielten hier keine Rolle. Daß die Frau das Bad benutzt habe und dann wieder in den Kasten gegangen sei, sei unwahrscheinlich, da die Badewanne keinerlei Spuren davon aufgewiesen habe. Ebenso unwahrscheinlich sei die Einwendung des Beklagten, daß er bei der Rücksichtnahme auf das Schamgefäß der Frau den Deckel selbst geöffnet habe. Demgegenüber sei die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die Frau ohnmächtig geworden ist, ehe sie den Deckel öffnen konnte.

Gegen dieses Urteil hatte der Beklagte Revision eingelegt. Der VI. Zivilsenat des Reichsgerichts erlachte auf Zurück- weisung der Revision.

Aus der Frauenbewegung.

Die organisierten Dienstmädchen Dänemarks hielten in der vorigen Woche zu Kopenhagen ihren Kongreß ab. Es waren im ganzen 13 Delegierte anwesend, und zwar aus Kopenhagen 5, aus Aarhus, Aalborg, Fredericia und Esbjerg je 2. Auch die Vorsitzende des Dienstmädchenvereins von Stockholm, Fräulein Andersson, nahm an den Verhandlungen teil, namentlich auch, um darauf hinzuwirken, daß mit der Zeit eine Verbindung zwischen den organisierten Dienstmädchen der skandinavischen Länder samt Finnlands zustande kommt.

Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung war die Frage, wie die Abendarbeit der Dienstmädchen abgeschafft werden kann. Die Verhandlungsvorsitzende Marie Christensen führte hierzu aus, daß der von dem Stellenausschuss-Bureau der Organisation herausgegebene Kontrakt in vielen Fällen nicht innegehalten wird. Nach diesem Kontrakt soll die Herrschaft den Dienstmädchen von 7 Uhr abends ab sowie jeden zweiten Sonntagmorgen von 2 Uhr ab freigegeben. Die Freizeiten sucht nun manche Herrschaft trotz des Kontraktes den Dienstmädchen zu beschränken. Darum beschloß der Kongreß, die Vorstände der Ortsvereine aufzufordern, auf diese Angelegenheit genau zu achten und dem Verbandsorgan darüber Bericht zu senden. Ferner wurde beschloffen, darauf hinzuwirken, daß den Dienstmädchen außer den bereits festgesetzten Freizeiten noch ein weiterer Nachmittags jeden Mittwoch von 3 Uhr ab gewährt wird.

Im übrigen nahm der Kongreß auch Stellung gegen das dänische Gesetz in Bezug auf die Bestimmung, daß jedes Dienstmädchen ein Zeugnisbuch haben soll. Uebertretungen dieser Bestimmung sollen sowohl von der Herrschaft wie vom Dienstmädchen mit 2-20 Kronen Geldstrafe gebüßt werden. Die Polizei ist jedoch glücklicherweise nicht besonders eifrig in der Verhängung der Strafen. Nun beschäftigt sich eine Reichstagskommission mit dem ganzen Dienstbotengesetz. Der Kongreß beschloß, daß, falls diese Kommission den Entwurf zu einem neuen derartigen Ausnahmegesetz für die Dienstboten vorlegen sollte, im ganzen Lande Protestversammlungen dagegen abgehalten werden sollen.

Außerdem beriet der Kongreß über die weitere Agitations- und Organisationsarbeit unter den Dienstmädchen, deren es in Dänemark ungefähr 120 000 gibt, von denen 20 000 auf Kopenhagen kommen. Organisiert sind bis jetzt nur ein paar Tausend. Der Kongreß wählte ein Komitee, das dafür sorgen soll, daß im ganzen Lande Agitationsversammlungen der Dienstmädchen veranstaltet werden.

Der Bericht über die Verhandlungen des Kongresses soll in 50 000 Exemplaren gedruckt und im ganzen Lande als Agitations- schrift verteilt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Hochwasser in Schlesien.

Breslau, 17. Juli. Die „Schlesische Zeitung“ meldet: Das Hochwasser der Gläher Reihe verursachte im Kreise Bries einen Dammbruch. Der Tschascheberger Damm unterhalb der Stadt Loewen ist in der vergangenen Nacht gebrochen. Weite Flächen sind überschwemmt. Andere Dämme sind in großer Gefahr. Ein Militärkommando ist von Bries abgegangen. Die ganze Nacht über wird gearbeitet, um die Dämme zu schützen.

Ein Familienbrama.

Gießen, 17. Juli. (W. S.) In dem benachbarten Saasen durchschnitt eine in den zwanziger Jahren stehende Ehefrau ihrem einzigen Kinde mit einem Küchenmesser die Kehle, anscheinend in einem Anfall geistiger Störung. Nach der Tat verdeckte sie sich und ließ sich abends von einem Zuge überfahren. Die Leiche wurde später aufgefunden.

Das Schicksal eines Leibesvisitators.

Frankfurt a. M., 17. Juli. (W. S.) In der Angelegenheit des Grand-Bazars, wo kürzlich 300 weibliche Angestellte nach Geschäfts- schluß einer peinlichen Leibesvisitation, zur Feststellung von eventuellen Diebstählen durch die Aufsichtsratsdamen unterzogen wurden, hat der Aufsichtsrat des Grand-Bazars dem Verlangen der Angestellten auf Entlassung des 1. Direktors Depierre stattgegeben. Herr Depierre, ein Belgier, wird nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren. Wie schon früher erwähnt, wurde in dieser Sache, auf Vorstellung des Personals auch eine Aufsichtsdame entlassen. Die Verkäuferinnen des Grand-Bazars haben außerdem, wie die Blätter melden, eine Klage wegen Freiheitsberaubung bei der Staatsanwaltschaft gegen Depierre anhängig gemacht.

Ein Erpresser verhaftet.

München, 17. Juli. (W. S.) Wie die Abendblätter melden, ist der ehemalige Teestubenbesitzer Wüffel, welcher von einem hiesigen Rechtsanwalt über 200 000 M. erpreßt hat, gestern in Lausanne verhaftet worden. Er wird nach Bayern ausgeliefert. Die Frau des Verhafteten hält sich in Genf auf und wird wahrscheinlich ebenfalls verhaftet werden.

Bermittler Tourist.

München, 17. Juli. (W. S.) Leutnant Siedl vom Ingolstädter Fuß-Art.-Reg. wird seit einer Tour ins Kaisergebirge vermisst. Die letzte Spur von ihm datiert vom 3. Juli.

Die Berliner Partei und der internationale Kongreß.

Ueber die Parteiversammlungen vom Dienstag lassen wir noch folgende ausführliche Berichte folgen:

Erster Wahlkreis.

Der Wahlverein des ersten Berliner Reichstagswahlkreises versammelte sich in Dräfers Festsaal, Neue Friedrichstraße. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht des Vorstandes, nahm Genosse Wolderski das Wort. Er erinnerte daran, wie bei der letzten Reichstagswahl die Genossen allerorten auf den ersten Berliner Wahlkreis blickten, der mit seiner Stimmengahl den gehegten Wünschen und Erwartungen vieler Genossen nicht entsprach. Mit neuer Energie hat seitdem die Agitation im Kreise eingeseht und der Vorstand blickt mit Zuversicht auf seine jüngste erfolgreiche Tätigkeit zurück, die mit der Kreisversammlung vom 5. März einen guten Anfang nahm. Die eingesetzte Restantenkommission hat neue Ordnung geschaffen und manches Mitglied durch geeignete Maßnahmen dem Verein erhalten. Die Mitgliederzahl hat sich in erfreulicher Weise vermehrt und ist auf 720 gestiegen. 7 Vorstandssitzungen fanden statt, darunter eine außerordentliche, der ein Ausschlußantrag vorlag. Es gelang dem Vorstande aber, in diesem Falle in einer verständlichen Weise einzugreifen, so daß der Antrag zurückgezogen wurde. Die Generalversammlung fand ihre Fortsetzung in einer Versammlung, zu der Genosse Mollenbuhr als Redner eingeladen war. Ferner wurde von den Genossinnen eine Volksversammlung veranstaltet. Bei dem Appell um Unterstützung, den die Schneider wie die Wäcker in ihrem Kampfe gegen die Unternehmer an den Verein richteten, war dieser gern bereit, seine Hilfe zu gewähren. Wolderski gedachte dann der Parteier und des damit verbundenen Protestes gegen die preussische Wahlrechtsreform, der auch im ersten Kreise wie überall seinen lebhaften Widerhall fand. 1200 Parteizeitungen wurden im Kreise verbreitet. Wo es Bildungsbestrebungen zu fördern galt, war der Verein stets auf dem Platze. Den Funktionen des Vereins wurden Broschüren gratis zur Verfügung gestellt, damit sie über verschiedene Dinge besser orientiert seien, jeder Parteigenosse konnte dieselben Broschüren, wie auch die „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“, zu billigen Preisen beziehen. Dies Werk von Bernstein empfahl Wolderski allen Genossen aufs wärmste, ebenso den Besuch der Vorträge von Raurenbrecher, Baage und Rosa Luxemburg, die im Herbst wieder aufgenommen werden. Die jungen Parteigenossen wies er auf die Arbeiterbildungsschule hin, die reiche Gelegenheit zum Lernen bietet. Eine große Verbreitung fand Fischers bekannte Reichstagsrede im Kreise, die für eine gute Auffassung sehr geeignet war.

Der Kassierer, Genosse Witner, erstattete den Kassenbericht über die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1907. Die Einnahmen betragen 3497,90 M., darunter ist ein Ueberschuß von der Reichstagswahl her im Betrage von 429,15 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 1490,93 M., bleibt als Bestand 2006,97 M. — Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlassen.

Genosse Diezler als Mitglied der Kommission berichtet von Beschwerden der kleinen Plättcheninhaber gegen die Redaktion, die sich gegen Einführung einer längeren Lehrzeit in Wochens- und Plättchenbetrieben erklärt hatte und erkennen ließ, daß sie darin nur eine Ausbeutung der jungen Kräfte erblicke. Die Kommission stellte sich entschieden auf Seite der Redaktion, die kleinen Gewerbetreibenden gegenüber, auch wenn diese Parteigenossen sind, in solchen Fällen keine Rücksicht angedeihen lassen darf. — Ein Antrag des Unterstützungsvereins der Pauer um Aufhebung der „Vorwärts“-Sperrung wurde abgewiesen und die Sperrung gerechtfertigt durch das Verhalten des Vereins im gegenwärtigen Kampf im Berliner Baugewerbe. Im allgemeinen seien Klagen gegen die Redaktion nicht vorgekommen, die Abonnentenzahl steige erfreulich, aber es sei darin noch viel mehr zu erreichen möglich und jeder Genosse sollte mithelfen, daß die Verbreitung des „Vorwärts“ immer größer werde.

Genosse Ege, Mitglied der Lokalkommission, behauptet, daß der erste Kreis immer noch so schlecht gestellt sei in bezug auf Versammlungshallen. In einigen Fällen wurden Lokale, die man zur Wahlzeit haben konnte, später wieder verweigert, wie Café Gärtner. Im Klubhaus, Krausenstraße 11, machte die Polizei Schwierigkeiten und erlaubte dem Wirt nicht, den Saal zu öffentlichen Versammlungen herzugeben, weil bautechnische Anforderungen nicht erfüllt seien. Pflicht aller Genossen ist es, die Lokalliste genau zu verfolgen und danach zu handeln.

Für die Agitationskommission sprach Genosse Schuster mit einigen Worten über die stetige und unermüdete Arbeit, die in der Agitation geleistet werde; er bezog sich im übrigen auf den „Vorwärts“, durch den die Genossen über die Art und Weise der Agitation auf dem Lausenden erhalten bleiben.

Die Ergänzungswahl zum Vorstande ergab die Wahl des Genossen Jadal zum Schriftführer.

Die Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins am 11. August führte zu einer lebhaften Debatte. Von dem Vorsitz der Redaktion der Wahl der Delegierten von 1040 auf 500, wie er der Generalversammlung gemacht werden soll, waren viele Genossen durchaus nicht erbaut. Ein kleiner Kreis, wie der erste, habe ein starkes Interesse daran, daß man seine Beteiligung nicht zu sehr einschränke. Wolderski erklärte, daß am 31. Juli ein Extrazahlabend angesetzt sei, an welchem dieser Antrag zur Beratung liege. Von verschiedenen Seiten wurde gewünscht, daß die neuen Vorschläge im „Vorwärts“ genau bekannt gemacht würden. Man verlangte, daß die Delegierten des ersten Kreises der beabsichtigten Änderung entgegenzutreten sollen. Schwabedal stellte den Antrag, daß der erste Kreis verlange, daß die Generalversammlung keinen Beschluß über die Angelegenheit fasse, ehe nicht die Kreise selbst nach einer gründlichen Beratung darüber entschieden hätten. Der Antrag wurde angenommen.

Als Delegierte wurden gewählt die Genossen Jadal, Stiller, Signer, Scherbe, Träger, Jahl, Wold, Janke, Kuma, Hanisch.

Zum internationalen Kongreß in Stuttgart einen Delegierten zu wählen war die nächste Aufgabe der Versammlung.

Der Vorsitzende Wolderski besprach in großen Zügen die Tagesordnung des Kongresses und machte bekannt, daß dazu noch ein Antrag vorliegt, nach welchem sich der Kongreß energisch für die Beibehaltung der internationalen Parteier erklären sollte. Dieser Antrag liehe sich am besten an den Punkt über Politische Parteien und Gewerkschaften anschließen, meinte Wolderski und fügte erläuternd hinzu, daß man mit zwei Strömungen zu rechnen habe, eine radikale, die unbedingt den 1. Mai und möglichst durch Arbeitsruhe feiern will, und eine andere, die in vielen Gewerkschaften ihre Stütze findet und die nur in einer bedingten Weise sich für die Parteier erklärt. Er verlas die Parteieresolution des letzten Parteitag, die klar genug ausspreche, was die Partei wolle, und er wünschte, daß man nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahl wahrlich nicht von einer Abschwächung der Parteier reden sollte, denn dadurch könnte man nur schädigend wirken. Daraus entspann sich eine sehr angeregte Diskussion über den Wert der Parteier sowohl, als auch über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften. Mehrere Redner kritisierten scharf, daß sich die Partei mit den Gewerkschaften in der Zahl der Delegierten teilt. Dadurch erhielten, so wurde behauptet, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ein doppeltes Wahlrecht. Genosse Schwabedal nahm sich besonders der Ge-

werkschaften an, die er lebhaft verteidigte und machte auch allerlei Bemerkungen gegen die Parteier geltend, was ihm aber von vielen Seiten sehr verübelt wurde. Genosse Venade erklärte, daß ohne Opfer kein Kampf geführt werden könne und daß wir kämpfen, um vorzudringen und Fortschritte zu machen und uns nicht durch ängstliche Bedenken zurückhalten lassen dürfen.

Ein Antrag, daß der erste Kreis dafür eintritt, die Parteier auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen, wurde angenommen und der Delegierte verpflichtet, für die Beibehaltung der internationalen Parteier einzutreten.

Die Versammlung wählte als Delegierten des ersten Kreises den Genossen Wolderski.

Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des zweiten Wahlkreises erfreute sich eines guten Besuchs. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der seit der letzten Tagung verstorbenen Wahlvereinsmitglieder in der üblichen Weise.

Schwemke gab einen gedrängten Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes während der letzten vier Monate. Es haben eine Anzahl Versammlungen stattgefunden, darunter zwei aus Anlaß des Wolderski-Kreises, die durchschnittlich gut besucht waren. Die Beteiligung seitens der Genossen an den Flugblattverbreitungen dagegen lasse öfters zu wünschen übrig. Im zweiten Kreis sei die Arbeiterbevölkerung nicht so stark wie z. B. im 4. und 6. vertreten, und wenn auch Fortschritte zu verzeichnen seien, so sollte das die Genossen anspornen, sich mehr als bisher der Parteier zu widmen.

Schmidt gibt den Kassenbericht für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni er. Einschließlich eines Kassenbestandes von 1679,94 M. beträgt die Einnahme 20 067,81 M., die Ausgabe 18 849,99 M., so daß ein Bestand von 1217,82 M. verbleibt; 8250 M. wurden an die Verbandskasse abgeführt. Für die Reichstagswahl wurden 7100,07 M. eingenommen und 5628,01 M. ausgegeben, der Ueberschuß beträgt somit 1472,06 M. Von den Revisoren wird die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt, eine Diskussion schließt sich dem Vorstandsbericht nicht an.

Genosse Richard Fischer spricht sodann in trefflichen Ausführungen über den internationalen Kongreß in Stuttgart: Es sei selbstverständlich nur möglich, im Rahmen der heutigen Versammlung lediglich allgemeine Gesichtspunkte anzuführen, denn um die Bedeutung der internationalen Kongresse voll zu würdigen, dazu würde der Abend kaum ausreichen. Deutschland mit seiner großen ausgedehnten Arbeiterbewegung hat schon seit Jahrzehnten den Anspruch darauf, das internationale Arbeiterparlament zu beherbergen zu dürfen, wenn das aber bisher nicht möglich war, dann lag es an den politischen Verhältnissen und der preussischen Polizei. Die Berliner Arbeiter würden es sich zu einer hohen Ehre schätzen, die fremden Genossen zu begrüßen, wenn das jetzt noch nicht möglich ist, der Kongreß vielmehr in dem freieren Württemberg tage, so werde doch auch noch die Zeit kommen, zu der man speziell in Berlin die Vertreter des russischen Proletariats dulden muß. Auch das sei eine Frage der Macht. Je stärker und umfassender unsere Bewegung sich gestaltet, um so eher wird sie auch auf diesem Gebiete dem Widerstand zu brechen in der Lage sein.

Wie man in Deutschland über die internationalen Beziehungen der Arbeiterschaft denke, zeige am besten die Jaurès-Versammlung. Fürst Bülow habe zwar das Verhalten unseres Genossen Jaurès in der verpöndelten Maroffangelegenheit gelobt, aber doch nicht den Mut bezeugt, Jaurès in Berlin zu den Arbeitern reden zu lassen. Bülow sagte, er wolle nicht zugeben, daß die deutsche Politik in der Hofenbeide gemacht werde. Und doch werde sie dort gemacht! Wie Caprioli für die innere Politik den Grundabstufte, daß sich die Regierung bei ihren Maßnahmen danach richte, wie sie auf die Sozialdemokratie wirken, so könne heute auch, ohne auf das deutsche Proletariat Rücksicht zu nehmen, keine auswärtige Politik gemacht werden.

Das deutsche Reich glaube ohne stehendes Heer nicht auskommen zu können, es ist gezwungen, sich auf die Heeresmacht zu stützen, die sich aus deutschen Proletariaten zusammensetzt, in dessen Reihen der sozialistische Gedanke eine immer weitere Ausbreitung und Festigung findet. Spielersfürsten und Lührer auf dem Throne wie König Milan von Serbien sind Deutschland liebe Gäste, einen Dr. Ellenbogen oder Dr. Frölich, der gegen die Alkoholpolitik zu Felde ziehen wollte, läßt man nicht sprechen, bloß weil es sich da um Sozialdemokraten handelt. Redner geht die Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses durch, voraussetzend, daß für die Abstimmungen das Stimmenverhältnis entsprechend dem Umfange der Partei in den einzelnen Ländern geregelt ist.

Internationaler Kongreß können in Spezialfragen eingehende Beschlüsse nicht fassen, sondern nur eine Verständigung über große gemeinsame Angelegenheiten herbeiführen. Jedoch bringe die Entwidlung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, weil sie überall auf der Ausbeutung der Arbeiterklassen beruhen, immer mehr gemeinsame Verbindungspunkte hervor. Auf dem internationalen Kongreß in Amsterdam wurde angefangen die Frage der allgemeinen Taktik festzulegen. In dem Streit zwischen Bebel und Jaurès gab dort der Kongreß für die Taktik eine Richtung an, die heute auf allen Seiten anerkannt und eingehalten wird.

Die Beziehungen der Partei zu den Gewerkschaften müssen nach der Geschichte und Entwidlung geregelt werden, die beide in den einzelnen Ländern genommen haben. Was in Stuttgart zur Sprache kommen muß, ist, zu untersuchen, ob und welche Verbindungspunkte zwischen Partei und Gewerkschaften in dem Bestreben der Umgestaltung des kapitalistischen Systems vorhanden sind. In Italien und Frankreich machen sich z. B. starke Strömungen bemerkbar in gewerkschaftlichen Kreisen, die jede politisch-parlamentarische Aktion verwerfen, hier habe der internationale Kongreß für Arbeit zu sorgen und ein wichtiges Stück Arbeit zu verrichten. Redner streift hierauf kurz die Forderung der Frauenwahlrechte, das schon im Interesse der proletarischen Bewegung zu fordern ist. Zur Frage der Kolonialpolitik und des Militarismus übergehend, erläutert der Referent den prinzipiellen Standpunkt der Sozialdemokratie. Aufgabe des Kongresses kann es nicht sein, diese Befensersmeinungen des kapitalistischen Staates auf der Welt zu schaffen. Das kann nicht durch Resolutionen geschehen, sondern der Kongreß hat den Schwindel aufzudecken und der Brutalität der Kolonialpolitik aller Staaten den Tugendmantel hinwegzureißen. Die in der deutschen Sozialdemokratie übliche Methode der Bekämpfung des Militarismus werde von manchem französischen Genossen, besonders aber von Hervé, als zu schwach und unzulänglich bezeichnet und dafür die positive Bekämpfung, die direkte antimilitaristische Propaganda gefordert. Redner ist der Ansicht, daß die jüngsten Vorgänge in Südfrankreich, wo anlässlich des Wingerauffandes ein ganzes Regiment mit dem Volke fraternisierte, keinen Anlaß zur Ueberschätzung der antimilitaristischen Propaganda in Frankreich geben. Die Bedeutung liege darin, daß Clemenceau es nicht wagen konnte, den ihm zur Verfügung stehenden Militarismus gegen die „Rebellen“ in Anwendung zu bringen, ohne nicht vielleicht dadurch die Republik zu gefährden. Unsere deutsche Partei bekämpft den Militarismus, wo sich ihre Gelegenheit dazu bietet, im Parlament, in Versammlungen, in der Presse und in Broschüren. Der Erfolg davon wird sein, wenn er nicht schon tatsächlich vorhanden ist, daß die Armee auflöst, zuverlässig als ein Instrument gegen den sogenannten inneren Feind in Anwendung gebracht zu werden. Dazu reicht der Einfluß der Scharfmacher nicht aus und je mehr die Arbeiterpartei wächst, um so reißender wird man es sich in Deutschland überlegen, den bewaffneten Bruder gegen seinen Bruder in die Arbeitsschranken zu heben. Soweit sind wir ohne die antimilitaristische Methode gekommen.

Die weiteren Ausführungen erstreckten sich auf die Einwanderungsfrage, für die sich keine Generalregel aufstellen ließe. Das Kapital sei bestrebt, Arbeiter aus kulturell zurückgebliebenen Ländern zur Industrie und Landwirtschaft heranzuziehen, wogegen sich besonders die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten wehren. Vom sozialdemokratischen Standpunkt ist zu sagen, daß alles zu tun sei, das Kulturniveau der Eingewanderten zu heben, sie politisch, gewerkschaftlich und kulturell zu erziehen. Bei aller internationaler Solidarität kann man jedoch den Arbeitern in den vorgeschrittenen Ländern das Recht nicht freitig machen, sich gegen die Praktiken der Unternehmer, durch Heranziehung unaufgeklärter billiger Arbeitskräfte die Gewerkschaften zu schädigen, energisch zur Wehr zu setzen. Hierzu wird der Kongreß einer Weg finden, wie er der internationalen Klassenbewegung entspricht.

Von der Parteier stehe es noch nicht fest, ob sie auf die Tagesordnung komme. Werde sie aber angeknüpft, dann könne die Antwort nur sein, an den bisherigen Beschlüssen festzuhalten. Stände es wirklich so, daß die Gewerkschaften durch die Parteier zu ihnen unlegener Zeit in Kämpfe gedrängt würden, dann ließe sich über die bisherige Form der Parteier reden. Aber die Gewerkschaften haben nach den bestehenden Beschlüssen vollständig freie Hand, ihre Maßnahmen entsprechend der jeweiligen Situation und Konjunktur zu treffen. Ist es vom Standpunkt der politischen Klugheit geboten, nach zwanzig Jahre Arbeit von der Parteier zurückzutreten? Sollen wir von einer Forderung abgehen, bloß deshalb, weil wir noch nicht stark genug waren, sie durchzuführen? Die Arbeitszeitverkürzung ist das Lebensinteresse der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, ohne die lebhafteste Agitation für die Parteier durch zwei Jahrzehnte wären auf diesem Gebiete keineswegs die jetzt vorhandenen Fortschritte zu verzeichnen. Das sollten die Gewerkschaften wohl bedenken. Gibt man uns dies zu, dann kann erwartet werden, daß die übergroße Mehrheit der Kongreßteilnehmer die bisherige Form der Parteier aufrechterhält. (Lebhafter Beifall.) In seinen Schlussworten stellt Genosse Fischer den Stuttgarter Kongreß in Vergleich zur Friedenskonferenz in Haag. Dort werde hinter verschlossenen Türen ein diplomatisches Süppchen gekocht, zu dem wir aber in Stuttgart das Salz geben werden, um es gründlich zu verjagen. Für uns kann es nur die Lösung geben, ein Volk, ein Ziel, ein Kampf, der uns befreit von der Aneschtung des Kapitals. (Stürmischer Beifall.) Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Es erfolgen dann die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung, nach deren Erledigung die Versammlung ihren Schluß in einem brausenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie findet.

Dritter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des Wahlvereins im dritten Wahlkreise ging dem Hauptpunkt der Tagesordnung ein kurzer Geschäfts- und Kassenbericht, vorgelesen von dem Vorsitzenden Genossen Kohl und vom ersten Kassierer Genossen Albert Harndt, voraus. Einschließlich eines früheren Bestandes von 1687 M. betrug im ersten Halbjahre 1907 die Gesamteinnahme 13 265,04 M.; ausgegeben wurden insgesamt 12 405,10 M., so daß ein Bestand von 760,94 M. verbleibt. Einstimmig wurde Decharge erteilt.

Ueber die Bedeutung des internationalen Kongresses referierte darauf der Genosse Parteisekretär Müller. Einleitend gab er der Freude der deutschen Sozialdemokratie Ausdruck, daß sie zum ersten Male Gastgeberin des internationalen Sozialismus sein könne; dabei gedachte er der Fortschritte, die seit der internationalen Tagung zu Paris im Jahre 1889 gemacht seien. Es gebe Leute auch in der Sozialdemokratie, so fuhr er fort, die da glauben, die internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresse leisteten mehr als Demonstration als an praktischer Arbeit. Selbst wenn dem so wäre, hätten sie ihren hohen Wert. Aber sie seien nicht bloß Demonstrationen. Die Beschlüsse früherer Kongresse und ihre Folgen hätten genugsam Zeugnis gegeben auch von der praktischen Bedeutung dieser Kongresse. Besonders nach Amsterdam zeigte sich das in der heilsamen Wirkung auf die Genossen der Länder, wo eine Zersplitterung des kämpfenden Proletariats in mehrere Gruppen vorlag. Insbesondere sei der französische Sozialismus erwähnt, der im Gegensatz zu früher diesmal als eine einzige, starke französische sozialistische Partei auf dem internationalen Kongreß vertreten sein werde. Wir in Deutschland könnten stolz darauf sein, daß bei uns seit Jahrzehnten die Einheit gewahrt sei. Nicht geringen Dank schuldeten wir in der Beziehung unserem verstorbenen Ignaz Auer, der stets den Gedanken der Einheit über alles gestellt und seinen großen Einfluß stets in der Richtung geltend gemacht habe. — Zweifellos seien auf der Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses eine Reihe Fragen von großer Wichtigkeit. Da sei erstens die Frage des Militarismus und der internationalen Konflikte. Es sei bezeichnend, daß die Frage zu einer Zeit auftauche, in der die Diplomaten der internationalen Welt im Haag beisammen seien. Unter Berücksichtigung der Erscheinungen in der Welt der Tatsachen legte Redner dar, wie unfruchtbar diese Art internationaler Tagungen seien, und daß man kein Vertrauen haben könne zu dem, was dort gebraut werde. Er erinnerte unter anderem an den japanisch-russischen Krieg, an die Warenausbeutung sowie an die neueste Kriegserklärung des „Friedensmagars“ gegen sein eigenes Volk: die Dumaauflösung und den Bruch seiner Versprechungen durch Aufkündigung des neuen Wahlgesetzes. Nun, das russische Volk werde die ihm zukommende weltgeschichtliche Mission erfüllen, unter dem Drängen des vorwärtsstürmenden Proletariats. Redner beleuchtete dann noch im Zusammenhange mit der Haager Friedenskonferenz die bekannte äußere Politik Bülow's, seine negierende Stellung zur Abrüstungsfrage. Das Merkwürdige sei, daß sämtliche Redner der bürgerlichen Parteien, vom Zentrum bis zum Liberalismus, im Reichstage Bülow recht gaben, und das zu einer Zeit, wo die Regierung weniger als je daran dachte, den Parteien einen Einfluß auf die äußere Politik zu gewähren. — Was nun unsere Stellung zum Militarismus angehe, so sei es genau dieselbe, wie sie früher von uns präzipiert worden sei und auf internationalen Kongressen zum Ausdruck kam. Immer hätten wir betont, daß wir nicht daran dächten, das deutsche Volk wehrlos irgendeinem auswärtigen Feinde gegenüberstellen zu wollen. Gerade unsere Forderung der Volkswehr sei der beste Beweis dafür, daß wir das Vaterland verteidigen wollten, ohne daß wir aber einen Militarismus großziehen wollten, der auch gegen den „inneren Feind“ marschiere. Gerade die Erfahrungen, die 1789 das Bürgertum Frankreichs als revolutionäre Klasse gemacht habe, müßten uns lehren, daß von einer Wehrlosmachung nicht die Rede sein könne. Auch von den Behauptungen in bürgerlichen Blättern, daß uns Liebknecht eine andere Taktik aufrängen wolle, Roserens agitation mit Flugblättern und dergleichen, sei kein Wort wahr. Liebknecht stehe ganz entschieden auf dem Standpunkt unserer früheren Grundsätze. Und Kautsky habe ebenfalls deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir nichts zu ändern hätten und daß am kein Eingehen zu rechnen sei auf Ideen, wie sie in Frankreich von Hervé propagiert wurden. Auch Jaurès in Frankreich sei Hervé entgegengetreten. — Die deutsche Sozialdemokratie habe ferner stets unterschieden zwischen dem System des Militarismus und denen, die gezwungen wären, seine Träger zu sein. Deshalb sei es auch keine Neuerung, seine Veränderung am Prinzip, daß sie parlamentarisch für die Erhöhung des Soldes der Soldaten eingetreten sei. Verschiedentlich habe sie zur Verfeinerung des Hofes derselben gewirkt. — Liebknecht betone in seiner Broschüre, daß er durchaus auf gefestigtem Boden bleiben wolle; daß aber die Jugend anders ergogen werden solle. Auf der anderen Seite habe er allerdings einen besonderen Ausschuß für Propaganda verlangt. Das sei aber auch nichts Neues; auf dem deutschen Parteitage habe schon ein solcher Antrag von Boldsam-

Ostbavelland vorgelegen. Die Anregung sei verworfen, weil eine solche besondere Instanz für ein bestimmtes Tätigkeitsgebiet neben dem Parteivorstande nicht angebracht sei. — Aus allen Erfahrungen, die wir in Jahrzehnten in Deutschland gemacht hätten, würden wir festhalten an unserer Stellung zum Militarismus. — Mit der Kolonialpolitik werde sich der Kongress auch befassen. Redner legt den prinzipiellen Standpunkt der Partei dar, wie ihn Bebel im Reichstage präzisiert hatte. — Zu dem Punkt: „Beziehungen zwischen den politischen sozialistischen Parteien und Gewerkschaften“ brauche hier nichts gesagt zu werden, nachdem der Mannheimer Parteitag die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften in Deutschland besiegelt und Mißverständnisse gehoben habe. Im Zusammenhang mit jener Frage werde aber vielleicht die Reise zur Verhandlung kommen, zu der in verschiedenen Kreisen Anregungen ausgingen. Auch Kreise von Gewerkschaften drängten zur endgültigen Regelung. Redner sei der Überzeugung, daß solche „enghaltige“ Regelung in Wirklichkeit keine endgültige sein würde. Schon der nächste Kongress würde sich wieder damit beschäftigen müssen. Das internationale Bureau habe den Punkt nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt, und dies seitens der deutschen Delegierten anzuregen, bestimme kein absolutes Bedürfnis, weil die Übergabe der Partei in Bezug auf die Reise wirklich nicht geändert haben wolle. Es habe keinen Zweck, daß immer wieder der alte Beschluß nach einer mehr oder minder längeren Diskussion gefaßt werde. Persönlich nehme er an, daß doch wieder derselbe Beschluß gefaßt werden würde und daß wir im nächsten Jahre über die Frage debattieren würden wie bisher. Gewiß fände er es verständlich, wenn aus gewissen Erfahrungen heraus Gewerkschaftler und auch politische Genossen in zurückgebliebenen Gegenden usw. Änderungen vorschlägen. Das könne aber doch nicht den Ausschlag geben, wo es sich um die Stellungnahme der Gesamtpartei handele! Im übrigen erscheine auch dazu, die Frage der Reise neu aufzurollen, die Zeit keineswegs geeignet; die Zeit, wo das sächsische Proletariat in neue Wahlrechtskämpfe verwickelt sei und die preussische Wahlrechtsbewegung wieder in Fluß komme. Wir müßten bedenken, daß wir in einer Zeit solcher gespannten politischen Atmosphäre nicht die einzige Demonstration, die das deutsche Volk habe, beiseitigen könnten. — Daß die Frage des Frauenstimmrechts nur für sich und nicht nach dem Vorschlage der Genossin Waader im Zusammenhang mit der Demokratisierung des Wahlrechts überhaupt vom internationalen Bureau auf die Tagesordnung gebracht wurde, hält Redner für keinen Schaden. Es solle sich ja diesmal gerade um das Frauenstimmrecht handeln. Bei einer so allgemeinen Debatte aber, die bei der Frage der Demokratisierung des Wahlrechts überhaupt notwendig in die Breite gehen würde, könnte nicht mit der nötigen Schärfe herausgeschält werden, worum es sich eigentlich handele. Daß wir den Frauen gegenüber für volle Gleichberechtigung einzutreten hätten, darüber bestimme bei uns in Deutschland kein Zweifel. — Zur Frage der Einwanderung und Auswanderung, unter der die Gewerkschaften und die politischen Parteien gewiß mehr oder minder zu leiden hätten, betont Redner als den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie, daß das Wort Marx: „Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch“, aufrecht zu erhalten sei auch dahin, daß durch die Gesetzgebung nichts daran geändert werden solle. Verfehlt scheint ihm der von Sozialisten in Amerika zum Teil eingenommene Standpunkt, daß man einen Unterschied machen müsse zwischen Einwanderern aus kapitalistischen Ländern und Angehörigen „inferiorer“ Völker, womit man auch die Niaten meine. Gegen diese, aber nicht gegen jene sollen gesetzliche Absperzungsmassnahmen nach dem fraglichen Standpunkt zulässig sein. Dem könne nicht beigetreten werden. Man brauche bloß an die Japaner denken, um zu sehen, wie leicht ein Land zu einem kapitalistischen werde, wo die Arbeiter Bedürfnisse gewinnen und den Klassenkampf lernen. Auf der anderen Seite vergesse man nicht, daß beim Streik der Seeleute das Mutterland der Organisationen, England, das Streikreservoir abgeben habe, wenn es auch die Hefe des englischen Volkes gewesen sei. Nebenfalls bestimme so kein Anlaß, einzelne Nationen herauszugreifen und in Vonn zu tun. Sondern: Aufklärung des Proletariats der ganzen Welt — Kampf gegen die Kapitalisten der ganzen Welt! — Zum Schluß sprach Redner die Vergnügung darüber aus, daß die deutsche Partei trotz der Potentatwahlen als Dreimillionenpartei den internationalen Sozialismus empfangen könne. Sie kann ihm versprechen, keinen Finger breit von dem Wege abzugehen, den sie bisher gegangen sei als Vorhut der internationalen sozialistischen Armee! (Beifall.)

Es ist ein von der Bezirksführerkonferenz beschlossener Antrag eingegangen: „Wir halten an der bisherigen Feier des 1. Mai fest und ersuchen die Delegierten, in dem Sinne zu stimmen.“ Genosse K r a n t empfiehlt den Antrag und führte noch aus: Was Genosse Müller über die Reise gesagt habe, unterlasse er. Er glaube aber, Referent sei zu optimistisch. Nach Redners Meinung werde von Gewerkschaften versucht werden, den Amsterdamer Beschluß umzustossen. Er erinnere an Bismarcks Aeußerung, auf dem nächsten internationalen Kongress werde man sich auseinandersetzen. Ferner erinnere er an die Diskussion in Köln, nach Köln, auf der Vorstandskonferenz, deren Protokoll von der „Einigkeit“ veröffentlicht wurde, usw. Der Aufruf des Parteivorstandes in diesem Jahre habe auch einer Rede, so ähnlich gesehen wie ein Ei dem anderen. Irgendwelche stichhaltigen Gründe gegen die Reise in heutiger Art gebe es nicht. Redner tritt verschiedenen der bekannten Bedenken entgegen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Genosse M ü l l e r nahm in seinem kurzen Schlußwort Bezug auf die Aeußerung des Vorredners zum Aufruf des Parteivorstandes. Damit sei eine Änderung in der Richtung beabsichtigt, daß etwa die Arbeitstube am 1. Mai aufhören solle. Es sei auch aus dem Wortlaut nicht herauszulassen. In ähnlicher Situation habe ja der Parteivorstand schon ebenso gehandelt. Auf der Generalversammlung von Goch-Verlin sei darüber ja gesprochen worden. Und auf dem diesjährigen deutschen Parteitag werde man auch darüber Erklärungen erhalten. — Die Anregung der Schaffung eines Reisefonds, wie sie im „Vorwärts“ gemacht sei, könnte auf dem deutschen Parteitag Gegenstand der Verhandlung sein. — Die allgemeine Resolution wurde einstimmig, der Antrag der Bezirksführer gegen drei Stimmen angenommen.

Vierter Wahlkreis.

Die in „Kellers Festsaal“ tagende, sehr gut besuchte außerordentliche Generalversammlung des 4. Kreises, die sich ausschließlich mit der Tagesordnung des internationalen Kongresses beschäftigte, wurde durch ein vorzügliches, alle Punkte der Tagesordnung eingehend berücksichtigendes Referat des Genossen Heinrich S t r ö b e l eingeleitet. In der Frage der internationalen Aus- resp. Einwanderung müsse sich jeder Sozialist prinzipiell auf den Boden unbedingter Freizügigkeit stellen. Die heute noch geübte Völkerverehrung würde um so mehr verschwinden, je mehr sich das Proletariat der verschiedenen Länder durch persönlichen Verkehr kennen lernen. Das Zusammenarbeiten werde die internationale Verbrüderung befestigen und dem Proletariat begreifen lehren, daß es nur einen Feind gebe, den internationalen Kapitalismus. Redner erinnert daran, daß der Wandertreib der deutschen Arbeiter der dreißiger und vierziger Jahre diese erst mit dem Sozialismus bekannt gemacht und den sogenannten Handwerkerburschenschaftskommunismus erzeugt habe. Das Unternehmertum trete freiwillig aus einem anderen Grunde für die Einwanderung fremder Arbeiter ein, nämlich nur deshalb, um billige Arbeitskräfte zu bekommen. Die massenhafte Einwanderung billiger Landarbeiter aus Ungarn, Galizien, Böhmen usw. ließen sich klarer genau so gerne gefallen wie sich andere Unternehmer etwa die Einwanderung von Erbarbeitern aus Italien gefallen ließen. Sobald sich aber die organisierten Arbeiter bemühten, diese fremden Brüder für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, und diese Bemühungen Erfolg versprechen, so daß die Kapitalisten ihre willenlosen Sklaven verlieren würden, setze eine ungeheure Hege gegen diese rechtlosen Proletariat ein und die Behörden unterstützten dieses Vorgehen durch massenhafte Ausweisungen.

Es sei aber um so mehr Pflicht, vor allem der Gewerkschaftler, sich dieser Arbeiter anzunehmen, andererseits aber auch wieder darauf zu dringen, daß in allen fortgeschrittenen Ländern ein gesetzlicher Minimallohn und eine Normalarbeitszeit durchgeführt werde. Niemals aber dürften sich Arbeiter für ein Verbot der Einwanderung erklären. Die gesetzliche Regelung eines Ausländerrechts müsse verlangt werden, um der Vogelfreiheit der Ausländer zu steuern. Freilich stede auch in diesen Forderungen ein Stück Zukunftshoffnung, aber das Proletariat sei allein die Klasse, die mit Kraft und Ausdauer auch weiteren Zielen zugestreden imstande sei.

Redner trat sodann sehr lebhaft für das allgemeine Wahlrecht für die Frauen ein. Die Sozialdemokratie dürfe sich nicht von opportunistischen Gründen leiten lassen, sondern müsse selbst dann für das Frauenwahlrecht eintreten, wenn wir einen augenblicklichen Rückschritt zu erwarten hätten. Eingehend geht sodann der Redner auf die für uns so wichtige Frage „Militarismus und internationale Konflikte“ ein. Unsere prinzipielle Stellung zum Militarismus sei bekannt. Zudem die Sozialdemokratie für die Miliz eintrete, treten wir nicht für Wehrlosmachung der Nation, sondern für die einzig wirksame Volksbewaffnung ein. Nicht nur die Schweizer Miliz, sondern auch die Erfahrungen des amerikanischen Bürgerkrieges, des deutschen „Befreiungskrieges“, des Dänenkrieges usw. und nicht zuletzt des südafrikanischen Herero- und Affenrieges beweisen die Leistungsfähigkeit einer Volksbewaffnung. Freilich für die herrschenden Klassen sei der automatische Drill des Militarismus die einzige Schwäche. Der 21. Januar 1906 habe das wahre Gesicht der herrschenden Klassen gezeigt. Als ein Jahr später, 1907, patriotische Demonstrationen vor dem Reichstagspalast und dem Schloß tobten, da wurden keine scharfen Patronen verteilt und die Schutzmännertruppen traten nicht in Aktion. Was wir zur Bekämpfung des Militarismus tun könnten, sei Stärkung der Jugendorganisation und unablässige Propaganda unserer Ideen auch unter den jungen Leuten, noch ehe sie in die Kaserne kämen. Kasernenpropaganda können wir in Deutschland nicht gebrauchen, da die Opfer in keinem Verhältnis zu den Erfolgen stehen würden. Wenn aber mehr als 8 Millionen deutscher Proletariat sich selbst den heiligen Schwur leisteten würden, unablässig für unsere Sache zu kämpfen und zu agitieren, so würden wir unser Ziel auch ohne diese erreichen. Wenn in Frankreich und Belgien usw. andere Verhältnisse angewandt werden könnten, so läge dies an den anderen Verhältnissen. Während Genosse H e r v é in Frankreich noch einigen Monaten Aufenthalt in dem fideles französischen Gefängnis für politische Befangene (in dem er Verurteilung empfangen, selbst ein Mävier sich halten konnte) begnadigt wurde, könnte ein deutscher Genosse wegen desselben Delikts im Zuchthaus verfaulen. Auch bei uns werde die Zeit kommen, wo die stillen Gebote der Elternliebe und das biblische Gebot, Vater und Mutter zu ehren, höher stehen als der Befehl auf Vater und Mutter zu schießen. Genosse S t r ö b e l legt dann noch den Standpunkt des Genossen K r a u t z h über Behoramsverweigerung im Krieg, Patriotismus und Sozialdemokratie, den er teilt, eingehend dar. Redner weist dann auf die Schädlichkeit der Kolonialpolitik, auf die Opfer (Kolonialarmee), die der Militarismus fordert und auf die Früchte, die er zeitigt, hin. Einen glänzenden Beweis davon habe der Petersprophet geliefert, und das Bestreben dieser Clique, die Praxis der Regenerkultivierung und der Kolonialkriege auch auf die Behandlung der „weißen Sklaven“, auch in einem eventuellen Bürgerkrieg anzuwenden, sei unübersehbar. Auf die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften brauche er, nach der Klärung, die jetzt, namentlich nach dem Mannheimer Parteitag, erfolgt sei, nicht weiter einzugehen. Notwendig sei, daß diese beiden Glieder einer Arbeiterbewegung durch dasselbe Herz von demselben Blute ernährt würden. Der sozialistische Geist müsse durch alle Ädern der Arbeiterbewegung pulseren, damit sich bei uns nicht der konterbaitte Geist eines Nurgewerkschaftertums à la England festsetzen könne.

Daß wir die Reise nicht preisgeben könnten, halte er für selbstverständlich. Selbst die Opfer einer ev. Aussperkung müßten wir auf uns nehmen, denn die gebrauchten Tauben würden uns nie in den Mund fliegen. Wir könnten von der Reise mit Arbeitsruhe nicht Abstand nehmen, ohne die Unmündigkeit der Arbeiterbewegung zu dokumentieren.

Redner fordert dann noch zum Protest gegen die Friedensfete im Haag auf, da die kapitalistischen Konkurrenzverhältnisse der einzelnen Staaten so lange den Krieg notwendig machen, bis diese Verhältnisse selbst durch den Sozialismus überwunden würden.

Der lebhafteste Beifall bewies, daß der Referent ganz im Sinne der Anwesenden gesprochen hatte und ohne Diskussion wurde die gestern schon veröffentlichte Resolution angenommen.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung, Anträge, wurde folgende Resolution gestellt:

„Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis hält nach wie vor eine internationale gewaltige Demonstration an einem bestimmten Tage, um den achtstündigen Arbeitstag zu erzwingen, für notwendig. Die Versammlung erwartet von ihren Delegierten, im Fall die Reise auf die Tagesordnung gesetzt wird, daß sie etwaige Verschlechterungen, betreffend die Arbeitstube, zu verhindern suchen und sich auf den Boden der Resolutionen von Jena und Mannheim stellen.“

Während wurde ausgeführt, daß wir die Reise eher durch Arbeitstube zu verschärfen, als zu verwässern haben. Auch die Zahlung des ganzen oder eines Teils des Tageslohnes in einen zu schaffenden Fonds zur Unterstützung der Opfer könne keineswegs als Entschuldigung und als vollwertiger Ertrag angesehen werden. Die zur Delegation vorgeschlagenen Genossen werden aufgefordert, zu diesem Punkte sich zu äußern.

Genosse S a d e l b u s c h präzisiert sodann kurz seinen Standpunkt und weist auf die Wirkung der Reise als Propagandamittel hin. Der Aufruf des Parteivorstandes sei mit Recht von den Parteigenossen sehr mißfällig aufgenommen worden. Der dort vertretene Standpunkt sei zu bekämpfen. Durch diesen Aufruf sei nur Verwirrung in die Reihen der Arbeiter getragen und die Arbeitstube nur eingeschränkt worden.

Ein von Genossen S t u m p e gestellter und begründeter Antrag, zur Erleichterung des internationalen Verständnisses den „Vorwärts“ in Zukunft mit lateinischen Lettern zu drucken, wird auf einen geeigneteren Zeitpunkt zurückgezogen.

Die hierauf vorgelegene Wahl hatte dann das gestern schon gemeldete Ergebnis. Von 2592 abgegebenen Stimmen erhielten: Paul S o f f m a n n 228, Otto B ü c h n e r 587 und Richard S a e l d u s c h 408 Stimmen.

Fünfter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im fünften Wahlkreis verließ der Kassierer, Genosse R i t z e die Namen von 88 Personen, die sich seit der vorigen Versammlung zur Aufnahme in den Verein gemeldet hatten. Einwendungen wurden nur gegen einen der Verlesenen erhoben, der beim Kassierer- und Druckerstreik nicht den Grundfäden der Arbeiterbewegung gemäß gehandelt haben soll. Diese Sache wurde dem Vorstand zur Untersuchung überwiesen.

Sodann sprach Genosse D a v i d s o h n über den internationalen Arbeiterkongress. Von den wichtigsten Punkten der Tagesordnung, wie sie vom internationalen Bureau vorgeschlagen wird, hob der Redner zunächst die Frage des Frauenwahlrechts hervor und bezeichnete es als erfreulich, daß diese Frage, die auf dem Amsterdamer Kongress angeknüpft und in einer kurzen Resolution vorläufig erledigt wurde, nun in Stuttgart gründlich behandelt werden soll. Der Redner erwähnte auch die Einführung des politischen Frauenwahlrechts in Finnland, die er als ein Experiment bezeichnete, da man ja in Hinblick auf die Verhältnisse in Rußland nicht wissen könne, ob es bestehen bleiben werde. Die Tatsache aber, daß die finnischen Frauen sich so außerordentlich stark an den Wahlen beteiligten, und das Ergebnis der Wahlen: 10 weibliche Parlamentsmitglieder, unter ihnen 9 sozialdemokratische, und 80 Sozialdemokraten unter den im

ganzen 200 Abgeordneten seien Beweis genug gegen die hier und da auch in unseren Reihen hervorgetretene Meinung, daß das Frauenwahlrecht die Reaktion zurzeit nur stärken könne.

Danach kam der Redner auf den Punkt Militarismus und internationale Konflikte zu sprechen. Gerade jetzt, nachdem erst kürzlich die Diplomaten verschiedener Staaten mit dem Kriegsspieler spielten, und gegenwärtig im Haag wieder einmal die Friedenskonferenz gemimt werde, sei die Behandlung dieser Frage durch die Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung ganz besonders wichtig. Während sich die bürgerliche Presse bergends bemühe, für ihre Leser aus dem geschmacklosen Teige der Haager Konferenz einige Motiven herauszuwickeln, werde der Kongress in Stuttgart der Welt zeigen, wie die Sache angepackt werden muß, um den Kulturinteressen und den Interessen des Proletariats zu dienen. Das Material über den Antimilitarismus sei zum ersten Mal in umfassender Weise von dem Genossen Karl V i e b n e r c h t zusammengestellt. Die ungeredete Kritik, die hier und da an dessen Vorschläge geübt wurde, dann die Tatsache, daß in Frankreich eine Anzahl Genossen in der antimilitaristischen Agitation aus-schweiften, zeigten, daß die Frage einmal gründlich erörtert werden müsse. Dies sei um so mehr notwendig mit Rücksicht auf die schweren Kämpfe unserer russischen Genossen. Der Redner erwähnte hierbei die bereits gefeierten im „Vorwärts“ veröffentlichte Resolution. Er führte weiter aus, daß mit der Frage des Militarismus und der internationalen Konflikte die der Kolonialpolitik zusammenhängt, was ja auch kürzlich auf dem außerordentlichen Kongress der belgischen Genossen erwähnt wurde. Der Umstand, daß auf diesem Kongress drei verschiedene Meinungen unserer belgischen Genossen laut wurden, wenn man sich auch schließlich auf eine gemeinsame Resolution einigte, zeigte hinreichend, wie notwendig eine internationale Aussprache über die Kolonialfrage ist. Dazu komme in Deutschland die neueste Auffrischung der Kolonialgier durch den Petersprophet, ferner der Umstand, daß unsere Fraktion in der Reichstagsession von 1903/1904 zunächst nicht gewillt war, gegen die Hereroverträge zu stimmen. Man sei wohl sicher, daß sich derartige bei uns nicht so leicht wiederholen werde, womit jedoch nicht gesagt sei, daß nicht die Fraktionen in anderen Ländern auf einen ähnlichen Gedanken kommen könnten. Aber auch mit Rücksicht darauf, daß aus den Reihen deutscher Genossen Stimmen laut wurden, die sich unter mancherlei Bedingungen und Voraussetzungen für Kolonialpolitik erklärten sei es notwendig, solchen Genossen klar zu machen, daß zunächst die Kolonialpolitik im Gegenwartstaat zur Debatte stehe, die notwendig eine kapitalistische und militaristische sei und sein müsse, und die keine internationale Konflikte in sich birge. Wie beim Militarismus müsse auch hier das Wort gelten: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.

Den Punkt: Ein- und Auswanderung ausländischer Arbeiter erklärte der Redner ebenfalls für sehr wichtig. Zumal für die Genossen, die, wie in den Hafenstädten, das Auswandererinteresse täglich vor Augen sehen, habe diese Frage ganz besonderes Interesse. Der Redner wies auf die Publikationen in der vorliegenden und in der folgenden Nummer der „Neuen Zeit“ hin, die wertvolles Material zur Beurteilung der Frage enthielten, das leider etwas spät vor dem Kongress veröffentlicht worden sei. Der Anfang in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit“ sei eine dankenswerte Arbeit S c h i p p e l s, derentwegen man sich für manches mit ihm ausjöhnen könne, was er sonst der Partei unangenehm aufzurechen und aufzuschreiben versucht habe. Als seinerzeit auf dem Parteitag in Mainz ein Hamburger Genosse dafür eintrat, daß farbige Heizer auf deutschen Schiffen überhaupt keine Anstellung mehr finden sollten, habe man das in vielen Kreisen der Partei als einen Schlag ins Gesicht empfunden. Nach unserer Parteilassung könne doch die Hautfarbe unmöglich ein Grund sein, einen Menschen von der Arbeit auszuschließen. Allerdings müsse sich die Arbeiterschaft Lohnbrüder vom Hals halten, aber ohne Rücksicht auf die Hautfarbe. Wenn die Farbigen mit den Gelben des Proletariats durchdrängt werden könnten, so sollten sie der Arbeiterschaft eben so liebe Arbeitsgenossen sein wie die anderen.

Den Punkt: Die Beziehungen der politischen Arbeiterparteien zu den gewerkschaftlichen Organisationen bezeichnete der Redner als einen der wichtigsten des Kongresses. Man müsse bedenken, daß in einzelnen Ländern diese Verhältnisse noch sehr unklar seien, ja hier und da eine gewisse Trägheit hinsichtlich der Stellung der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie herrsche. Dazu komme, daß auch bei uns gewisse Dinge der Erörterung bedürften, so die Frage der Lokal- und Zentralorganisation. Eine andere Frage, die mit dem Punkte zusammenhänge und sicherlich auch behandelt werden müsse und behandelt werden werde, sei die der Reise. Der Redner wies hierbei auf die Resolutionen hin, die bereits zu dieser Frage von den Genossen in verschiedenen Kreisen, in Teltow-Beeskow, in Nürnberg, in Kassel gefaßt wurden, ferner auf den jüngst im „Vorwärts“ erschienenen Artikel des Berliner Metallarbeiters B. Richter, wozu er bemerkte, daß der Vorschlag, die am 1. Mai arbeitenden Genossen zu verpflichten, ihren Tagesverdienst abzugeben, ein zweischneidiges Schwert sei und leicht dazu führen könnte, daß einzelne sich gleichsam von der Reise loslösen. Er, Redner, sehe jedoch gar keinen Grund, warum einige Genossen die Reise jetzt abschwächen wollten. Lese man in den Parteitagprotokollen von den Jahren 1881 bis 1906 die Berichte des Parteivorstandes über den Verlauf der Reise, so finde man, daß in keinem der Jahre ein Rückgang festgestellt wurde, ja vielmehr nur Lobsprüche über die wachsende Beteiligung an der Reise. Nach dem „Dreimärsch“, den der Parteivorstand zum 1. Mai 1907 veröffentlicht habe, müsse man gespannt darauf sein, was er diesmal über die Reise berichten werde. Nach allem, was man in diesem Jahre von der Reise gesehen und erfahren habe, selbst wenn man die in Festimmung geschriebenen Zeitungsberichte mit Vorsicht aufnehme, müsse man doch überzeugt sein, daß auch diesmal wiederum ein Fortschritt stattgefunden hat. Vielleicht habe gerade jener „Dreimärsch“ bei manchen Arbeitern eine Art Trost hervorgerufen, nun gerade erst recht zu feiern. Was in der vom Jenaer, dann vom Mannheimer Parteitag von neuem angenommenen Resolution festgelegt sei, müsse als das Mindeste gelten, was hinsichtlich der Reise angenommen werden könne. Gerade mit Rücksicht auf unsere politischen Verhältnisse wie auf die Wahlverhältnisse wäre ein Zurückweichen der Arbeiterschaft auf tiefe zu bedauern. Beschlüsse der Kongress im Sinne jener Resolution, so werde man auch in dieser Hinsicht mit freudigem Gefühl auf seine Verhandlungen zurückblicken können. —

Der Vortrag fand allgemein lebhaften Beifall. Zur Diskussion meldete sich niemand. Die Wahl des Genossen B u c h t zum Delegierten des internationalen Kongresses erfolgte mit allen gegen eine Stimme.

Inzwischen war auch die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Goch-Verlins vollzogen. Die 23 von den Abteilungen aufgestellten Kandidaten wurden fast einstimmig gewählt.

Die Wahl des Genossen S c h ä f e r zum Abteilungsleiter der 5. Abteilung wurde von der Generalversammlung bestätigt. Zum Schluß machte der Vorsitzende, Genosse F r i e d l ä n d e r, auf die Stadtverordnetenwahlen aufmerksam, die in diesem Jahre im 6. Wahlkreis für zwei Bezirke stattzufinden werden. Er forderte zur Einsichtnahme in die Wählerlisten sowie zu reger Beteiligung an der Flugblattverbreitung am Donnerstagabend auf. Ferner forderte er die Genossen auf, für starken Besuch des Sommerfestes zu sorgen, das am Sonnabend im „Schweizergarten“ stattfinden wird.

Sechster Wahlkreis.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Berlin VI stimmte in erster Linie der vorgelegten Resolution, die eine Sympathieumgebung für die russischen Freiheitskämpfer und eine scharfe Verurteilung der Haager Friedenskommission, die auf Veranlassung der im Kluis der eigenen Volksgenossen waltenden russischen Regierung zusammentrat, bedeutet, einstimmig zu. Sodann erhielt Genosse K e d e b o u z das Wort, um der Versammlung die einzelnen Punkte der Tagesordnung des internationalen Kongresses in Stuttgart zu verdeutlichen.

Anknüpfend an die angenommene Resolution, durch die sieben eine Verurteilung eines anderen internationalen Kongresses, einer Zusammenkunft der Vertreter des internationalen Kapitalismus, denn anders könne man die dorthin entandenen Personen nicht nennen, vorgenommen wurde, zeigt Redner die zwischen beiden Kongressen bestehenden Gegensätze. Im Haag verurteilten die Delegierten der kapitalistischen Staaten gegenseitig, die hinter den einzelnen Diplomaten stehenden Regierungen möglichst im Schach zu halten, durch alle möglichen Strafen zu bedrohen, um bei günstiger Gelegenheit mit raffiniert ausgestatteten Kriegswaffen über einander herzufallen und in völkerverderblichen Kriegen die Blüte und den Wohlstand ganzer Nationen zu vernichten. Der Urheber dieses Kongresses, der russische Zar, wußte seiner Friedensliebe nicht anders Ausdruck zu geben, als daß er sein Volk in den blutigen Krieg mit Japan hefte. Nachdem seinem Volke die Augen über die verbrecherischen Schematismen des Selbstherrschers und seiner spießbüchsischen Berater aufgegangen waren, suchte er diese Erkenntnis im Blute seiner Untertanen zu ersticken.

Angehts dieser Tatsachen wird wohl niemand erwarten, daß der Frieden von der Bestialität geboren werden könne, sondern ist es lediglich die Aufgabe des internationalen Proletariats, durch den Kampf für bessere, menschenwürdige Zustände den Völkern Frieden herbeizuführen. Nur durch Abschaffung der Ausbeutung der Menschen durch die Menschen kann endgültig der Friede gesichert werden.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, zeigt sich so recht, wie hoch der kulturellen Wert der in Stuttgart zusammentretende Kongress des internationalen Proletariats gegenüber der Haager Friedenskomodie besteht.

Es wird in Stuttgart das internationale Proletariat mit aller Macht sich gegen den Krieg erklären und die kapitalistischen Regierungen nicht im Zweifel lassen, daß die Arbeiterschaft sich nicht mehr willig dazu hergeben wird, mit ihrem Gut und Leben für frodel vom Haug gebrochene kapitalistische Kaufhändler einzutreten.

Auch die Vertreter des deutschen Proletariats müssen ihre Meinung so klar und deutlich ausdrücken, daß es dem hurra-patriotischen Bürgertum in die Ohren geht und es ein für allemal zu der Überzeugung kommt, daß auch das deutsche Proletariat dem blutigen Schergen der Militär- und Flottenflotte keinen Mann und keinen Groschen bewilligt. — Lebhafter Beifall.

Neben der Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft, die allem Anscheine nach eine zufriedenstellende Lösung finden wird, ist es in erster Linie die Raiffeiser, die von verschiedenen Seiten mancherlei Angriffen ausgesetzt gewesen ist. Allerdings ist zu erwarten, daß der internationale Kongress der Güter der Raiffeiser sein wird und ist nicht zu befürchten, daß seitens der deutschen Delegierten gegen die bestehende Form der Feier böhrtet werde.

Ein besonderes Interesse gewinnt die Forderung des Frauenaufrechts, daß diesmal die Vertreterinnen Frankreichs, dessen Proletariat der zarischen Regierung das Frauenwahlrecht abgezungen hat, ihre praktischen Erfahrungen mitteilen werden, die sich von allen übrigen Nationen in trefflichster Weise verwerten lassen werden.

Das Hauptinteresse wird aber zweifellos die Kolonialfrage und die damit zusammenhängenden Erörterungen über Ein- und Auswanderung der Arbeiter erwecken. Die Ansicht, das internationale Kapital müsse sich Ausdehnungsplätze schaffen, erzeugt zu allererst internationale Konflikte. Ein drastischer Beweis ist der Streit um Marokko. Es muß deutlich ausgesprochen werden, daß die deutsche Kolonialpolitik eine Vergeblichkeit von Gut und Blut der Nation ist und die deutschen Steuerzahler keine Ursache haben, eine derartige Verschwendungspolitik mitzumachen. Will der Kapitalismus Expansionsplätze haben, so soll er sie selbst bezahlen.

Deutschland hat bis jetzt keine Kolonie, die ein dem Deutschen zuträgliches Klima aufweist und kann deswegen auch nicht erwartet werden, daß sich der Strom der deutschen Auswanderer nach unseren herrlichen Ziebel- und Sandplätzen hinlenken wird.

Sollen der Industrie Absatzgebiete geschaffen werden, so treten man in erster Linie für Freihandel und Arbeiterschutzgesetz und ein wirkliches Koalitionsrecht ein, um die Kaufkraft des arbeitenden Volkes zu erhöhen.

Die Kolonialpolitik mit ihren Kolonialkriegen ist aber auch aus dem Grunde verwerflich, weil sie die Entartung und Bestialisierung der Völker erzeugt. Den eklatantesten Beweis hat der in München verhandelte Petersprozeß dafür erbracht, wo die anscheinend gebildete, „bessere“ Gesellschaft sich zur Petersklaue, man möchte sagen „Petersklaue“ erniedrigt hat.

Wird nun der internationale Kongress unentwegt die Freiheit der Ein- und Auswanderung befürworten und dem Standpunkt einiger englischer Trades Unions entgegenstehen, die ausländische Arbeiter in ihre Organisationen nicht aufnehmen, diese dadurch zwingend, sich dem Kapitalismus auf Gnade und Ungnade zu ergeben, so wird er andererseits mit allem Nachdruck den junkerlichen und kapitalistischen Gelüsten der Einfuhr von Kontraktarbeitern, die in Massen angeworben werden, um den einheimischen Arbeitern Konkurrenz zu machen und als Lohnbrüder zu dienen, entgegenzutreten. Das Proletariat muß sich daran gewöhnen, die Klassen-gegensätze auszumergen, die einanderden freien Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen suchen. Ebenso nötig ist es aber auch, daß jeder auswandernde deutsche Genosse im Auslande für die Verbreitung der sozialistischen Lehre eintrete, um so für sein Teil zur endgültigen Völkerverbrüderung beizutragen.

Dem Stuttgarter Kongress wird es überlassen sein, neue Bahnen zu weisen zur Verwirklichung unseres Endzieles, der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. — Lebhafter Beifall.

Es ist ein Antrag Halfter eingegangen, der vom Stuttgarter Kongress die internationale Regelung der Gehaltsfrage für Beamten verlangt.

Auf Antrag des Genossen Bachhaus wird von einer Diskussion Abstand genommen und der Antrag Halfter abgelehnt. Als Delegierte befragt die Generalversammlung die von der Konferenz vorgeschlagenen Genossen Ernst, Freyhafer und Ledebour.

Nach einem zu reger Agitation anfeuernden Schlusswort des Genossen Freyhafer stimmt die äußerst stark besuchte Versammlung in ein begeistertes Hoch auf die völkervereinende Sozialdemokratie ein.

Soziales.

Kontraktbrüchig geworden.

Unsere Volkstugarten sind müde über die Treulosigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter. Da mühe sich so ein Edelster ab, durch Anwerbung polnischer oder russischer Arbeitskräfte das Gejenseit der Deutschen zu bannen; er zahle schwere Vermittlungsgebühren, und wenn er die Leute am nötigsten habe, in der Ernte, dann brenne ihm die gewissenlose Gesellschaft, Treu und Glauben unter die Füße trampeln, durch. Der Kontraktbruch sei heute gang und gäbe; fast kein Tag vergehe, an dem nicht in der Landwirtschaft lästige Arbeiter den eingegangenen Vertrag in scindoler Weise brechen und auf Nummerwiese davonlaufen. Die Arbeiter hätten keinerlei Veranlassung dazu. Die Arbeit sei schon mehr eine Erholung, die Behandlung eine durchaus humane und dennoch diese Massenflucht. Uebermut der Arbeiter sei die Ursache. So und ähnlich schalt es aus dem Hätterwald der Agrarier heraus. Zur Illustrierung des wahren Sachverhalts möge ein der Praxis entnommenes Beispiel aus dem Kreis Linden Anführung finden. Auf dem Rittergute des Herrn v. Heimburg in Osterbe, Kreis Linden, mußten unlängst mehrere Arbeiter dichtbestandenen und ungleich gelagerten Acker mahlen und zwar pro hannov. Morgen für eine Reichsmark fünfzig Pfennige. Sie arbeiteten nun von morgens 8 bis abends 8 Uhr und brachten es bei dieser hoch gewöhnlichen Arbeitsberechnung auf 4,50 M. Dabei beschäftigt gewesene Polen hatten nach Rechnung der Guts-

verwaltung indes nur 2,70 M. pro Tag verdient. Die Polen lärmten, sie wollten mehr geleistet haben. Alles gültige Juraden war umsonst. Selbst die Klopffleischer, die vier Mann hoch, ihren nachlässigen Spieß trieben, natürlich nur zur Unterhaltung der fremdsprachigen Beradenbewohner, konnten nicht verhindern, daß am vorletzigen Sonntag zwei Polen und eine Polin, auf die es die Klopffleischer besonders abgesehen, sich auf und davon machten; fünf andere hatten schon früher dem Gutsbesitzer Valet gesagt. Die kontraktbrüchige Gesellschaft zog mehrere Dornen, Rode und Hofen an, und so anklopfte, zog sie unter den Klängen einer Harmonika vom Hofe. Die Ausziehenden verhielten sich so, ihre Konstante im Betrage von je 20 bzw. 25 M. mitzunehmen. Und einer solchen blutigen Verhöhnung stehen die bemitleidenswerten Agrarier machtlos gegenüber. Ist es da nicht begründet, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ über unerhörte Pflichtvernachlässigung der Behörde wettert? Würde diese nicht mit einem heiligen Donnerwetter unter die pflichtvergessenen Arbeiter fahren! Nur Lästereien können behaupten, daß der hier erwähnte Auf- und Fortzug nur eine Komödie gewesen, um überhaupt fortzukommen und zwar ohne Gefahr zu laufen, wieder zurückgeführt zu werden. An dem nämlichen Tage forderten mehrere andere Arbeiter, ohne sich an die Sonntagsheiligung zu halten, ihren verdienten Lohn. Vergeblich hat sie der Verwalter: „Sichert euch vom Hesel! Montags gibts Geld, nicht Sonntags.“ Die Arbeiter pochten frech auf ihren Schein. Und dabei mangelte es auch an Kleingeld, um die begehrliche Gesellschaft befriedigen zu können. Brauchen denn Arbeiter überhaupt Geld? „Die Hunde können vom Winde leben!“ Die in Rede stehenden Arbeiter haben dieser Tage eine Fläche Gras gemäht und hierbei, obgleich sie von morgens 8 bis abends 8 Uhr mit der Sense hantiert, in vier Tagen 14,75 M. verdient. Gewiß ein schönes Stück Geld. Dennoch gehen diese Arbeiter — es ist zum Davonlaufen! — mit der Absicht um, die gemachte Fläche nachmessen zu lassen, und haben sogar zum Quartalswechsel gekündigt. Das alles dürfen sich Arbeiter auf dem Gute eines Edlen erlauben, dessen noch lebender Vater Landrat des Kreises war. „Die Privatität der Arbeiter kennt eben keine Grenzen mehr“ wird die „Deutsche Tageszeitung“ behaupten.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Für völlige Sonntagsruhe sind eine Reihe Verbandsbezirke und der Verbandsverband des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Bevollmächtigten Deutschlands in Eingaben an das Reichsamt des Innern eingetreten. In der Eingabe des Zentralverbandes heißt es:

Nachdem nunmehr volle 15 Jahre seit der reichsgesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe verfloßen sind, richten wir an das Reichsamt des Innern die dringende Bitte, durch die in Aussicht gestellte Neuregelung der betreffenden Bestimmungen der Gewerbeordnung die Einführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in die Wege leiten zu wollen.

Diese Maßnahme ist um so notwendiger, als die Kommunalbehörden den seinerzeit in sie gesetzten Erwartungen nicht entsprochen haben. Der Herr Staatssekretär v. Werlesch erklärte am 5. Mai 1891 bei der Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung im Reichstage, daß alle die Behörden, die die Aufgabe haben, den § 105b der Gewerbeordnung auszuführen, verpflichtet seien, das Möglichste zu tun, um die Arbeit der Handlungsgehilfen an Sonntagen zu beseitigen. Dieser Pflicht sind die Kommunalbehörden im allgemeinen nicht nachgekommen, so daß ein Eingriff durch Reichsgesetz zur unabwendbaren Notwendigkeit geworden ist. Der Herr Staatssekretär Graf v. Posadowski hat am 7. März 1906 im Reichstag ausgeführt, daß der weitere Ausbau der Sonntagsruhe im Interesse der sittlichen und geistigen Wohlfahrt unseres Volkes läge. Im Interesse der Volkswohlfahrt im allgemeinen und zum Nutzen der Handelsangelegenheiten im besonderen erachten wir die Einführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch Reichsgesetz als dringend erforderlich.

Die Eingabe weist sodann nach, daß die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sehr wohl möglich ist und wiederholt nochmals den Wunsch nach baldiger Einführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch Reichsgesetz.

Aus Industrie und Handel.

Konzentration in der Landwirtschaft.

Eine ähnliche Stellung wie die Krupp, Thyssen, Stinnes und Genossen in der Montanindustrie, nimmt die Firma Dippe-Duedlinburg für ein begrenztes Gebiet in der Landwirtschaft ein. Die Firma besitzt bedeutende Samenzüchtereien, dazu aber auch mehrere große Güter mit Ackerwirtschaft. Insgesamt beschäftigt Dippe zurzeit über 8000 Personen. In den letzten drei Jahrzehnten sind in Duedlinburg über 60 selbständige Besitzer mit über 800 Pferden verschwunden. Die meisten dieser Besitzungen hat sich die Firma Dippe einverleibt. Damit ist deren Aufnahmefähigkeit aber längst nicht erschöpft. Die Fingarme dieses großkapitalistischen Unternehmens reichen weit über Duedlinburg hinaus und wissen auch Rittergüter und Staatsdomänen zu erfassen.

Ein besonderes Kapitel zum staatlichen Mittelstandsfund bietet die Vorgeschichte der käuflichen Übernahme der früheren preussischen Domäne Gaus-Reindorf durch Dippe. Auf diesem Gut werden zurzeit 60—100 Ausländer, Polen und Russen, beschäftigt. Die Einwohner des Dorfes wandern nach Möglichkeit aus, weil die Arbeitsverhältnisse auf dem Gute zu miserabel sind. Als vor sieben Jahren bekannt wurde, daß die Regierung beabsichtige, das Gut zu verkaufen, hielten die Einwohner von Reindorf in wiederholten Petitionen um Verzögerung. Die Domäne ist 1500 Morgen groß, so daß für eine Reihe von Familien die Möglichkeit einer Existenz geschaffen werden konnte. Aber die Regierung kümmerte sich nicht um die Sorgen der armen Leute, sie fühlte nicht das Bedürfnis, aus den tagelöhnernden Einwohnern keine Grundbesitzer und Pächter zu machen. Die Petenten bekamen die Nachricht, die Domäne werde nur als Ganzes verkauft, man könne ja draus bieten! Eine solche Antwort mußten die Leute als Hohn empfinden, denn von ihnen konnte niemand als Käufer auftreten, der genügend Barmittel oder Kredit hatte. Nachdem so die Hoffnungen der Reindorfer vernichtet waren, wandte sich die arme politische Gemeinde an die Regierung mit der Bitte, ihr wenigstens zwei Morgen Land zu einem Friedhofe zu überlassen. Obwohl die Gemeinde wegen des Friedhofes in Verlegenheit war, wurde auch dieser Bitte nicht entsprochen; angeblich soll die Petition nicht mal einer Antwort gewürdigt worden sein. Bei dem öffentlichen Verkauf ging das Gut zum Preise von 1000 Mark pro Morgen, einschließlich der aufstehenden Guts- und Wirtschaftsgebäude, also zu einem Gesamtpreise von 1 1/2 Millionen Mark, in den Besitz der Firma Dippe über. Nunmehr konnte die Gemeinde Gelände für einen Friedhof erhalten, aber sie mußte 2000 Mark für nacktes Land ohne Gebäude zahlen! Dabei ist die Gemeinde so arm, daß sie nicht einmal für ordentliches Trink- und Haushaltungswasser sorgen kann. Das Wasser zu Rohzweden wird auch der Stelle geholt, in die sich mehrere industrielle Abwässer und andere Unreinlichkeiten ergießen.

Gaus-Reindorf wird nun aber nicht von der Firma Dippe verwaltet, sondern zusammen mit den Gütern Hadersleben, Dittfurt und der Zuckerrabrik in Hadersleben unter einer gemeinschaftlichen Administration. Wir haben hier eine regelrechte Fusion. Ueber die Gewinnverrechnung sind Angaben nicht zu erhalten. Die Betriebskombination hat für die Unternnehmer das eine Vorteilhafte — daß die Arbeitsverhältnisse überall gleich schlecht sind. Das eine Gut

fängt dem anderen nicht die Arbeitkräfte weg. Anzufriedene Elemente duldet man nicht. Und dabei findet man verständnisvolle Hilfe bei der Regierung. Als vor einigen Wochen zwei Russen die Arbeit verweigerten, wegen Nichterfüllung kontraktlicher Zusicherung, wurden sie einfach per bewaffnete Macht als lästige Ausländer über die Grenze expediert. Jedenfalls zählt der Staat auch noch die Kosten für solche „Rechtswahnehmung“. Bei den erbärmlichen Arbeitsverhältnissen — Männer verdienen 1,60 bis 1,80 Mark, Frauen bis 1,20 Mark — wird den Einwohnern die Liebe zur heimatischen Scholle gründlich ausgetrieben. Wer nicht durch den Besitz eines kleinen Häuschens, die meist noch mit Hypotheken bis zum Zusammenbrechen überlastet sind, gebunden ist, wandert aus. Und die „Besitzer“ würden gern ihre Häuschen verkaufen, wenn sich nur Käufer fänden. Aber das Reindorfer Gutparadies reizt nicht zur Sehnsuchtmachung.

Die Firma Friedrich Krupp.

Der zweite Teil des Jahresberichts der Essener Handelskammer enthält einige interessante Angaben über den Umfang der Betriebe der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp. Danach waren auf der Gussstahlfabrik im Jahre 1906 in den etwa 60 Betrieben in Tätigkeit: circa 8500 Werkzeug- und Arbeitsmaschinen, 21 Walzenstrahlen, 165 Dampfmaschinen von 100 bis 50 000 Kilogramm Fallgewicht mit zusammen 258 275 Kilogramm Fallgewicht, 21 Transmissionssäulen von 12 bis 400 Kilogramm Fallgewicht (4780 Kilogramm Gesamt-fallgewicht), 74 hydraulische Pressen, darunter 2 Siegpressen zu je 7000 Tonnen, 1 Schmiebpresse zu 6000 Tonnen und 1 zu 2000 Tonnen Druckkraft, 382 Dampfessel, 539 Dampfmaschinen von 2 bis 3500 PS mit zusammen 59 059 PS, 1981 Elektromotoren von zusammen 20 228 PS, 725 Krane von 400 bis 150 000 Kilogramm Tragfähigkeit.

Die Retortoföhrförderung aus den eigenen Zechen betrug im Jahre 1906 insgesamt 2 204 272 Tonnen. Der Gesamtverbrauch der Kruppischen Werke, soweit sie von der Gussstahlfabrik versorgt wurden, betrug 1906 an Kohlen (ohne Eigenerbrauch der Zechen) 1 285 810 Tonnen (davon verbrauchte die Gussstahlfabrik allein, das heißt ohne die für Hölzer und ohne die zur Abgabe an Beamte und Arbeiter bestimmten Kohlen 818 155 Tonnen, an Roß 751 810 Tonnen, an Zerklets 28 581 Tonnen).

Nach der Aufnahme vom 1. Januar 1907 betrug die Gesamtzahl der auf den Kruppischen Werken beschäftigten Personen einschließlich 5739 Beamten 61 354 (1. April 1906: 62 563 einschließlich 5065 Beamten). Von diesen entfallen auf die Gussstahlfabrik Essen mit den Schmelzplätzen 35 745 (35 377), das Gussstahlwerk in Sudan 4768 (4693), die Germaniaerwerft in Kiel 3310 (3361), die Kohlenzechen 9302 (8854), die Hüttenwerke 5006 (4290), Stahlwerk Annen 891 (870), die Eisensteingruben 4038 (3323).

Der Durchschnitt der auf der Gussstahlfabrik pro Kopf und Tag bezahlten Löhne betrug 1902 4,62 M., 1903 4,56 M., 1904 4,83 M., 1905 5,12 M., 1906 5,35 M.

Ernteaussichten in Oesterreich.

Nach dem soeben erschienenen Bericht des österreichischen Ackerbauministeriums kann Oesterreich auf eine recht gute Ernte rechnen. Es heißt in diesem Bericht:

Der Verlauf der Witterung in der letzten Berichtsperiode wirkte auf die Entwicklung der Feld- und Wiesenfrüchte meist recht günstig ein, weshalb mindestens eine gute Mittelernte erhofft wird. Winterweizen und Roggen versprechen in Veranschlagung der Witterung eine gute Mittelernte. Sommerweizen, Roggen und Gerste stehen durchweg gut. Wintergerste verspricht ein geringes, Hafer ein recht gutes, Mais ein durchweg gutes Ertragnis; Kartoffeln versprechen unter allen Feldfrüchten das größte Ertragnis bei gutem bis sehr gutem Stande. Die Entwicklung der Futterrüben ist recht gut und läßt eine gute Ernte erwarten. Futterrüben und Weikohl stehen gut, ebenso Erbsen; die Wicken, Pisolten, Buchweizen und Hirse sowie Roggen befriedigend, Rapskulturen mittelmäßig, Hopfen mittelgut bis recht gut. Acker und Felder zeichnen eine Mittelernte. Der Weinstock wächst überall recht kräftig heran und zeigt einen reichlichen, sehr schönen Traubenanfang. Die Obstausichten sind zumeist schlecht, vielfach steht eine völlige Mißernte in Aussicht.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion (Großhandel) Rindfleisch Ia 72-74 pr. 100 Pfd., IIa 66-71, IIIa 61-62, Bullenfleisch Ia 67-72, IIa 57-66, Röhre, fett 54-62, do. mager 42-52, Pfeffer 58-65, Bohnen, dt. 0,00, do. holl. 0,00, Kalbfleisch, Doppelpeller 100-120, Rindfleisch Ia 75-84, IIa 66-74, Röhre ger. gen. 47-59, do. holl. 0,00, dt. 0,00, Daniel-Rohfleisch 76-80, Hammel Ia 71-75, IIa 64-70, Schafe 61-64, Schweinefleisch 54-61, Rebholz pr. Pfund 0,85-0,80, IIa 0,40-0,60, Rotmilch, 0,37-0,63, Danmilch, 0,37-0,60, Milchschmelze 0,25-0,41, Frühkäse 0,00, Remlingen pr. Stck 0,30-0,75, Hühner, alte, pr. Stck 1,50-2,00, IIa 0,30-1,30, do. junge 0,40-0,75, Tanden 0,35-0,60, Hasenische 0,00, Enten pr. Stck 1,00 bis 2,00, do. Hamburger pr. Stck 2,00-3,00, Gänse pr. Pfund 0,65-0,98, do. pr. Stck 2,50-4,50, do. Hamburger pr. Pfd. 0,00, pr. Stck 0,00, do. Oberbrüher pr. Stck 0,80-0,97, Rindfleisch 0,50-1,00, Schmalz 0,00, Dage pr. 100 Pfund 112-130, matt 0,00, bis mittel und groß 93, Rander 0,00, Schmalz, groß 85-90,00, mittel 0,00, do. 85-100, do. klein 0,00, Kalb, groß 93, do. klein und mittel 80-93, mittel 92-98, do. unj. 67-82, do. klein 0,00, Wägen, matt 42-50, Rindfleisch 0,00, Karpen 95-105, Aale 71, matt 0,00, Gänse 43 bis 67, Gänse 0,00, Karpen 90, do. matt 0,00, Weiße 0,00, Rind 0,00, Rind 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Rindfleisch pr. 100 Pfd. 110-120, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 60, Seelachs 10-20, Hühner, Stier, Stier Ia 8-6, mittel pr. Stck 1-2, Gans, Stier 4-8, halbe Stier 2-3, domm. Ia Schof 4-8, IIa 0,50-2,50, Dacklinge, Stier pr. Ball 2-3, Strauß, 3,50-4,50, Born, 0,00, Kalb, groß pr. Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelhoch 0,80-1,10, klein 0,80-0,90, Deringe pr. Schof 5-9, Schmalze 3,00-5,00, 1/2, Rind 2-2,50, Seelachs, 190er pr. Knter 98, 190er 98, 190er 98, 190er 90-95, Schmalze 3,00-3,50, 1900 0,00, largo 40-44, full 38-40, med. 36-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Rollen, pr. 7, Ia, 50-120, Sardinen, russ., 3,50-1,50-1,60, Drahtlinge 3,50-1,40, do. Bische (4 Wter) 1,40-1,70, Neumann, Schof 11, do. kleine 5-8, do. kleine 14, Wier, Rand, unsortiert pr. Schof 3,00-3,30, do. große 3,50, Röhre pr. Schof 0,00, do. mittelhoch 7,50-11,00, do. kleine 1,70-3,50, do. unsortiert 4-7, do. Walliger groß und mittel 8,50-9,50, do. unj. 0,00, Butter pr. 100 Pfd. Ia 108-110, IIa 108-106, IIIa 100-102, abfallende 90-95, Saure Butten, neue Schof 4,00-5,00, Wessergurken 4,50, Kartoffeln bis 100 Pfd. Gärer 5-6, weiße runde 3,00-4,00, blaue 3,75-4,50, Hosen 2,50 bis 3,50, neue Hosen 3,25-4,50, Herbst 4,00-4,50, Vorres, Schof 0,50-0,75, Meerrettich, Schof 3-12, Spinat pr. 100 Pfund 15-20, Sellerie, bißige, pr. Schof 2,00-3,00, Zwiebeln pr. 100 Pfd. 7,50-3,50, do. kleine 0,00, do. bißige (Wet.) 0,00, Charlotten 0,00, Petersilie, grün, Schof 0,75-1,00, Kohlrabi Schof 1,00-1,50, Rettig, bayr., neue Schof 0,07-0,10, Kohlraben Schof 2,00-2,50, Karotten, bißige, Schof 2,50-3,50, Wirsingpr. Schof 5,00-8,00, Kartoffel, Schof 10-12, Reistoch 8-12, Blumenkohl, Jittauer 100 Stck 8-14, do. Hamburger 100 Stck 10-12, do. Bräuter 100 Stck 20-28, Kohlraben, Schof 6,00, Wadlerber 100 Pfund 0,90-3,00, Petersilienwurzel, Schof 4,50-5,00, Schoten pr. 100 Pfund 8-15, Wessergurken pr. 100 Pfund 8-12, Radische pr. Schof 0,75-1,00, Salat pr. Schof 2,00, Gurken, bißige, Schof 2,00-3,00, Bohnen, grüne, 100 Pfd. 20-25, Stachelbeeren, pr. 100 Pfund 9-15, Erdbeeren, bißige 100 Pfd. 25-35, do. Halberbeeren 60-80, do. Hamburger 30-40, do. Holländer 25 bis 30, do. Sauerer 25-35, Hühner 100 Pfund 30-31, Blaubeeren, 100 Pfd. 12-20, Johannisbeeren, 100 Pfd. 8-14, Rindchen, pr. 100 Pfund Schmalze 8-16, Verderliche 10-15, do. Glas 15-18, do. Thüringer 5-9, Ratten 25-35, laure 20-30, Wicken, ital., 100 Pfund 10-22, Bische, pr. 100 Pfund 40-45, Aprikosen, ital., pr. 100 Pfund 20-25, franz. 20-26, ungar. 18-23, Kefel, ital., pr. 100 Pfund 16-22, Pfäutern, ital., pr. 100 Pfund 9-20, Zitronen, Messina, 500 Stck 9,00-13,00, do. 200 Stck 8,00-11,00, do. 100 Stck 6,00-12,00, Bananen, gelb, 100 Pfd. 10-22.

Wasserstand am 16. Juli vorm. Elbe bei Dresden = 0,96 dh. — Elbe bei Radeburg 2,82 Meter. — Oder bei Radeburg 5,37 Meter, Mitt. — Oder bei Borskus = 1,18 Meter. — Oder bei Eriß 4,88 Meter. — Reffenmündung 4,78 Meter. — Rhein bei Raud 15, 8 Uhr morgens 3,07 + 0,10 Meter. — Rheingebirge des Strahung 15, 8,35 — 0,05 Meter.

5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonnabend, den 20. Juli 1907, im Schweizer Garten
am Königstor:

Gr. Sommer-Vergnügen.

Im Garten:
Konzert * Gr. Spezialitäten-Vorstellung * Fest-Rede
Massen-Gesänge.

Von 5 1/2 Uhr ab im großen Saale: **Tanz.** Herren zahlen 50 Pfennig nach.
Die Kaffeeküche ist ab 2 Uhr geöffnet.
Anfang des Konzerts 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Im Vorverkauf 25 Pf.
Kinder erhalten zwei Bons, einen für Stocklaterna, einen für Schaukel oder Karussell.

Programme am Eingang gratis.
Um zahlreichen Besuch bittet [237/1] Das Komitee.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises

Das Sommerfest mußte wegen schlechten Wetters verlegt

werden und findet nunmehr am
Sonntag, den 21. Juli
im „Moabiter Schützenhaus“
am Plötzensee statt.

Das Programm bleibt dasselbe.
Die alten Billetts, soweit dieselben noch nicht kuptiert
sind, und die am Sonntag, den 14. Juli, eingetauschten **Konter-**
marken berechnen zum Eintritt. 256/16*

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschl. (Ortsverwaltung Berlin.)

Sonnabend, den 20. Juli 1907, in **Kliem's Festsälen,**
Gafenheide 13:

26. Stiftungs-Fest

bestehend in 130/1
Konzert u. Spezialitäten. Gesang, Festrede u. Kinderbelustigung.
Konzert und Spezialitäten werden von sämtlichen engagierten Künstlern
ausgeführt. Gesang vom Gesangsverein der Maurer Berlins (M. d. A. S. V.)
unter Leitung des Dirigenten Herrn W. Ostermeyer.

In allen drei Sälen bei
doppelt besetztem Orchester **Großer Tanz.**
Anfang 4 Uhr. Billett 35 Pf.
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Programms werden an der Kontrolle ausgegeben. Dasselbst erhält auch jedes Kind
einen Bon für Karussell und Schaukel.
Bei schlechtem Wetter verdeckter Garten. Der Vorstand.

Anlässlich des Stiftungsfestes fällt die Versammlung der Puder am Sonntag aus
und findet dieselbe am Dienstag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schrader,
Alte Schönhäuserstr. 20 statt.

Sonnabend, den 20. Juli, wird in allen Zahlstellen kassiert, ebenso
bleibt das Bureau, Steinstr. 38 bis abends geöffnet. D. D.

Wahlverein Reinickendorf, West.

Sonnabend, 20. Juli, im Lokal „Eichhorn-Säle“, Eichhornstr. 60.
Inhaber Max Kreuz.

Zweites Stiftungsfest

verbunden mit Reigenfahrten, Gesangsaufführungen, Auftreten des
Humoristen und Charakterkomikers Herrn Gürlich und der Duetistinnen
Elsa und Paul Reichel. — **Großer Festball.** — **Konzert,**
ausgeführt vom Kapellmeister Herrn Kröcker.
Billetts sind bei den Bezirksführern zu haben.
Anfang 8 Uhr. [18803] Ende?

Großes Gewerkschafts-Fest

für
Adlershof und Umgegend
am Sonntag, den 21. Juli,
in **Wöllsteins Lustgarten,**
Bismarckstr. 24

bestehend aus **Frühkonzert** unter Mitwirkung des
Gesangsvereins **Frohsinn** (Adlershof.)

Nachmittags 3 Uhr: **Großer Festzug mit Musik**
durch das Dorf. Die Aufstellung des Zuges erfolgt
2 1/2 Uhr in der Oppenstraße.

Im Garten nach Einmarsch des Zuges: **Konzert,**
humoristische Vorträge, turnerische Auf-
führungen des Turnvereins **Adlershof,** des Athleten-
vereins **Deutsche Kraft,** Reigenfahrten der beiden
Radfahrervereine **Adlershof, lebende Bilder** und
Fackelpolonäse bei bengalischer Beleuchtung.

Von 4 Uhr ab: **Großer Ball** im Saale. Eintritts-
karte 20 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen
50 Pf. nach. 202/9

Sämtliche mitwirkenden Kräfte gehören dem Arbeiterbunde an.
Programm an der Kasse a 5 Pf.
Das Festkomitee. I. A.: Der Obmann des Kartells.

Verband der Lederarbeiter Berlins.

Filiale I.
Sonnabend, den 20. Juli, im Marienbad, Badstr. 35/36:

Großes Sommer-Fest

verbunden mit
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Im Saale: **Tanz.**
Anfang nachmittags 4 Uhr.

Die Kaffeeküche steht von 3 Uhr ab zur Verfügung.
Entree im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Im **Großen Sommernachtsball.** Herren, welche daran teil-
nehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Um zahlreichen Besuch bittet 1879b Das Komitee.

Jedes Jenensia-Rad

ein Meisterwerk deutscher Technik.
— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —

Sozial-Räder M. 60.—, Sozial-Luxus- mit Freilauf M. 95.—,
Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!
Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neues Katalog
M. Empfehlung von Aerzten u. Prof. grat. u. g.
H. Unger, Gummwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstrasse 91/92.

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre,
Berlin Süd. Seit 1882

nur Oranienstr. 158

Unter-nirgends Filialen!

Gelegenheitskauf!

Bunt Cretonne Ersatz für Deckbett 300

Similiseide in den Farben rot, blau, oliv 525 750

Wollallas 1675 850

Bunte Normal-Schlafdecken 150 250 350

Wolldecken ganz dick 300 400

Reisedecken (engl.) getiger 6, 8, 10 M.

Pracht-Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko.

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel
vollständig vertilgt. — Bl. 50 Pf. u.
1.00. — Ebenso Schwaben, Kuffen,
Franzosen, Blattläuse usw. Schachtel
30 Pf. 60 Pf. u. 1.00. 493/12*

1000 Mark Belohnung

zahlt demjenigen, der mir einen
Sicherheitsnachweis. Nur allein echt
bei **Hugo Barth,** Drogerie,
Jäger Str. 14, früher Nr. 81.

Mortal

einziges Spezial-
Mittel gegen **Flöhe!**
schnell u. sicher wirkend, ger-
stört radikal den Bruttrieb im
Aufsbohen, so daß gänzlich jede
Brut ausgeht wird. Man
nehme nur „Mortal“ mit
Rache „Tod u. Teufel“
in den Drogerien und bei
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Otto Pritzkow

Münzstraße 10.
Welt-Ausstellungs-
Biograph- (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Täglich Eingang von
Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Zur gefl. Beachtung!

Infolge Anhäufung von Aufträgen sind wir mit
Lieferungen etwas in Rückstand gekommen; die hierdurch
entstandenen Gerüchte, in unserer Fabrik werde ge-
streikt, sind in böswilliger Weise aus der
Luft gegriffen, zumal bekanntlich gerade in
**unserem Betriebe stets das
beste Einvernehmen mit
unserer Arbeiterschaft be-
steht!** Gebr. Selowsky-Dresden.

Bewährte Spezialmarken:
Zenith—Askari—Bolero. 64671*

Das Volksfest

des **Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg**
findet am **Sonntag, den 21. Juli,** im Etablissement **Hasselwerder** zu **Nieder-Schöneweide**
noch einmal statt. Die noch nicht benutzten Billetts haben Gültigkeit.

Morgens 6 Uhr: **Großes Früh-Konzert.** Nachmittags von 3 Uhr ab:
Doppel-Konzert, Gesangsvorträge, turnerische Aufführungen, humoristische Vorträge,
Ball, Fackelpolonäse, Kasperle-Theater etc.

Die Kolonial-Ausstellung ist erweitert worden und von 3 Uhr nachmittags an geöffnet.

Achtung! Die Parteigenossen, die sich als Ordner am letzten Sonntag zur Verfügung stellten, werden gebeten, sich wiederum zu denselben Stunden
im Festbureau einzufinden. 203/11 Das Festkomitee.

Arbeiter, Parteigenossen Berlins!
Seht die Wählerlisten ein! Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen!

Partei-Angelegenheiten.

6. Wahlkreis. Das Sommerfest mußte wegen schlechten Wetters besetzt werden und findet nunmehr am Sonntag, den 21. Juli, im Moabit Schützenhaus statt. Die alten Willetts, soweit dieselben noch nicht kopiert sind, sowie die am 14. Juli eingelangten Kontermarken berechnen zum Eintritt. Das Programm bleibt dasselbe. An die Sänger richten wir hauptsächlich die Bitte, dies zu beachten und am Sonntag zur Durchführung des Programms vollständig wieder erscheinen zu wollen. Das Komitee.

Am Dienstag, den 6. August, findet die ordentliche Generalversammlung des 6. Kreises statt.

Trebbin. Sonnabend, den 20. Juli, abends 9 1/2 Uhr, bei Wolf: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom letzten Quartal. 3. Mitteilung des Vorstandes. 4. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 5. Wahl zweier Delegierten zur Verbandsversammlung von Groß-Berlin. 6. Verschiedenes.

Karlshorst. Vom hiesigen Wahlverein wird am Sonnabend, den 20. Juli, im Lokale von Grün, Prinz Adalbertstraße, Ecke Hönower Wiesenweg, ein Sommerfest veranstaltet, zu welchem die Parteigenossen mit ihrer Familie freundlichst eingeladen werden. Die Veranstaltung nimmt nachmittags 5 Uhr bereits ihren Anfang und ist auf die Kinder besonders Rücksicht genommen.

Treptow-Baumschuldenweg. Heute abend 8 Uhr findet eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer in Speers Festhallen, Baumschuldenstr. 78, statt. Genossin Ottilie Daaber hält einen Vortrag über „Das Frauenstimmrecht und der internationale Kongress“, auch wird eine Delegierte zum internationalen Kongress gewählt. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Kreisvertrauensperson.

Berliner Nachrichten.

Eine allgemein nützliche Stiftung.

Zum Andenken an den verstorbenen Bankier Julius Bleichröder, Bruder des ehemaligen Bankiers v. B., haben die Angehörigen der Stadt die Summe von 200 000 M. überwiesen.

Die Stiftung hat den Zweck, Kindern der Berliner Gemeindeschulen beiderlei Geschlechts die Mittel zu verschaffen, um während der Ferien Reisen durch die Mark Brandenburg unternehmen zu können.

Diese Reisen sollen in kleineren Gruppen unter Leitung von Lehrern und Lehrerinnen gemacht werden und sich auf die Dauer von 6-8 Tagen erstrecken. Die Stiftung ist so gestaltet, daß neben den Finzen auch das Kapital in Anspruch genommen wird und in einem Zeitraum von ungefähr 20 Jahren aufgebraucht werden kann. Dadurch wird die Zahl der Kinder, die alljährlich an diesen Reisen teilnehmen können, eine verhältnismäßig große werden. Die Leitung soll durch ein Kuratorium, bestehend aus Mitgliedern der Familie und der städtischen Behörden, verwaltet werden. Die Verwaltung ist nicht starr an das Stiftungstatut gebunden, sondern sie kann auch füngemäße Änderungen desselben vornehmen.

Das Arrangement der Reisen usw. liegt der Deputation für das Turn- und Badewesen ob.

In der Stiftung kommt der moderne Gedanke zum Ausdruck, sich der Gesunden anzunehmen, ihnen Gelegenheit zu geben, durch eigene Anschauungen ihre engere Heimat kennen zu lernen, durch Wanderungen von Ort zu Ort, durch Wald und Flur ihren Gesichtskreis zu erweitern, Körper und Geist aufzufrischen, um den Strapazen des großstädtischen Lebens besser Widerstand leisten zu können. Die Fürsorge für Kranke und Gesehnde ist gewiß eine Wohlthat, die Fürsorge, Gesehnde gesund zu erhalten, nicht minder. Durch diese Stiftung hat ein Teil der Millionen des Verstorbenen eine vernünftige Verwendung gefunden.

Der große Anflug statistisch bei Männern und Frauen. Die Verteilungen wegen Uebertretungen werden von der Kriminalstatistik dauernd nur in Hessen und Bayern bearbeitet. Besonders Interesse verdient deshalb deren Aufnahme in die neugeschaffenen Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. Diese Statistik trennt Männer und Frauen. Auf die Männer entfielen von Uebertretungen wegen Uebertretungen im Jahre 1905 beim Amtsgericht I insgesamt 20 718, auf die Frauen dagegen nur 2322, d. i. ungefähr der neunte Teil der Uebertretungen von Männern. Die Uebertretungen der Berlinerinnen wäre also 9 mal so groß als die der Berliner. Die meisten Uebertretungen von Männern entfielen auf Straßen- und Sicherheitspolizeikonventionen, nämlich 6892. Fast ebenso viel, 5445 Männer, wurden wegen des berühmten großen Anflugs verurteilt. Nach § 300, 11 wird wegen Uebertretung bestraft, wer ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt oder wer großen Anflug verübt. ... Der Uebertretung scheint also ein großer Krakeeler zu sein. Der Zahl der Uebertretungen wegen großen Anflugs kommt auch nicht irgend eine andere Uebertretung auch nur nahe. Noch mehr läßt sich zeigen die Berliner Frauen zu machen. Auch bei ihnen bildet die Straßenpolizeikonvention die häufigste Uebertretung, um derentwillen 773 Frauen verurteilt wurden. Nicht viel weniger wurden aber wegen großen Anflugs verurteilt, nämlich 583. Bei den Männern steht an dritter Stelle die Fahrpolizeikonvention mit 2714 Uebertretungen. An vierter Stelle kommen Uebertretungen des Landwehr-Kommando-Reglements mit 1180 Uebertretungen. Alle übrigen Sünden der Berliner erreichen noch nicht 1000 Uebertretungen im Jahr. Im einzelnen folgen Gewerbepolizei-Konvention 657, Uebertretungen des Nahrungsmittelgesetzes 610, Schanpolizei-Konvention 559, Fälschung falschen Namens und falschen Titels 391, Uebertretungen des Schulgesetzes 368, unerlaubter Willethandel 274, Meldepolizei-Konventionen 250, Tierquälerei 233, Feld-, Forst-, Jagd- und Fischereipolizei-Konventionen mehrwöchigerweise 210, Fälschung falscher Papiere 149, alle übrigen Uebertretungen bleiben unter 100. Am seltensten ist die Uebertretung der Dienstaufsichtsordnung, die nur dreimal vorkam. Bei den Frauen kommt nach dem großen Anflug gleich die Schanpolizei-Konvention mit 370 Uebertretungen. Das Nahrungsmittelgesetz haben sie 188 mal, die Gewerbepolizeivorschriften 187 mal übertreten, das Schulgesetz 118 mal. Die seltenste Uebertretung der Berlinerinnen ist die Beiseiteführung einer Leiche, die zweimal vorkam.

Auch die Umgegend von Berlin hat unter Ueberschneemungen zu leiden. Nicht nur Spree und Havel haben viele Wiesen unter Wasser gesetzt, auch die kleine, sonst recht zahme Rute, die auf dem Plämnung entspringt und bei Potsdam in die Havel mündet, hat bei Trebbin und weiterhin alle Wiesen überschwemmt und das auf den großen Flächen liegende Heu mit fortgeführt. Das Wasser steht jetzt noch in den Niederungen außerordentlich hoch, so daß sie nicht betreten werden können. Seit 40 Jahren hat das Wasser im Sommer nicht so hoch gestanden als jetzt.

Die Kreisärzte von Groß-Berlin. Die königlichen Kreisärzte für die fünf Städte von Groß-Berlin sind nach einer neuen amtlichen Mitteilung jetzt die folgenden: In Berlin selbst ist es der Geheimmedizinalrat Dr. M. Schulz, Wödenstr. 181, zu sprechen an Wochentagen von 8 bis 9 und 4 bis 5 Uhr. In Charlottenburg amtiert Medizinalrat Dr. Klein, Kantstr. 120/121, zu sprechen an Wochentagen von 9 bis 10 und 5 bis 6 Uhr. Für Schöneberg und Deutsch-Wilmersdorf ist gleichzeitig Kreisarzt Medizinalrat Dr. von Koblenz zu Schöneberg, Mühlenstr. 6a, zu sprechen an Wochentagen von 8 bis 10 und 3 bis 4 Uhr. Kreisarzt für Rixdorf ist Dr. Dietrich, Ganner Chaussee 39, zu sprechen an Wochentagen von 9 bis 10 und 4 bis 5 Uhr. Als königlicher Departementärarzt für den ganzen Landespolizeibezirk Berlin ist Veterinärarzt Dr. Krundt in Berlin zuständig, der an den Wochentagen vormittags im Dienstgebäude am Alexanderplatz, Eingang III, 2. Stock, Zimmer 274, zu sprechen ist. Bei diesen Herren haben sich insbesondere die sich niederlassenden Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte zu melden. Aber auch für manche Zeugnisse usw. ist die Inanspruchnahme des Kreisarztes vorgeschrieben.

Der 6 Uhr-Kunstmessenschluss für Frachtkübelgüter wird, nach der Zeitung der Ver. D. Eisenbahn, im Bezirk der Kgl. Eisenbahndirektion Berlin vom 2. September d. J. allgemein eingeführt werden. Es ist dies notwendig, um eine schleunige und auch zuverlässige Beförderung der Güter nach den abgehenden Zügen zu gewährleisten. Man wolle in dem früheren Schlusse der Güterannahme eine Härte finden, da tatsächlich einzelne Verfrachter unter Umständen weite Wege nach den Güterbahnhöfen mit beladenen Wagen vergeblich gemacht haben. Das wird auch während der Uebergangszeit nach Einführung des künftigen Abnahmenschlusses nicht zu vermeiden sein und da dürfte wohl die Verwaltung in den meisten Fällen Rücksicht haben. Nach kurzer Zeit aber würden die Verfrachter so viel Erfahrung gewonnen haben, daß sie die Wahrscheinlichkeit, ihre Güter rechtzeitig zur Eisenbahn zu bringen, sicher abzuschätzen vermöchten. Güter, auch ganze Fuhren ein und desselben Anlieferers, mit deren Abnahme zur Schlussstunde bereits begonnen war, werden natürlich auch nach 6 Uhr noch sämtlich übernommen. Die sieben großen, im Innern Berlins gelegenen Güterbahnhöfe sind mit Rücksicht auf örtliche Besonderheiten einzuweisen noch ausgenommen worden, sie dürften aber im nächsten Jahre folgen. Die Berliner Handelskammer hat sich nach Befragung der Interessenten mit der neuen Maßnahme einverstanden erklärt.

Keine Zusammenlegung der drei Berliner Landgerichte.

Vor einiger Zeit hat der Zentralausschuss Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine den Justizminister in einer eingehend begründeten Eingabe um Abstellung der durch die neue Berliner Gerichtsorganisation eingetretenen Mängel erlucht, und als das hierzu geeignete Mittel die Zusammenlegung der drei Berliner Landgerichte vorgeschlagen. Die nunmehr eingegangene Antwort des Justizministers übermitteln einen an den Vorstand der Berliner Anwaltskammer, die in der gleichen Angelegenheit vorstellig geworden war, gerichteten Bescheid, dem zufolge der Justizminister nicht die Ueberzeugung gewinnen konnte, daß im Interesse der Rechtspflege die räumliche Vereinigung der Zivilabteilungen der Berliner Landgerichte erforderlich sei.

Der Justizminister ist der Ansicht, daß gegenüber den Interessen und Rechtsbeziehungen eines Bezirkes von dem Umfange Berlins und seiner Vororte der Anspruch nicht erhoben werden könne, daß die Partei in der mündlichen Verhandlung in jeder ihrer Rechtsstreitigkeiten von den verschiedenen Gerichten durch denselben Anwalt vertreten werde. Mit der Zulassung der Anwälte zu den drei Landgerichten sei für die Justizverwaltung nicht die Verpflichtung begründet worden, Einrichtungen zu treffen, die mit der neuen Organisation und der darauf erfolgten Herstellung besonderer Geschäftsgebäude für die einzelnen Gerichte nicht vereinbar sein würden. Zudem sei die räumliche Trennung der drei Landgerichte in dem Zeitpunkt, in welchem die gleichzeitige Zulassung von den betreffenden Anwälten nachgesucht und erlangt worden ist, bereits eine feststehende und diesen Anwälten bekannte Tatsache gewesen, die von ihnen als eine durch die Umstände begründete Schwärze für die Ausübung ihrer Berufstätigkeit erkannt und beachtet werden mußte. Wenn trotzdem ein Anwalt regelmäßig vor allen drei Landgerichten als Prozeßvollmächtigter auftreten wolle, so werde es seine Sache sein, den Schwierigkeiten, die sich einer so ausgedehnten Tätigkeit aus der räumlichen Trennung der drei Landgerichte entgegenstellen, durch geeignete Maßnahmen zu begegnen. Im übrigen bestreitet der Justizminister, daß diese Schwierigkeiten zur Vermeidung der Fälle geführt haben, in denen die Verhandlungen wegen Verhinderung der Anwälte vertagt worden sind, wie auch von der räumlichen Vereinigung der Zivilabteilungen der Landgerichte ein wesentlicher Rückgang der Zahl dieser Fälle nicht erwartet werden könne.

Dagegen ist der Justizminister bereit, eine gemeinsame Erörterung derjenigen Maßnahmen herbeizuführen, durch welche innerhalb des Rahmens der bestehenden Gerichtsorganisation und der zu ihrer Ausführung getroffenen dauernden Einrichtungen berechtigten Beschwerden abgehoben werden könne, mit dem Anheimgen, entsprechende Vorschläge zunächst bei den unmittelbar beteiligten Gerichten oder bei dem Kammergericht anzubringen. Der Justizminister gibt sich der Erwartung hin, daß es dem verständnisvollen Zusammenwirken der Gerichte mit den Rechtsanwältin mehr und mehr gelingen wird, die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich bei der Eigenart der Verhältnisse von Berlin und seiner Umgegend einer sachgemäßen und prompten Förderung der Geschäfte entgegenstellen.

Es wird nunmehr zunächst Sache der Anwälte sein, Vorschläge im Sinne dieses Bescheides zu machen.

Ein Skandal im Deutschen Gastwirtsverband. Aufseherregende Enthüllungen über Unterschlagungen im Deutschen Gastwirtsverband macht die „Deutsche Gastwirts-Zeitung“ in ihrer heutigen Nummer. Der Deutsche Gastwirtsverband, der kürzlich in Eisenach seinen Verbandstag abhielt, ist einer der größten gewerblichen Verbände Deutschlands und hat ein Vermögen von mehr als 100 000 M. Das genannte Fachblatt meldet nun, der Schatzmeister des Verbandes Red habe schon seit längerer Zeit umfangreiche Unterschlagungen begangen, die dem geschäftsführenden Ausschuss des Verbandes auch schon zur Kenntnis gekommen, von diesem aber vertuscht worden seien. In Eisenach habe vor Eröffnung des Gastwirtsverbandes eine geheime Sitzung des Ausschusses stattgefunden, in der die Klassenwirtschaft des Schatzmeisters ans Licht gekommen sei. Die Höhe der veruntreuten Summe betrage 120 000 M. Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes habe aber den langjährigen Schatzmeister decken wollen und deshalb die Sache in der Abrechnung verschleierte. 55 000 M. hätten die Freunde Reds noch vor dem Verbandstag zur Deckung des Defizits aufgebracht und für den Rest von 65 000 M. sei eine Hypothek auf das Grundstück Reds eingetragener worden. Tatsächlich erscheint auch in diesem Jahre in der neuen Abrechnung des Verbandes unter den Aktiven eine Hypothek von 65 000 M., die als Verbermögen figuriert, während von den im Vorjahre vorhandenen Wertpapieren 41 500 M. verkauft sind. Die Abrechnung weist auch verschiedene Unklarheiten auf, die von der „Gastwirts-Zeitung“ aus dem Kasienbericht hervorgehoben werden. Die „Deutsche Gastwirts-Zeitung“ erhebt nun gegen den geschäftsführenden Ausschuss des Gastwirtsverbandes den Vorwurf, er sei über die Klassenwirtschaft des Gastwirtsverbandes unterrichtet, täusche aber die Mitglieder der Berliner Verbände in den Versammlungen über den wahren Sachverhalt und habe sogar Vertrauensstimmungen für den bisherigen Schatzmeister inszeniert. Die Angelegenheit wird jedenfalls noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Die Fern- und Vorortzüge von Kaulsdorf nach Berlin fahren nicht mehr über Lichtenberg, sondern wie früher auf der Fernzugstrecke nach dem Schlessischen Bahnhof und von hier weiter auf dem Fernzuggleise durch Berlin.

In den Kanalschacht gestürzt. Bei den Kanalbauten an der Greifswalderstraße hat sich gestern nachmittags ein schwerer Unglücksfall ereignet. Seit mehreren Wochen sind dort Arbeiter mit der Legung des Druckrohres für die Berliner Kanalisation beschäftigt. Gestern ließ der Arbeiter Hoyer, Heinersdorfer Weg 47 wohnhaft, an einer Binde Baumaterialien von der StraÙe in den Schacht hinunter. Pöflich wurde er von der Binde mit in die Tiefe gerissen und kopfüber stürzte er in den Schacht. In einer Droschke wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo bei ihm schwere Rippen- und Beinbrüche sowie innere Verletzungen festgestellt wurden.

Auf dem Wege von Rixdorf nach Berlin verschwunden ist der 31jährige Kutscher Albert Henne, der längere Zeit in der Irrenanstalt in Buch interniert war. Nach seiner Entlassung fand H. bei seinem früheren Arbeitgeber, dem Kaufmann Düwel in der Pfälzerstraße 69 in Rixdorf ein Unterkommen. Am nächsten Tage entfernte sich der Kutscher, um Bekannte in Berlin aufzusuchen. Dies hat er aber nicht getan und auch zu seinem Arbeitgeber ist er bisher noch nicht zurückgekehrt. Was aus dem Verschwundenen geworden ist, konnte noch nicht ermittelt werden.

Die Leiche eines jungen Mädchens ist gestern nachmittags an der Stralauer Allee aus der Spree gefahdet worden. Die Tote war bereits bis zur Unkenntlichkeit in Verwesung übergegangen; sie hatte schon mehrere Wochen im Wasser gelegen. Ueber die Persönlichkeit der Lebensmüden konnte noch nichts ermittelt werden. Die Selbstmörderin dürfte etwa 18 Jahre alt gewesen sein.

Falschmünzer in Steglitz. Auf Veranlassung eines Schöneberger Geschäftsmannes wurde dort gestern der im Jahre 1889 in Berlin geborene angebliche „Kellner“ Willi Kichhöfer von der Polizei festgenommen, weil er sich durch Herausgabe eines falschen Fünfmarkstückes verdächtig gemacht hatte. Nach sorgfältigster Untersuchung holte man noch eine größere Anzahl Fünfmarkstücke aus den Taschen und Strümpfen Kichhöfers hervor. Da es sich bei der Feststellung Kichhöfers ergab, daß er sich unangemeldet bei einer Familie in der Schönebergerstraße zu Steglitz aufgehalten hat, wurde die Steglitzer Kriminalpolizei verständigt. Polizeikommissar Hoffmann machte in der Wohnung Kichhöfers die überraschende Entdeckung, daß Kichhöfer in Gemeinschaft mit dem dort wohnenden gleichaltrigen „Hausdiener und Gelegenheitsarbeiter“ Zwickowski eine Falschmünzerverstalt unterhalten hatte. Z. wurde in dem Moment dingfest gemacht, als er mit einem Koffer die von Beamten ungestört Wohnung verlassen wollte; in dem Koffer fanden sich einige verdächtige Werkzeuge vor. Z. wollte von nichts wissen, aber eine Leibesvisitation an J. förderte eine größere Anzahl in Papierumschläge gewickelter falscher Fünfmarkstücke zutage. J. bequeme sich zu einem Geständnis und gab an, daß er verschiedene andere Werkzeuge und Falsifikate im Grunewald und in den angrenzenden Kronfeldern versteckt habe.

Bei einem Zusammenstoß zweier Fahrwerke schwer verletzt wurde gestern nachmittags der 32jährige Kutscher Paul Gierkner aus der Weichenburgerstr. 41. An der Ecke der Berg- und Rosenstraße kam es durch die Unachtsamkeit der beteiligten Wagenlenker zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen einem Arbeitsfahrzeug und einem Müllwagen. Infolge des Anpralles wurde G. vom Bod des Müllwagens in weitem Bogen auf die Straße geschleudert. Ein Schußmann schaffte den Verunglückten nach dem städtischen Krankenhaus in der Gannertstraße, wo bei ihm schwere Verletzungen festgestellt wurden.

Kinderspiele des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“.

Gespielt wird am Sonntag, den 21. Juli: Friedrichshain von 9-12 Uhr vormittags, Sportplatz Wehmstraße (Ecke Wellermannstraße) von 9-12 Uhr vormittags, Treptow von 8 bis 11 Uhr vormittags, Jungfernheide von 8-11 Uhr vormittags. Die Teilnehmer treffen sich für den Spielplatz Friedrichshain um 8 1/2 Uhr am Kriegerdenkmal, für den Sportplatz Wehmstraße am Bahnhof Gesundbrunnen um 8 1/2 Uhr, am Bahnhof Wedding am Rettelbedplatz (Urania-Säule) um 8 Uhr, am Bahnhof Schönhauser Allee um 8 Uhr, für den Spielplatz Jungfernheide am Bahnhof Weissestraße um 8 Uhr und für den Spielplatz Treptow an der Oberfriesenbrücke um 7 1/2 Uhr. Willkommen sind Kinder nicht nur von Turngenossen, sondern auch auf Kinder solcher Eltern, die dem Arbeiter-Turnverein „Fichte“ und überhaupt der Turnsache fernstehen, wird gerechnet. Die Kinder werden nach Beendigung der Spiele wieder an die Sammelplätze zurückgeführt.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Küchenbrandes wurde die Feuerwehr nach der Wollinerstr. 15 gerufen. Möbel, Kleider und anderes mehr brannten dort. In der Küche, Lisedomstr. 10, waren Holzabfälle, Papier und anderes in Brand geraten. Ferner hatte die Wehr noch in der Tautenstr. 6, Wälderstr. 52, Panfstr. 53 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg. Die Stadtverordnetenwahlen, die im Herbst dieses Jahres stattfinden, sind für die Sozialdemokratie von größter Wichtigkeit. In der dritten Abteilung, die ja für die Arbeiter allein in Betracht kommt, sind 8 Ergänzungswahlen und 2 Ersatzwahlen für die ausgeschiedenen Stadtverordneten Pasche und Dr. Zepier vorzunehmen. Der sozialdemokratischen Fraktion gehörten bei Beginn des Jahres 13 Mitglieder an; bei 4 anderen — Liebe, Fander, Midler, Scharnberg — ist die Wahlperiode Ende 1907 abgelaufen. Es bleiben also nur noch 7 Sozialdemokraten übrig, und von den zu wählenden müssen mindestens 6 der sozialdemokratischen Partei angehören, wenn die Fraktion in ihrer alten Stärke ins Stadtparlament einziehen soll. Von den 10 Stadtverordneten, die zu wählen sind, müssen 5 Hausbesitzer im Sinne der Städteordnung sein. Diese Hausbesitzer entfallen nach der

vom Magistrat vorgenommenen Auslosung auf den ersten, dritten, sechsten, siebenten und achten Bezirk. Im ganzen sind also zu wählen: im ersten, siebenten und achten Bezirk je ein Stadtverordneter für die Zeit bis Ende 1913, der Hausbesitzer sein muß; im 2. und 4. Bezirk je ein Stadtverordneter bis Ende 1913, der nicht Hausbesitzer sein braucht; im 3. Bezirk ein Stadtverordneter bis 1913, der Hausbesitzer sein muß und ein Erfahmann für Dr. Zeppler bis Ende 1909, der die Eigenschaft eines Hausbesitzers nicht zu haben braucht; endlich im 5. Bezirk ein Stadtverordneter bis 1913 und einer als Ersatz für Pasche bis 1909. Diese beiden brauchen nicht im Besitz eines Hauses zu sein.

Der Wahlkampf wird kein leichter sein; infolge des Entstehens neuer Stadtteile, die fast durchweg für wohlhabende Leute bestimmt sind, hat sich die Zahl unserer Gegner erheblich vermehrt, und es bedarf der allergrößten Anstrengungen, wenn wir unseren alten Besitzstand behaupten und neue Mandate gewinnen wollen. Wie notwendig aber im Interesse der Arbeiterklasse eine starke sozialdemokratische Fraktion ist, das beweisen die Vorgänge im Stadtparlament.

Charlottenburg, das einst im Ruf einer sozialpolitisch fortgeschrittenen Gemeinde stand, ist im Begriff, diesen Ruf einzubüßen. Der Kommunalstreik Berliner Richtung schwingt das Szepter, ihm fehlen nur wenige Stimmen an der absoluten Mehrheit; ein anderer Teil der Versammlung steht politisch auf nationalliberalem oder konservativem Standpunkt, und wenn auch zwischen den bürgerlichen Parteien kleine Eifersüchteleien in Personenfragen oft genug zu Tage treten, so finden sie sich doch in der Bekämpfung der Arbeiterklasse stets wieder zusammen. Nur 3 bis 4 Mitglieder der Bourgeoisie haben sich Vorurteilslosigkeit und Gerechtigkeitsgefühl gewahrt, um im Gegensatz zu der Mehrheit der Arbeiterklasse Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Diese weißen Raben werden natürlich bei jeder Gelegenheit überstimmt.

Im Magistrat macht sich mehr und mehr ein Scharfmachertum breit. Neben gegen die Sozialdemokratie, wie sie einem Stumm seligen Angedenkens zur Ehre gereicht haben würden, sind an der Tagesordnung, umhüllt werden die Interessen des Unternehmertums wahrgenommen.

In diese sozialpolitische Rückständigkeit gilt es Bremsen zu legen. Ein harter Kampf steht uns bevor, aber der Sieg wird uns sicher sein, wenn jeder Arbeiter seine Pflicht tut. Ueberzeuge sich zunächst jeder, sobald die Wählerlisten anliegen — im Gegensatz zu Berlin erst vom 15.—30. August — davon, ob er eingetragen ist! Suche ein jeder seine Arbeitskollegen von der Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen zu überzeugen! Jeder Arbeiter muß Agitator sein. Bei den letzten Wahlen sind wir nur deshalb unterlegen, weil wir zu siegesgewiß waren und es an der nötigen Arbeit haben lassen. Das darf nicht wieder vorkommen; der letzte Mann muß an die Urne. Versehen wir den Vertretern des Kapitalismus, deren Uebermut keine Grenzen kennt, eine empfindliche Niederlage! Zeigen wir ihnen, daß die Mandate der dritten Wählerklasse der Sozialdemokratie gehören!

In der am 12. d. Mts. abgehaltenen Delegiertenversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission wurde zunächst der Kassenericht vom zweiten Quartal vom Genossen Schelle erstattet. Danach betragen die gesamten Einnahmen inkl. Kassenbestand von 1241,92 M. am Schluß des ersten Quartals 1570,79 M., denen 727,85 M. Ausgaben gegenüberstehen, also ein Kassenbestand von 842,91 M. am Schluß des zweiten Quartals verbleibt.

Wegen der Tatsache, daß die Metallarbeiter im Gegensatz zu sämtlichen der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Gewerkschaften sich durchaus weigern, die Extrabeiträge zu den verlossenen Gewerkschaftswahlen zu begleichen, entstand eine längere Debatte. Es wurde in derselben allgemein bedauert, daß nicht allein hierzu, sondern auch zu der Erhaltung unseres Volkshauses die Metallarbeiter gegenüber den anderen Gewerkschaften keinen Vergleich ihrer finanziellen Leistungen anstellen können, trotzdem die Metallarbeiter an allen öffentlichen Aemtern hervorragend mitpartizipieren. Von den Delegierten der Metallarbeiter wurde hervorgehoben, daß die Bezirksleitung Charlottenburg in den kommenden Verwaltungssitzungen Groß-Berlins mit ihren dahingehenden Anträgen stets abgewiesen worden sei, den Charlottenburger Kollegen treffe deshalb keine Schuld. Schließlich wurde auf Antrag des Genossen Hebert gegen 8 Stimmen der Beschluß gefaßt, daß, falls der Metallarbeiterverband bis zum 1. Oktober c. seine Schuld zu den Gewerkschaftswahlen nicht bezahlt, die Metallarbeiter von den Vertretungen der von der Gewerkschaftskommission zu besetzenden öffentlichen Aemter auszuschließen sind.

Genosse Flemming gab nunmehr als Vertreter des Kuratoriums für den städtischen Arbeitsnachweis einen allgemeinen Bericht, dem ein spezifizierter nach Erscheinen des gedruckten Bericht folgen wird. Hervorgehoben ist, daß die Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises von Arbeitnehmern wie Arbeitgeber gegenüber früher ständig zugenommen hat, trotzdem sei auf diesem Gebiete noch viel zu tun. Eine Anregung des Genossen Hebert, ob es sich nicht ermöglichen lasse, daß eine Statistik geführt werde über die Lohnhöhe der vermittelten Stellen, wurde auf Wunsch des Genossen Flemming zunächst den Arbeitnehmervertretern überwiesen.

Eine kurze Kritik über einige Ausführungen der Genossen von Elm und Kaufmann auf dem 4. Genossenschaftstag in Düsseldorf gab Veranlassung, daß beschlossen wurde, daß über die Verhandlungen und Beschlüsse des Genossenschaftstages in der nächsten Sitzung besonders gesprochen werden soll. Zum Bibliothekar der gemeinsamen Bibliothek, die sich jetzt in der Partispedition, Eisenheimerstraße 1, parterre im Laden befindet, wurde Genosse Schiemann bestätigt. Genosse Flemming begründete noch die Wahl einer besonderen Agitationskommission, die dem Ausschusse der Kommission zur Hand sei. In dieselbe wurden die Genossen Leiwandowski, Mißling, Lehmann, Fritsch und Kropf gewählt.

Nicht vertreten waren: Friseur, Porzellanarbeiter, Sattler und Steinsetzer.

Stolpe.

Am Sonntag, den 14. Juli, fand im Lokale der Witwe Vergemann zu Stolpe eine öffentliche Versammlung des Wahlvereins statt, die trotz des strömenden Regens von ungefähr 80 Personen besucht war. Genosse Kubig-Pantow referierte über die Notwendigkeit der Landarbeit. Redner schilderte in sehr ausführlicher Weise in einem 1 1/2 stündigen Vortrage die elenden und jämmerlichen Verhältnisse der Landarbeiter. An der sich hieran anschließenden Diskussion beteiligte sich hauptsächlich ein Berliner Genosse, der als Gast anwesend war und einige recht drastische Sachen aus dem Mecklenburger Landarbeiterleben, die er selbst erlebt hatte, zum Besten gab. Zum Schluß wurde noch der Fall Hermann einer Kritik unterzogen.

Blankensfelde.

Regierung und Schule. Die Gemeinde Blankensfelde, deren Patron und Gutsherr die Stadt Berlin ist, welcher demzufolge auch

das Recht der Lehreranstellung zusteht, hatte vor einiger Zeit beschlossen, die Alterszulage der Lehrer, welche in den Berliner Vororten sonst 200 M. beträgt, von 140 auf 180 M. zu erhöhen. Die Kgl. Regierung hat diesen Beschluß aber nicht genehmigt, weil die Verhältnisse diese Erhöhung der Alterszulagen angeblich „nicht erfordern“.

In der Gemeinde herrschte hierüber große Mißstimmung, weil die Lehrer, infolge der geringen Befoldung, nicht bleiben wollen und so wiederholte die Gemeinde ihren Beschluß und sandte ihn zum zweiten Male zur Genehmigung nach Potsdam. Daraufhin ist nunmehr dem Schulvorstand von der Regierung Mitteilung gemacht worden, daß die Erhöhung der Alterszulagen von 140 auf 180 M. genehmigt werden würde, der Satz von 180 M. (pro 3 Jahre) aber unangebracht sei. — Die zwanzig Mark Erhöhung der Alterszulagen, welche die Regierung genehmigen will, macht für den ältesten Lehrer im Orte, der zwei Alterszulagen zu beanspruchen hat, eine Erhöhung des Einkommens von jährlich 40 M. aus. Die Blankensfelder meinen, daß ihnen der Lehrer nun doch bei der nächsten Gelegenheit davonläuft.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorversammlung machte der Bürgermeister Abraham die Mitteilung, daß die Versicherungsgesellschaft, den beim Einbruch gestohlenen Betrag von 11 048,14 M. ausgezahlt hat.

Die englische Gasanstalt hat bereits fünf Probekampfen mit hängendem Gasflüßlicht auf dem Kirchplatz aufgestellt, weitere Lampen sollen demnächst noch eingerichtet werden. — Der alte Haus- und Grundbesitzerverein hat eine Petition eingereicht, das Pfeifen der Radfahrer abzuschießen, Kontrollfahrten einzuführen und die Anzahl der Sicherheitsbeamten zu vermehren. Der Gemeindevorstand wird sich in einer der nächsten Sitzungen mit der Angelegenheit beschäftigen. — Durch die Arbeiten an der Industriebahn sind Flurschäden entstanden. Zur Abklärung derselben ist der Schölgärtner Rohrbach als Sachverständiger ernannt worden. — Der freiwilligen Feuerwehr wurden 400 M. als Belohnung überwiesen, für diejenigen Mitglieder, die schon 10 Jahre der Wehr angehören. — Die Gemeinde trat dem Preussischen Fortbildungsschulverein mit einem Jahresbeitrag von 25 M. als Mitglied bei. — Dem Gemeindevorstand wurde Vorschlag erteilt, eine rechtsverbindliche Erklärung betr. Anerkennung einer Verpflichtung der Großen Berliner Straßenbahn bei Impflasterung der Kaiser Wilhelmstraße abzugeben. — Schon vor längerer Zeit wurde beabsichtigt, ein eigenes Elektrizitätswerk einzurichten. Da die Unkosten aber zu hohe sind, wurde beschlossen, einen Vertrag mit der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke abzuschließen, betreffs Einführung elektrischen Stromes in die Gemeinde. Die Stromentnahme soll für gewerbliche Zwecke 11 Pf. und für Beleuchtung 44 Pf. pro Kilowattstunde kosten. Die Kabellegung soll durch alle Straßen erfolgen, wenn das Bedürfnis dazu vorliegt. — Hierauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Französisch-Buchholz (Bezirk Pantow).

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende, Genosse Jinn, den Vorstandbericht. Derselbe erstreckt sich auf die letzten fünf Monate, seit sich der Wahlverein vom Bezirkswahlverein Pantow losgelöst hat. Es fanden in dieser Zeit statt vier Mitgliederversammlungen, eine öffentliche Versammlung und sechs Vorstandssitzungen. Die Rede des Genossen Fischer wurde in 350 Exemplaren verbreitet. Neu aufgenommen wurden 34 Mitglieder, vertragen sind 13 Genossen, so daß gegenwärtig dem Wahlverein 140 Mitglieder angehören. Die Einnahmen betragen mit einem Bestand von 58,00 M. des vergangenen Quartals 127,95 M., die Ausgaben 78,95 M. Als Delegierter für das nächste halbe Jahr wurde Genosse Jakob gewählt. Der Antrag, gegen die Mitglieder Penn und Henslein das Ausschlussverfahren einzuleiten, fand einstimmige Annahme. Unter Verschiedenem forderte der Vorsitzende die lebigen Genossen auf, sich bei der Behörde als Chauxbegünstigten anzumelden, damit sie bei der nächsten Frühjahr stattfindenden Gemeindevahl ihr Wahlrecht ausüben können. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden zur Unterstützung des Bäderbottens wie zu noch intensiverer Agitation für die Organisation und Presse aufgefodert.

Gerichts-Zeitung.

Einen raffinierten Schwindel

hatte der Techniker Richard Becker verübt, welcher sich unter der Anklage des Betruges gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verantworten mußte. Eines Tages Anfang Mai d. J. erschien in der Wohnung des städtischen Straßenreinigers Bukowsky ein besser gekleideter junger Mann, der sich als Abgesandter einer großen Wohltätigkeitsanstalt vorstellte. Im Laufe des Gespräches wurde B. von dem Herrn befragt, ob er bei der Armendirektion für sich eine Unterstützung beantragt habe. Als B., über diese Frage sehr verwundert, dies verneinte, bemerkte der Unbekannte, er müsse dann bei seiner Behörde sehr gute Gönner haben, denn er (B.) sei in Vorschlag gebracht worden, daß ihm aus jener Wohltätigkeitsanstalt eine Unterstützung zuteil würde, die sich auf etwa 75 bis 100 M. belaufen könnte. Zur Erklärung fügte er hinzu, es handle sich um die Hinterlassenschaft eines hochgestellten Philantropen, der ein großes Kapital zur Verfügung gestellt habe, von dessen Zinsen in Kostlose geratene Arbeiterfamilien unterstützt werden sollten. Die Stiftung selbst werde von einem höheren Offizier verwaltet. Als die Frau Bukowsky hinzukam, erklärte sie die ganze Sache kurz und bündig für Schwindel, da ihm wohl niemand etwas hinterlassen würde. Der angebliche Abgesandte beilligte sich, sofort das Gegenteil zu versichern. Nunmehr legte er ein gedrucktes und mehrfach zusammengefaltetes Formular dem B. zur Unterschrift vor. Anstatt sich erst von dem Inhalt des Formulars zu überzeugen, ließ sich B. durch das gewandte Aufstreifen seines Besuchers verleiten, auf Geratewohl zu unterschreiben. Willig erlegte er auch 1,50 M. Schreibgebühr, da ihm versichert wurde, daß die allgeringste Unterstützung doch noch 6 M. betrage. Nach einigen Tagen sollte außerdem noch ein besonderer Nachschuß bei B. vorstehen. Nach etwa einer Woche erschien tatsächlich ein zweiter Herr bei B. Es war dies aber nicht der vorher angekündigte Wiederbesuch, sondern der Kassierer einer hiesigen Versicherungsgesellschaft, der den fälligen Monatsbeitrag für eine von B. eingegangene Versicherung erheben wollte. Bukowsky weigerte sich, da er sich in seiner Versicherung befand. Es wurde ihm nunmehr eine Police vorgelegt, auf der tatsächlich sein Name stand. Jetzt erst erkannte er, daß er seinerzeit das Opfer eines Schwindlers geworden war und in blindem Vertrauen jene Police unterschrieben hatte. Die Polizei ermittelte den angeblichen Abgesandten der Wohltätigkeitsanstalt in der Person des Angeklagten, der diesen Schwindel ingenierte hatte, um sich die Provision zu verdienen. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen ziemlich raffinierten Schwindel handelte, beantragte der Amtsanwalt eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen. Das Schöffengericht hielt dem Angeklagten seine bisherige Unbescholtenheit zu gute und erkannte unter Zuhilfenahme mildernder Umstände deshalb nur auf eine Geldstrafe von 30 M. ev. 6 Tage Gefängnis.

Zum § 2 des preussischen Vereinsgesetzes.

Der Magistrat Fiedler als Vorsitzender des Vereins Berliner Hausverwalter sollte den § 2 des Vereinsgesetzes durch Unterlassung der Einreichung von Statuten und der Mitgliederänderungen übertreten haben. Er wurde freigesprochen. Der zweite Senat des Kammergerichts verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft. In der Begründung wurde ausgeführt: Der Verein bezwecke allerdings, seine Mitglieder durch Vorträge über wichtige, die Hausverwaltung betreffende Vorgänge der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung zu fördern und zu belehren. In der Velehrung über diese Dinge liege aber keine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten im Sinne des § 2 des

Vereinsgesetzes, wenn gleich Gesetzgebung und Rechtsprechung öffentliche Angelegenheiten seien. § 2 des preussischen Vereinsgesetzes, der die Einreichung von Statuten usw. nur Vereinen auferlegt, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sei demnach unanwendbar.

Erhebliche Mängel in einem Fabrikbetriebe.

Gegen den Lagerverwalter Fritz Wolf der Firma E. Feibisch in Treptow verhandelte das Potsdamer Schöffengericht gestern eine Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung.

Am 2. Februar 1907 fand eine Anzahl Fabrikarbeiterinnen von der nach dem Garderobenraum führenden Steintrappe gestürzt, u. a. auch die Ruherin Elise Wegner. Diese zog sich schwere Verletzungen an Rücken und Armen zu, an deren Folgen sie noch heute leidet. Der Angeklagte bestritt die Schuld. Er behauptete, seine Geschäftszeit währe von 7—7 Uhr, der Unfall sei dagegen schon um 1/7 Uhr erfolgt. Nur innerhalb seiner Geschäftszeit beauftragte er die Treppeneinigung.

Die Vernehmung der beiden Hausdiener Dettmerz und Hillmer ergab, daß die Treppen für die Angestellten niemals gereinigt wurden und am fraglichen Tage mit Eis und Schnee bedeckt waren. Beide Zeugen bekundeten übereinstimmend, daß am 2. Februar 1907, auch als bereits 9 Angestellte infolge Matt-eises von der Treppe gestürzt waren, eine Reinigung derselben unterlassen sei. Erst am 4. Februar, als Herr E. Feibisch, der Fabrikbesitzer selbst, von der Treppe abgestürzt sei, ist durch Feibisch selbst die Entfernung des Eises von den Treppen veranlaßt worden. Die Jungstretter für die Arbeiter seien infolge der unterlassenen Reinigung stets eine Gefahr für die Angestellten gewesen. — Das Gericht erkannte auf 30 M. Geldstrafe.

Wären die Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert, so hätte wohl unmöglich eine im Interesse der Gesundheit und des Lebens der Arbeiterinnen dringend erforderliche Maßnahme ein Jahr lang unterbleiben können.

Sind Filialvereine stets vom Zentralvorstand anzumelden?

Der Zentralvorstand des Gewerkschafts deutscher Stahlarbeiter (Zentralvorstand Hirsch-Dunderlicher Richtung), Sitz Spremberg, Herr Ulrich hatte sich geweigert, die Mitglieder des badener Ortsvereins dieses über ganz Deutschland verbreiteten Verbandes bei der Polizeibehörde in Spremberg, dem Sitz des Verbandes und Verbandsvorstandes, anzumelden. Deshalb wurde er wegen Uebertretung des § 2 des Vereinsgesetzes angeklagt, wonach die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, die bekannte Pflicht der Einreichung von Mitgliederverzeichnis und Statuten und der Anzeige von eintretenden Änderungen der Mitglieder und Statuten haben. Das Landgericht Rottboms verurteilte den Angeklagten, indem es den Zentralvorstand für verpflichtet erachtete, die Mitglieder aller Ortsvereine des Gewerkschafts am Verbandssitz in Spremberg bei der Polizei anzumelden.

Der zweite Strafsenat des Kammergerichts hob am Freitag dies Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Daß der Gewerkschaft ein sich unter den § 2 des Vereinsgesetzes fälle, sei allerdings genügend festgestellt. Im übrigen aber sei das Urteil rechtsirrige. Gewiß könne es vorkommen, daß der Vorstand (Hauptvorstand) eines Zentralverbandes verpflichtet sei, am Orte seines Sitzes alle Verbandmitglieder anzumelden, wie das bezüglich des Deutschen Bergarbeiterverbandes ausgesprochen sei. Das sei aber nur unter besonderen Umständen Voraussetzungen der Fall, nämlich dann, wenn die Unterabteilungen des Verbandes keine selbständigen Vereine bilden, mögen sie nun Filialen, Zehlfstellen oder Ortsvereine heißen. Es komme darauf an, ob der Verband aus selbständigen Vereinen oder aus physischen Personen bestehe. Das habe der Vorderrichter übersehen. Von sehr wesentlicher Bedeutung sei nun hier bei dem Gewerkschaft der § 10 seines Statuts, der an sich klar sei und erläutert und bestätigt werde durch andere Paragraphen. Da sei bestimmt, der Gewerkschaft solle ganz Deutschland umfassen und er bestände aus allen Ortsvereinen, welche sich auf Grund dieses Statuts bilden. Hier sei ausdrücklich gesagt, daß der Gewerkschaft aus den einzelnen Ortsvereinen bestehe und nicht aus physischen Personen. Auch hätten diese Ortsvereine eine genügende Selbständigkeit. Sie hätten selbständige Zehlfstellen, eine selbständige Leitung, hätten über die Aufnahme von Mitgliedern zu entscheiden und manches mehr. In dieser Selbständigkeit werde nichts geändert dadurch, daß der Zentralvorstand die von den Ortsvereinen vorgenommene Aufnahme von Mitgliedern allgemein zu bestätigen habe. Ohne daß es einer besonderen Feststellung in der Vorinstanz bedürfe, sei hier eine genügende Selbständigkeit der Ortsvereine anzunehmen. Wie die Dinge hier lagen, sei nicht der Zentralvorstand zur Anmeldung am Orte seines Sitzes verpflichtet, sondern die Pflicht zur Anmeldung der Mitglieder hätten die Vorsteher der einzelnen Ortsvereine gegenüber den Polizeibehörden an ihrem Orte. Der Angeklagte Ulrich vom Zentralvorstand sei also freizusprechen.

No bis in idem.

Vom Landgerichte Ologau ist am 2. Mai der Geschäftsführer Hermann Kalm wegen Betrugs unter Einrechnung einer sechsmonatigen Strafe zu einer Gesamtstrafe von 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden. — Auf die von der Staatsanwaltschaft zu seinen Gunsten eingelegte Revision hob das Reichsgericht am Dienstag das Urteil auf und stellte das Verfahren als unzulässig ein, weil sich herausgestellt hat, daß der Angeklagte wegen derselben Tat bereits vom Landgerichte Guben rechtskräftig freigesprochen war.

Verkenning der Notwehr.

Vom Landgerichte Frankfurt a. M. ist am 16. März der jugendliche Stutzer Christian Herbert wegen schwerer Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Mitangeklagte Schäfer ist ebenfalls verurteilt worden, der Mitangeklagte Jach freigesprochen. Die beiden letzteren waren nachts aus einer Wirtschaft hinausgeworfen worden und belästigten unterwegs andere Leute. Herbert, der die Wirtschaft später verließ, erhielt von Schäfer einen Schlag mit einer Latte über den Kopf. In Furcht und Verwirrung zog er sein Messer und schlug auf Schäfer ein, der zu Boden stürzte. Herbert fiel auf ihn, schlug ihn noch mit dem geschlossenen Messer und ging dann fort. Als Schäfer aufstand, blutete er heftig. Eine Niere war durchstochen und mußte herausgeschnitten werden. Herbert war, wie das Urteil ausführt, in Notwehr, bis Schäfer stürzte; bestraft ist er wegen Benutzung des zugeklapperten Messers. Die Revision des Angeklagten ruhte auf Verkenning der Notwehr. — Der Reichsanwalt erklärte die Revision für begründet. Daß Schäfer mit dem zugeklapperten Messer überhaupt verletzt worden ist, sei nicht festgestellt. Das Landgericht scheine lediglich die Verletzung der Niere, die doch in der Notwehr erfolgt sei, bestraft zu haben. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Wiesbaden.

Vermischtes.

Die Mordaffäre Gau vor dem Schwurgericht.

KARLSRUHE, 17. Juli. Unter ganz außergewöhnlichem Andrang des Publikums begann heute vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung gegen den Rechtsanwalt Dr. Karl Gau aus Washington, der unter der Anklage steht, am 6. November 1906 in Baden-Baden seine Schwägermutter, die Medizinalrätinwitwe Kollitor aus Karlsruhe, erschossen zu haben. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Eber, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Weicher, während Landgerichtsrat a. D. Rechtsanwalt Dr. Dieb den Angeklagten verteidigt. Den Verhandlungen wird wegen der interessanten Persönlichkeit des Angeklagten, der sich in seiner neuen Heimat jenseits des Rheins infolge seiner reichen Vergabung und seiner hohen Intelligenz schnell einen Namen zu

machen verstanden hatte, und wegen der getragenen und romantischen...
Am 6. November 1906 wurde die verheiratete Medizinalrätin...
So schnell und unvermutet der Schuss aus dem Gebüsch gefallen war...

Karl Hau, der heute erst im Alter von 26 Jahren steht, hatte sich als 19jähriger Student in die um sechs Jahre ältere Tochter der Medizinalrätin...
Seine Neigung wurde auch erwidert, das stürmisch begehrte Jawort aber von den Eltern nicht erteilt.

Bald aber folgte der Niedergang. Hau ließ sich in türkische Finanzoperationen ein, die schließlich...
Zuletzt hielt er sich im Oktober 1906 in Konstantinopel auf. Seine Frau und sein...
Nachdem er in London im Cecil-Hotel der Schwiegermutter der Ermordeten, der jetzigen Angeklagten, als...
Vergeblich beteuerte er den beiden englischen Detektiven seine Unschuld — es half nichts.

Der Angeklagte hat ein Geständnis nicht abgelegt. Es war daher eine lange und schwierige Voruntersuchung nötig, die jetzt nach mehr denn achtmonatiger Dauer zum Abschluß gelangt ist. Die Anklage nimmt an, daß Hau sich in zerrütteten Vermögensverhältnissen infolge seiner Spekulationen befunden hat, und daß er vorzeitig das Erbe seiner Schwiegermutter antreten wollte, das ungefähr eine Million Mark betrug.

Der Angeklagte hat ein Geständnis nicht abgelegt. Es war daher eine lange und schwierige Voruntersuchung nötig, die jetzt nach mehr denn achtmonatiger Dauer zum Abschluß gelangt ist. Die Anklage nimmt an, daß Hau sich in zerrütteten Vermögensverhältnissen infolge seiner Spekulationen befunden hat, und daß er vorzeitig das Erbe seiner Schwiegermutter antreten wollte, das ungefähr eine Million Mark betrug.

Bekannt ist, daß die Ehefrau des Angeklagten erst kurze Zeit vor dem Prozeß sich bei Pfaffikon im Züricher See ertränkt hat. Auch der Vater des Angeklagten, ein früherer Reichstagsabgeordneter, Mitglied des Reichstags, hat, wie berichtet wird, vor einiger Zeit einen Selbstmord erlitten.

Der Andrang des Publikums ist ein ganz enormer. Auf einem großen Tisch sieht in einem Spiritusglas das Herz der ermordeten Medizinalrätin Frau Kolitor. Der Verhandlung wohnt der Präsident des bairischen Staatsministeriums, Freiherr v. Dufsch, und Oberstaatsanwalt Duffner bei.

Der Angeklagte bestreitet jede Schuld. Auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden verweigert Hau teils die Aussage, teils gibt er überhaupt keine Antwort. Es sind gegen 80 Zeugen geladen.

Neue Schäden im Hochwassergebiet.

Der letzte Regen hat noch einmal zu einer Reihe von Verstärkungen durch Hochwasser geführt, über die ein Telegramm aus Dresden folgendes meldet:

Das Silberwitzer Schwarzwasser hat fast das ganze Dorf Raschwitz im Kreise Rumburg und die angrenzenden Felder überschwemmt. Viele Wohnungen wurden geräumt. Bei Rumburg fand ein Dammbruch statt. Auch von einem Felssturz ist zu berichten. Mehrere Kubikmeter Schiefer lösten sich und stürzten auf die Gasse der Straße Goldberg-Hermsdorf. In Rumburg im Kreise Rumburg sind die vor einigen Jahren hergestellten Uferbauten größtenteils vernichtet. Die Chauffeubrücke der Rastbör-Vorgrüner Chauffee ist weggeschwemmt worden. Aus Thurgau im Kreise Rastbör wird gemeldet, daß die hoffnungsvolle Ernte völlig vernichtet wurde. Herzogreich ist der Jammer der Leute. Wenn das Wasser noch einige Zentimeter steigt, müssen die armen Bewohner aus ihren Wohnungen flüchten.

Auch in Hirschberg entstand infolge starker Regengüsse in der letzten Nacht wieder Hochwassergefahr. Die Wohnungen in den niedriger gelegenen Strichen wurden geräumt. Die Wassermenge wurde alarmiert. Aber um Mitternacht war die Gefahr vorüber. Das Wasser fällt und heute herrscht schönes Wetter.

Eine Bestie. Aus Mannheim wird gemeldet: Aus dem Redar wurde die Leiche der 14jährigen Amanda Lorenz gefunden, welche aus Scham über ein an ihr verübtes Sittlichkeitsverbrechen den Tod gesucht hatte. Der Täter, ein hiesiger Eierhändler, ist behaftet.

Ein Liebestragödie hat sich gestern in Greiz abgespielt. Ein Rentierist und ein Fabrikmädchen, die ein Liebesverhältnis unterhielten, sahen sich vor unüberwindliche Ehehindernisse gestellt und machten infolgedessen mit Opiumtinktur ihrem Leben ein Ende.

Der verunglückte Lebensretter. In Emden erkrankte der Sicherheitsabwärtiger Wegels bei dem Versuch, einem gefährdeten Bade-gast Hilfe zu bringen.

Das kriegerische Automobil. Ein Automobil rannte gestern in London in eine von einer Lebung zurückkehrende Abteilung des Surrey-Regiments. Elf Mann wurden schwer verletzt.

Defraudant verhaftet. In Verdun wurde, wie aus Brüssel gemeldet wird, der ehemalige Kaufmann August Johnen, der im vorigen Jahre in Bonn 100.000 M. unterschlug, verhaftet.

Die Boden in Teulose. Die Matrikenepidemie in Teulose greift in besorgniserregender Weise um sich; seit vorgestern sind 25 Fälle zu verzeichnen, von denen fünf tödlich verliefen.

Das verbrannte Automobil. In Budapest unternahm gestern der Chauffeur und ein Diener des Grafen Almassi eine Automobilmfahrt. Der Benzintank des Grafen explodierte, wodurch letzterer in Brand geriet. Der Chauffeur und der Diener wurden schwer verletzt, das Automobil ist vollständig verbrannt.

Agitationsverein für Landberg-Teiden. Sitzung am Freitag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Gäste willkommen. Vorstand der Freireichlichen Deutschlands, Zweigverein Berlin und Vorort, Donnerstag, den 18. d. M., abends 9 1/2 Uhr, Rosenfelderstraße 11/12; Generalversammlung. Nur Mitglieder haben Zutritt. Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Bernfagenossen Deutschlands, Hofmann (E. d. 64), Verwaltungskasse Berlin, Sonnabend, den 20. Juli, findet im Gewerkschaftshaus, Angel-Ufer 15, Saal 5, die regelmäßige Quartalsversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Berichterstattung von der Kölner Generalversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Freitag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Eingang durch den Treppengang von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Briefkasten: 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Brieftrage ist ein Poststempel und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. J. A. 77. 1. und 2. Ja. 3. Nein. Bestreiten Sie auf etwaige Auf-forderung zur Zahlung eine dahingehende Verpflichtung. — W. P. 999. 1. Über Klaffung trifft zu. Die Reklamation hätte Rücksicht auf Erfolg. 2. Das preussische Gewerbesteuergesetz datiert vom 24. Juni 1891. —

J. B. 50. Ihre Frage, wer Geld leiht, können wir nicht beantworten. Wir können nur dringend vor solchen, die sich durch Annoncen und dergl. als Geldverleiher anbieten, warnen. — 23 G. G. Der Fall hat sich tatsächlich so wie er geschildert ist abgespielt. — W. S. Die Bestrafung ist bei den verschiedenen Redaktionen sehr verschiedenartig. — W. A. 160. Die Strafe mit dem Gefängnis ist, auch wenn es nicht ausdrücklich im Urteil steht, kraft Gesetzes verboten. Von diesem Verbot kann auf Antrag durch die Ehefrau des Angeklagten Dispens erteilt werden. — W. J. 14. Die Pension unter 1500 M. nicht pädagogisch. — G. D. 22. Sozialdemokraten 87. Christlichsozialen 66, durch Hinzutritt von 30 Deutsch-Katholiken zur „Katholischen Fraktion“, der Christlichsozialen Vereinigung, gemacht. — W. S. Ja. — Steuer. Ihr Kollege ist im Gericht. Sie können aber an die Steuerdeputation mit Rücksicht auf Erfolg ein Stundungsgesuch richten. — W. 1000. Ihr Mann ist nicht haltbar, nur Sie, falls Sie großartig sind.

W. S. 15. Die Klage hat Aussicht auf Erfolg. Um den Ausgang der Klage nicht von dem Gede des Gegners abhängig zu machen, ist es ratsam, Sie beschaffen sich ein schriftliches Anerkenntnis. — Pfalz 2000. 1. und 2. Ja. — G. S. in G. Sie sind steuerpflichtig. Den Ausweis beizubringen durch Anmeldung beim Amtsgericht Ihres Wohnortes. Innerhalb 4 bis 6 Wochen nach der Anmeldung müssen Sie den Ausweis zu Protokoll des Amtsgerichts erklären, auch wenn Sie eine Ladung nicht erhalten. — W. B. 2. Nur wenn Sie Ihre Forderung aufgeklagt haben. — C. S. 4. Sind Sie noch minderjährig, so ist die Klage abzuweisen, sonst ist leider, soweit ersichtlich, ein durchgreifender Einwand gegen die Klage nicht zu erheben, da Sie trotz aller Ermahnungen unsererseits den Befehlsherrn unterschrieben haben. Die von Ihnen angeführten Stellen wird der Gerichtsvollzieher wohl nicht finden. — W. D. 47. Der betreffende hat den Titel Bürgermeister. — W. S. 100. Wenn Sie klagen und der Schuldner nichts hat, haben Sie noch die Kosten zu tragen. Strafbuß ist der betreffende nicht. Sie können sich an einen tüchtigen Zahnarzt wenden lassen, um Geld und Verdienst zu sparen. Wenn Sie nicht jetzt noch Geld nach — 102. 1. und 2. Sie müssen zahlen. 3. Ja. — W. 100. Die Kinder beider Ehen erben gleichmäßig; an Stelle eines verstorbenen Kindes treten dessen Kinder. — A. G. 7. Nein. Das Verfahren muß von neuem eingeleitet werden. — W. 385. Sie müssen Beschwerde an die Armenverwaltung oder an den Magistrat richten. — W. S. 10. Der Abmonteurverein, dem Herrschaften angehören, gewährt über die Beendigung des Dienstes hinaus keine ärztliche Hilfe. — A. P. 4. In der Regel nur durch einen. — W. S. 19. 1. Eine 15 bis 20 M. werden für angemessen erachtet werden. 2. Nein. Ein Scheidungsgrund kann aus der Handlung abgeleitet werden. — G. P. 27. Stadtordehnung Hoffmann, Blumenstr. 14. — W. S. 29. Bei monatlicher Schließung oder bei monatlicher Ehemannschaft kann man, wenn nichts anderes vereinbart ist, nur bis zum 15. zum 1. kündigen, nicht am 1. zum 15. Kündigt man zum 15., so kann der Ehemann die vollen Monats Rente verlangen. Die Zimmer können Sie stets benutzen. — W. S. 15. 1. Es wird zurückgenommen, aber in dem neuen Testament die Rücknahme ausdrücklich erklärt. 2. Eine 10 M. 3. Ja. 4. Ja. Der Pflichtteil der Ehefrau beträgt 1/3 des Nachlasses. — W. M. 122. Nein. — Vorterrückung. Nein. — G. S. 07. 1. und 2. Hamburg. — W. S. 100. Der betreffende darf Verwalter sein. — W. 20. Sie können lebhaft auf Befreiung der Rängel und auf Schadenersatz klagen. Je länger Sie die Anstrengung der Klage verzögern, desto schwerer wird die Prozessführung. — Verlekt 257. Senden Sie sich an die Frauensache an die Ehefrau. — W. S. 10. Der Betrag kann ohne Verzicht eines Rechtsanwalts oder Notars geschuldet werden, ist aber ihrem Älteren Gläubiger gegenüber ungültig. — G. S. 200. Brunnstr. 66 bei Hänge. — W. S. 4. 1. Nach der herrschenden Ansicht muß das Kind an Religionsunterricht teilnehmen und gehört zu der Kirche, der die Eltern vor ihrem Austritt angehört. 2. Wie können Ihnen nur den Rat erteilen, sich an einen Ratgeber zu wenden. Bestimmte Hausmittel, die sicher wirken, sind nicht bekannt. — W. S. Die Entscheidung, ob Sie Schadenersatzpflichtig sind, hängt davon ab, ob nach Ansicht des Richters Sie eine Verschuldung trifft. — W. S. 100. Verjährung mit dem 31. Dezember d. J. — W. S. 40. Beantworten Sie bei der Gewerbeinspektion, Straßensache 1-3, die Kasse zur Rückzahlung zu veranlassen, event. klagen Sie beim Amtsgericht auf Rückzahlung gegen die Kasse. — W. S. 500. Senden Sie sich an das Hofmarschallamt. — G. S. 5. Beantworten Sie bei der Polizeidirektion, der Firma die Karte abzunehmen und Ihnen zu übergeben, und klagen Sie ferner beim Gewerbeamt auf vollen Schadenersatz und auf Rückgabe der Karte und des Baus. — W. S. 50. Das liegt sich nur durch Adoption erweisen. Zu diesem Schutze müssen Sie sich mit dem Vormund des Kindes in Verbindung setzen. — G. S. 09. — W. S. 22. Leider sind Sie im vollen Maße ersatzpflichtig. — Ehefrau. Die Beschwerde ist an die Eisenbahnverwaltung zu richten. — W. M. 1870. 1. Davon, daß sich in dem Grundstück Geld befunden habe, ist uns nichts bekannt. 2. Das ist von privater Seite geschildert. — O. W. 34. Als Agent sind Sie nicht kassenversicherungspflichtig. Gegen die Firma haben Sie keinen Anspruch.

W. S. 15. Die Klage hat Aussicht auf Erfolg. Um den Ausgang der Klage nicht von dem Gede des Gegners abhängig zu machen, ist es ratsam, Sie beschaffen sich ein schriftliches Anerkenntnis. — Pfalz 2000. 1. und 2. Ja. — G. S. in G. Sie sind steuerpflichtig. Den Ausweis beizubringen durch Anmeldung beim Amtsgericht Ihres Wohnortes. Innerhalb 4 bis 6 Wochen nach der Anmeldung müssen Sie den Ausweis zu Protokoll des Amtsgerichts erklären, auch wenn Sie eine Ladung nicht erhalten. — W. B. 2. Nur wenn Sie Ihre Forderung aufgeklagt haben. — C. S. 4. Sind Sie noch minderjährig, so ist die Klage abzuweisen, sonst ist leider, soweit ersichtlich, ein durchgreifender Einwand gegen die Klage nicht zu erheben, da Sie trotz aller Ermahnungen unsererseits den Befehlsherrn unterschrieben haben. Die von Ihnen angeführten Stellen wird der Gerichtsvollzieher wohl nicht finden. — W. D. 47. Der betreffende hat den Titel Bürgermeister. — W. S. 100. Wenn Sie klagen und der Schuldner nichts hat, haben Sie noch die Kosten zu tragen. Strafbuß ist der betreffende nicht. Sie können sich an einen tüchtigen Zahnarzt wenden lassen, um Geld und Verdienst zu sparen. Wenn Sie nicht jetzt noch Geld nach — 102. 1. und 2. Sie müssen zahlen. 3. Ja. — W. 100. Die Kinder beider Ehen erben gleichmäßig; an Stelle eines verstorbenen Kindes treten dessen Kinder. — A. G. 7. Nein. Das Verfahren muß von neuem eingeleitet werden. — W. 385. Sie müssen Beschwerde an die Armenverwaltung oder an den Magistrat richten. — W. S. 10. Der Abmonteurverein, dem Herrschaften angehören, gewährt über die Beendigung des Dienstes hinaus keine ärztliche Hilfe. — A. P. 4. In der Regel nur durch einen. — W. S. 19. 1. Eine 15 bis 20 M. werden für angemessen erachtet werden. 2. Nein. Ein Scheidungsgrund kann aus der Handlung abgeleitet werden. — G. P. 27. Stadtordehnung Hoffmann, Blumenstr. 14. — W. S. 29. Bei monatlicher Schließung oder bei monatlicher Ehemannschaft kann man, wenn nichts anderes vereinbart ist, nur bis zum 15. zum 1. kündigen, nicht am 1. zum 15. Kündigt man zum 15., so kann der Ehemann die vollen Monats Rente verlangen. Die Zimmer können Sie stets benutzen. — W. S. 15. 1. Es wird zurückgenommen, aber in dem neuen Testament die Rücknahme ausdrücklich erklärt. 2. Eine 10 M. 3. Ja. 4. Ja. Der Pflichtteil der Ehefrau beträgt 1/3 des Nachlasses. — W. M. 122. Nein. — Vorterrückung. Nein. — G. S. 07. 1. und 2. Hamburg. — W. S. 100. Der betreffende darf Verwalter sein. — W. 20. Sie können lebhaft auf Befreiung der Rängel und auf Schadenersatz klagen. Je länger Sie die Anstrengung der Klage verzögern, desto schwerer wird die Prozessführung. — Verlekt 257. Senden Sie sich an die Frauensache an die Ehefrau. — W. S. 10. Der Betrag kann ohne Verzicht eines Rechtsanwalts oder Notars geschuldet werden, ist aber ihrem Älteren Gläubiger gegenüber ungültig. — G. S. 200. Brunnstr. 66 bei Hänge. — W. S. 4. 1. Nach der herrschenden Ansicht muß das Kind an Religionsunterricht teilnehmen und gehört zu der Kirche, der die Eltern vor ihrem Austritt angehört. 2. Wie können Ihnen nur den Rat erteilen, sich an einen Ratgeber zu wenden. Bestimmte Hausmittel, die sicher wirken, sind nicht bekannt. — W. S. Die Entscheidung, ob Sie Schadenersatzpflichtig sind, hängt davon ab, ob nach Ansicht des Richters Sie eine Verschuldung trifft. — W. S. 100. Verjährung mit dem 31. Dezember d. J. — W. S. 40. Beantworten Sie bei der Gewerbeinspektion, Straßensache 1-3, die Kasse zur Rückzahlung zu veranlassen, event. klagen Sie beim Amtsgericht auf Rückzahlung gegen die Kasse. — W. S. 500. Senden Sie sich an das Hofmarschallamt. — G. S. 5. Beantworten Sie bei der Polizeidirektion, der Firma die Karte abzunehmen und Ihnen zu übergeben, und klagen Sie ferner beim Gewerbeamt auf vollen Schadenersatz und auf Rückgabe der Karte und des Baus. — W. S. 50. Das liegt sich nur durch Adoption erweisen. Zu diesem Schutze müssen Sie sich mit dem Vormund des Kindes in Verbindung setzen. — G. S. 09. — W. S. 22. Leider sind Sie im vollen Maße ersatzpflichtig. — Ehefrau. Die Beschwerde ist an die Eisenbahnverwaltung zu richten. — W. M. 1870. 1. Davon, daß sich in dem Grundstück Geld befunden habe, ist uns nichts bekannt. 2. Das ist von privater Seite geschildert. — O. W. 34. Als Agent sind Sie nicht kassenversicherungspflichtig. Gegen die Firma haben Sie keinen Anspruch.

W. S. 15. Die Klage hat Aussicht auf Erfolg. Um den Ausgang der Klage nicht von dem Gede des Gegners abhängig zu machen, ist es ratsam, Sie beschaffen sich ein schriftliches Anerkenntnis. — Pfalz 2000. 1. und 2. Ja. — G. S. in G. Sie sind steuerpflichtig. Den Ausweis beizubringen durch Anmeldung beim Amtsgericht Ihres Wohnortes. Innerhalb 4 bis 6 Wochen nach der Anmeldung müssen Sie den Ausweis zu Protokoll des Amtsgerichts erklären, auch wenn Sie eine Ladung nicht erhalten. — W. B. 2. Nur wenn Sie Ihre Forderung aufgeklagt haben. — C. S. 4. Sind Sie noch minderjährig, so ist die Klage abzuweisen, sonst ist leider, soweit ersichtlich, ein durchgreifender Einwand gegen die Klage nicht zu erheben, da Sie trotz aller Ermahnungen unsererseits den Befehlsherrn unterschrieben haben. Die von Ihnen angeführten Stellen wird der Gerichtsvollzieher wohl nicht finden. — W. D. 47. Der betreffende hat den Titel Bürgermeister. — W. S. 100. Wenn Sie klagen und der Schuldner nichts hat, haben Sie noch die Kosten zu tragen. Strafbuß ist der betreffende nicht. Sie können sich an einen tüchtigen Zahnarzt wenden lassen, um Geld und Verdienst zu sparen. Wenn Sie nicht jetzt noch Geld nach — 102. 1. und 2. Sie müssen zahlen. 3. Ja. — W. 100. Die Kinder beider Ehen erben gleichmäßig; an Stelle eines verstorbenen Kindes treten dessen Kinder. — A. G. 7. Nein. Das Verfahren muß von neuem eingeleitet werden. — W. 385. Sie müssen Beschwerde an die Armenverwaltung oder an den Magistrat richten. — W. S. 10. Der Abmonteurverein, dem Herrschaften angehören, gewährt über die Beendigung des Dienstes hinaus keine ärztliche Hilfe. — A. P. 4. In der Regel nur durch einen. — W. S. 19. 1. Eine 15 bis 20 M. werden für angemessen erachtet werden. 2. Nein. Ein Scheidungsgrund kann aus der Handlung abgeleitet werden. — G. P. 27. Stadtordehnung Hoffmann, Blumenstr. 14. — W. S. 29. Bei monatlicher Schließung oder bei monatlicher Ehemannschaft kann man, wenn nichts anderes vereinbart ist, nur bis zum 15. zum 1. kündigen, nicht am 1. zum 15. Kündigt man zum 15., so kann der Ehemann die vollen Monats Rente verlangen. Die Zimmer können Sie stets benutzen. — W. S. 15. 1. Es wird zurückgenommen, aber in dem neuen Testament die Rücknahme ausdrücklich erklärt. 2. Eine 10 M. 3. Ja. 4. Ja. Der Pflichtteil der Ehefrau beträgt 1/3 des Nachlasses. — W. M. 122. Nein. — Vorterrückung. Nein. — G. S. 07. 1. und 2. Hamburg. — W. S. 100. Der betreffende darf Verwalter sein. — W. 20. Sie können lebhaft auf Befreiung der Rängel und auf Schadenersatz klagen. Je länger Sie die Anstrengung der Klage verzögern, desto schwerer wird die Prozessführung. — Verlekt 257. Senden Sie sich an die Frauensache an die Ehefrau. — W. S. 10. Der Betrag kann ohne Verzicht eines Rechtsanwalts oder Notars geschuldet werden, ist aber ihrem Älteren Gläubiger gegenüber ungültig. — G. S. 200. Brunnstr. 66 bei Hänge. — W. S. 4. 1. Nach der herrschenden Ansicht muß das Kind an Religionsunterricht teilnehmen und gehört zu der Kirche, der die Eltern vor ihrem Austritt angehört. 2. Wie können Ihnen nur den Rat erteilen, sich an einen Ratgeber zu wenden. Bestimmte Hausmittel, die sicher wirken, sind nicht bekannt. — W. S. Die Entscheidung, ob Sie Schadenersatzpflichtig sind, hängt davon ab, ob nach Ansicht des Richters Sie eine Verschuldung trifft. — W. S. 100. Verjährung mit dem 31. Dezember d. J. — W. S. 40. Beantworten Sie bei der Gewerbeinspektion, Straßensache 1-3, die Kasse zur Rückzahlung zu veranlassen, event. klagen Sie beim Amtsgericht auf Rückzahlung gegen die Kasse. — W. S. 500. Senden Sie sich an das Hofmarschallamt. — G. S. 5. Beantworten Sie bei der Polizeidirektion, der Firma die Karte abzunehmen und Ihnen zu übergeben, und klagen Sie ferner beim Gewerbeamt auf vollen Schadenersatz und auf Rückgabe der Karte und des Baus. — W. S. 50. Das liegt sich nur durch Adoption erweisen. Zu diesem Schutze müssen Sie sich mit dem Vormund des Kindes in Verbindung setzen. — G. S. 09. — W. S. 22. Leider sind Sie im vollen Maße ersatzpflichtig. — Ehefrau. Die Beschwerde ist an die Eisenbahnverwaltung zu richten. — W. M. 1870. 1. Davon, daß sich in dem Grundstück Geld befunden habe, ist uns nichts bekannt. 2. Das ist von privater Seite geschildert. — O. W. 34. Als Agent sind Sie nicht kassenversicherungspflichtig. Gegen die Firma haben Sie keinen Anspruch.

W. S. 15. Die Klage hat Aussicht auf Erfolg. Um den Ausgang der Klage nicht von dem Gede des Gegners abhängig zu machen, ist es ratsam, Sie beschaffen sich ein schriftliches Anerkenntnis. — Pfalz 2000. 1. und 2. Ja. — G. S. in G. Sie sind steuerpflichtig. Den Ausweis beizubringen durch Anmeldung beim Amtsgericht Ihres Wohnortes. Innerhalb 4 bis 6 Wochen nach der Anmeldung müssen Sie den Ausweis zu Protokoll des Amtsgerichts erklären, auch wenn Sie eine Ladung nicht erhalten. — W. B. 2. Nur wenn Sie Ihre Forderung aufgeklagt haben. — C. S. 4. Sind Sie noch minderjährig, so ist die Klage abzuweisen, sonst ist leider, soweit ersichtlich, ein durchgreifender Einwand gegen die Klage nicht zu erheben, da Sie trotz aller Ermahnungen unsererseits den Befehlsherrn unterschrieben haben. Die von Ihnen angeführten Stellen wird der Gerichtsvollzieher wohl nicht finden. — W. D. 47. Der betreffende hat den Titel Bürgermeister. — W. S. 100. Wenn Sie klagen und der Schuldner nichts hat, haben Sie noch die Kosten zu tragen. Strafbuß ist der betreffende nicht. Sie können sich an einen tüchtigen Zahnarzt wenden lassen, um Geld und Verdienst zu sparen. Wenn Sie nicht jetzt noch Geld nach — 102. 1. und 2. Sie müssen zahlen. 3. Ja. — W. 100. Die Kinder beider Ehen erben gleichmäßig; an Stelle eines verstorbenen Kindes treten dessen Kinder. — A. G. 7. Nein. Das Verfahren muß von neuem eingeleitet werden. — W. 385. Sie müssen Beschwerde an die Armenverwaltung oder an den Magistrat richten. — W. S. 10. Der Abmonteurverein, dem Herrschaften angehören, gewährt über die Beendigung des Dienstes hinaus keine ärztliche Hilfe. — A. P. 4. In der Regel nur durch einen. — W. S. 19. 1. Eine 15 bis 20 M. werden für angemessen erachtet werden. 2. Nein. Ein Scheidungsgrund kann aus der Handlung abgeleitet werden. — G. P. 27. Stadtordehnung Hoffmann, Blumenstr. 14. — W. S. 29. Bei monatlicher Schließung oder bei monatlicher Ehemannschaft kann man, wenn nichts anderes vereinbart ist, nur bis zum 15. zum 1. kündigen, nicht am 1. zum 15. Kündigt man zum 15., so kann der Ehemann die vollen Monats Rente verlangen. Die Zimmer können Sie stets benutzen. — W. S. 15. 1. Es wird zurückgenommen, aber in dem neuen Testament die Rücknahme ausdrücklich erklärt. 2. Eine 10 M. 3. Ja. 4. Ja. Der Pflichtteil der Ehefrau beträgt 1/3 des Nachlasses. — W. M. 122. Nein. — Vorterrückung. Nein. — G. S. 07. 1. und 2. Hamburg. — W. S. 100. Der betreffende darf Verwalter sein. — W. 20. Sie können lebhaft auf Befreiung der Rängel und auf Schadenersatz klagen. Je länger Sie die Anstrengung der Klage verzögern, desto schwerer wird die Prozessführung. — Verlekt 257. Senden Sie sich an die Frauensache an die Ehefrau. — W. S. 10. Der Betrag kann ohne Verzicht eines Rechtsanwalts oder Notars geschuldet werden, ist aber ihrem Älteren Gläubiger gegenüber ungültig. — G. S. 200. Brunnstr. 66 bei Hänge. — W. S. 4. 1. Nach der herrschenden Ansicht muß das Kind an Religionsunterricht teilnehmen und gehört zu der Kirche, der die Eltern vor ihrem Austritt angehört. 2. Wie können Ihnen nur den Rat erteilen, sich an einen Ratgeber zu wenden. Bestimmte Hausmittel, die sicher wirken, sind nicht bekannt. — W. S. Die Entscheidung, ob Sie Schadenersatzpflichtig sind, hängt davon ab, ob nach Ansicht des Richters Sie eine Verschuldung trifft. — W. S. 100. Verjährung mit dem 31. Dezember d. J. — W. S. 40. Beantworten Sie bei der Gewerbeinspektion, Straßensache 1-3, die Kasse zur Rückzahlung zu veranlassen, event. klagen Sie beim Amtsgericht auf Rückzahlung gegen die Kasse. — W. S. 500. Senden Sie sich an das Hofmarschallamt. — G. S. 5. Beantworten Sie bei der Polizeidirektion, der Firma die Karte abzunehmen und Ihnen zu übergeben, und klagen Sie ferner beim Gewerbeamt auf vollen Schadenersatz und auf Rückgabe der Karte und des Baus. — W. S. 50. Das liegt sich nur durch Adoption erweisen. Zu diesem Schutze müssen Sie sich mit dem Vormund des Kindes in Verbindung setzen. — G. S. 09. — W. S. 22. Leider sind Sie im vollen Maße ersatzpflichtig. — Ehefrau. Die Beschwerde ist an die Eisenbahnverwaltung zu richten. — W. M. 1870. 1. Davon, daß sich in dem Grundstück Geld befunden habe, ist uns nichts bekannt. 2. Das ist von privater Seite geschildert. — O. W. 34. Als Agent sind Sie nicht kassenversicherungspflichtig. Gegen die Firma haben Sie keinen Anspruch.

Witterungsübersicht vom 17. Juli 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad Celsius	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad Celsius		
Stolmeide	750	W	2	bedekt	17	Nagaranda	754	W	6	bedekt	7
Damburg	762	W	3	bedekt	15	Petersburg	755	W	2	bedekt	21
Berlin	760	S	2	bedekt	14	Wien	770	R	1	bedekt	17
Frankfurt	763	D	1	wolkig	17	Berden	773	W	2	wolkig	14
München	763	S	4	bedekt	18	Paris	767	R	3	wolkig	13
Wien	761	W	2	bedekt	10						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 18. Juli 1907.
Nebel und vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und stellenweise nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 18. Juli.
Anfang 8 Uhr.
Neues Igl. Obertheater. Die schöne Galathee. Volzgo. Deutsches. Der Jongleur.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die lustigen Weiber von Windsor.
Schiller N. (Ritterlich-Weimarsches Theater.) Kyrië-Präh.
Neues Schauspielhaus. Raffes. Kleines. Vater und Sohn.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Westen. Die lustige Witwe. Lustspielhaus. Die Welt ohne Männer.
Berndorf Hofe. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nachm. 4 1/2 Uhr: Die Schindler. Unter'm Birnbaum. Arbeit schändet nicht.
Metropol. Der Teufel lacht dazu. Apollo. Der Hochzeitstag. Spezialitäten.
Volhalla. Spezialitäten.
Folles Caprice. Gellerauto. — Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Winter-Tymian. Passage. Spezialitäten.
Ziergarten. Inhabersstr. 57/62.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) Worwip-Ober.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Gastspiel der groß. Sopranistin Gertrud Runge. Gasttheater in Weimar: Die lustigen Weiber von Windsor. Komant. Oper in 4 Akten v. D. Nicolai.
Freitag, abends 8 Uhr: Gastspiel Heinrich Büchel: Der Troubadour.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Don Juan oder: Der steinerne Gast.

Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelms-Theater.

Abends 8 Uhr: Kyrië-Präh.
Lustspielhaus. Anfang 8 Uhr.
Die Welt ohne Männer.
Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauehen überall gestattet.

Kleines Theater.

Vater und Sohn.

Morgen und folgende Tage: Vater und Sohn.
Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die lustige Witwe. Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Fröbels Allerlei-Theater

früh. Pflanzmann. Schindl. Akte 148. Keltisches Volkstheater Berlin. Heute sowie täglich: Der durchweg neue, erfolgreiche Juli-Prählan.
Besondere: Frank Gregory-Troppe. Herrn. Millardo: Der Pantin-Klub. Real! The Champlain. Winter-Tymian. Olga Vord. Gustav Müller. Cund-Trio usw.
Nur nach langer Zeit: Großstadt-Prählan. Im Saale: Großer Ball. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Freie Volksbühne

Alle diejenigen Mitglieder, welche auch in der nächsten Saison dem Verein angehören wollen, müssen eine diesbezügliche Erklärung sofort in ihrer Zahlstelle abgeben. Umschreibungen in eine andere Zahlstelle sind nach Abholung der neuen Karten aus der bisherigen Zahlstelle nur in den Monaten Juli und August zu bewirken.
Anmeldungen zur 19. und 20. Abteilung werden, soweit noch Raum vorhanden, in allen Zahlstellen angenommen. Das Einschreibegeld und der Beitrag (90 Pf.) ist bei der Anmeldung bis zur Aufnahme durch den Vorstand in der Zahlstelle zu hinterlegen. 229/12*
Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Besondere Gelegenheiten n. allen Stadtricht. Ob schön! Täglich im herrl. Garten ober gr. Saal: Ob Regen!
The Heros phänomenale gymnastische Neuheit.
Heinz Heuer
der beliebte Rekruten-Darsteller ist wieder da!
Und das vollständig neue brillante Juli-Programm.
Auf. 8 Uhr. Kafetische. Volkshelufig. aller Art. Entree 20 Pf., Comit. 30 Pf.

Reichshallen-Theater.

Gastspiel des berühmten Winter-Tymian mit seiner herrlichen Gesangs-Partie.
Anfang 8 Uhr.
1. Aufg.: Wiederbeginn der Solisten der Stadt. Sänger.

Sanssouci.

Kollbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimor.
Bei günstiger Witterung auf der Gartenbühne. Heute sowie jeden Sonntag und Montag:
Hollmanns Nordl. Sänger u. Tanztruppe. Glänzender Erfolg!
Die Frau Feldweibel. Lustspiel in einem Akt.
Sonntag Beginn 8, wochentl. 8 Uhr.

BOHEMISCHER ZGARTEN

Täglich ab nachm. 5 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr: Das große komische Programm! u. a.: Jean Pant in seinen Original-Opern. Jean Clermonts Zirkus-Parodie Barnum u. Weisbeid.
10 Uhr: Hartstein in seiner Vorlesung „Der Hochzeitstag“ als Crösborcher Lehmann.

DERNARD ROSE THEATER

Gr. Anhalterstr. 182.
Im Garten, Anf. 9 1/2 Uhr: Das erste große Juli-Programm.
Eberly 50 Pf. Entree 30 Pf. Im Theater abends 8 1/2 Uhr: Der große Unbekannte. Sommerpreise.

Walhalla-Wandergarten

Weinbergweg 19/20, Avenue. Der 15. Juli-Spezialitäten. Promenaden-Konzert. Anf. 8 Uhr: Vorstellung 7 Uhr. Bei ungünstiger Witterung Vorstellung im Theater 8 Uhr. Kleine Sommerpreise.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Ost. Strassenstr. 16
Vollständig neues Programm!
6 1/2 Uhr: Die blonde Nora Björk.
9 1/2 Uhr: Der beliebte Anton Hilsach.
9 1/2 Uhr: Seubers und Madelaine.
9 1/2 Uhr: Die Reckenburger oder: Ein Trunk Alt-Wein.
Bei schönem Wetter: Vorst. im Saal.

Belle-Alliance-Garten Ringkampf.

6 Uhr: Konzert und Variété.
Konkurrenz-3000 Mk. Gelampfeiler. Wettkämpfe von Albert Sturm, Akner, Weising, Kardinoske, Debie, van der Hof usw. usw.

Volksgarten-Theater.

Bad-Beimstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Seemannstraße.
Der rechte Weg.
Original-Vollstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten von W. Gellert.
Herrg:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm. Volkshelufigungen.

Prater-Theater.

Rasthagen-Allee 7/9.
Flotte Weiber. Spezialitäten 1. Ranges. Auftritte der Lüwenbraut Tilly Böhle mit ihren drei Söhnen. Konzert und Ball. Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Uk-Trio.

Felix Schauer Ukulele-Quintett.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße 57.
Sonnabend, den 3. August:
Wieder-Eröffnung.
Premiere von
Madame Wig-Way.
Operetten-Ensemble von Anton u. Donat Herrnfeld. Musik v. L. Ziel.
Dazu die Separé-Affäre
Es lebe das Nachleben!

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Bornh. Ross.
Täglich: Mit großem Erfolge:
Carmen.
Erfüll. Spezialitäten-Programm:
The 3 Millions. P. Vendara.
Gebr. Damm. Luri-Luri-Trio.
Arthur Wolff.
Roberts Comp. Schattenpant.
Geste: Großer Elite-Ball.
Kasseneröffnung 8 Uhr. Anf. 5 Uhr.
Montag, 5. August: Benefiz für
Heinrich Richter.

Schweizergarten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 50, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler
Arturo
Bernardi.
Berlins schickste Sourette
Ida Perry
14 Variété-Sensationen 14

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.
Filiale Berlin.
Freitag, 19. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Nr 15 (großer):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Quartalsbericht des Vorstandes. 2. Stellungnahme zur Kündigung des Tarifes von Seiten der Unternehmern. 3. Verschiedenes.
In dieser Versammlung werden die Protokolle der 8. General-Versammlung ausgegeben.
Zahlreichen Besuch erwartet. Mitgliederbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Landes-Ausstellungs-Park.
Neu erbaut: Festhalle, Café und Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejourners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners und Soupers von 4 Mark an. 32/13*
Doppelkonzert. Illuminationsabende großen Stils.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114.
Donnerstag, den 18. Juli 1907: **Elite-Tag.**
Gr. Doppel-Konzert
Gala-Spezialitäten-Vorstellung
Monster-Feuerwerk
Anfang 5 Uhr. **Tanz-Reunion.** Anfang 5 Uhr.
Auf dem Kiesenbratapparat: **Graten von 300 Gänsen.**
Anschnitt 6 1/2 Uhr. Portion 90 Pf.
Entree zum Konzertgarten 10 Pf.
Entree zum Theatergarten 50 Pf.

Unerhörte Getreideausfuhr!
Warum nimmt die deutsche Presse solchen Vorgängen gegenüber keine Stellung? 40/15
Das Wirtschaftsabbild der Gegenwart und der Zukunft
ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. - Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verleger Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbst Flugschriften und Prospekte.

Gesetzl. geschützt
"TASSI"
CIGARETTEN
sind die besten.
ULLY YORK ACOSTA } 3 Pfg.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.
(Eingelchr. Hilfskasse Nr. 29, Hamburg.)
Filiale Wildau. Kreis Teltow.
Sonntag, den 21. Juli, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Otto Schumann:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
Berichterstattung von der 14. ordentlichen General-Versammlung. 18915
Die Ordverwaltung.

Neu-Erscheinungen:
Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen.
Zweite, völlig umgearbeitete und vermehrte Auflage.
Preis brosch. 2.- M., geb. 2.50 M.
ferdinand Lassalles
„Offenes Antwortschreiben.“
Durchgesehen, mit Einleitung und Anmerkungen versehen von Eduard Bernstein.
Preis 40 Pf.
in besserer Ausstattung 1.- M.
Patriotismus und Sozialdemokratie
von Karl Kautsky. Preis 20 Pf.
Die Agrarfrage in Rußland
Die bäuerliche Wirtschaftsform und die Arbeiter.
Eine Untersuchung von Peter Wakhon.
Preis brosch. 2.50 M., geb. 3.- M.
Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch von Venedig. Preis 1.- M.
In der russischen Bastille während der Revolution.
Eindrücke, Stimmungen und Betrachtungen von Venedig.
Preis brosch. 1.- M., geb. 1.50 M.
Viermal entflohen von Leo Deutsch.
Verfasser von „Sechzehn Jahre in Sibirien.“
Preis brosch. 1.50 M., geb. 2.- M.
Der Neue Weltkalender für 1908.
Preis 40 Pf.
Zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW. 68, Linden-Str. 69, Laden.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 53539*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherie.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

Verwandten und Freunden die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Karoline Karge
geb. Zetta
nach langem Krankenlager gestorben ist.
Beerdigung Freitag nachmittags 6 Uhr von der Leichenhalle des Begräbnisplatzes der Freiheitlichen Gemeinde Vappri-Allee 15/17.
Emil Karge, Steinischleifer,
1833b Rantewitzstr. 12.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13/15.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Jeden Montag: **Sommerfest.**
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderstücke.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeetische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Tischler
Franz Eckstein
am 15. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Bins-Kirchhofes in Wilhelmshagen auf statt. 90/16
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 14. Juli infolge eines Unfalls unser langjähriges Mitglied, der Kupferer
Franz Meier
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 18. Juli, nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhofe der Arbeiterkolonie in Weihenowen statt.
74/2 Die Ortsverwaltung II.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Fritz Krüger
am 30. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
122/5 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Raucher-Bund
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Ehefrau des Mitgliedes
Kurth
aus Alsb. Gemäldestr. II, SO. am 15. Juli verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstr. 10, auf statt.
3/7 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am 16. Juli, 1907, Uhr vor- mittags, verschied nach schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau
Minna Schlecht
geb. Heyno 18725
Dies zeigt tiefbetäubt, um Alles Beileid bittend, an
Karl Schlecht,
Simonsstr. 8, II.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Simons-Gemeinde in Veit auf statt.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Leppische mit Farbenlebern Fabrik- niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Rauerhof. 41
Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41
Gardinenhaus Große Frankfurter- straße 9, parterre. kein Laden. Rauerhof. 17
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz. Blumen- straße 32b. 2515R*
Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2167R*
Fahrräder, Zellkühlungen. An- naldenstraße 20, Stallgerstraße 40. *
Leppische (Lehrerklasse) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppischlager Berlin, Odestraße Markt 4, Bahnhofs Börse. 25111*
Gasföcherhand. Spelodog- fächer 3,00. Wohlfahrer, Ballnerstrater- straße 32. 2594R*
Wandteichhaus! Dermaßenplatz 16. Für jedermann! Spottbilligster Weltverkauf, Brautbetten, Ver- mietungsabtei, Wänderverkauf, Bett- stücke, Nähmaschinen, Aussteuerwäse, Gardinenverkauf, Leppischlager, Gold- schalen, Uhrenverkauf, Badetanzgüge, Geschodangänge, Sommerpaletots.
Reifeartikel, Operngläser, Reife- güte, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Hütern, Bilder, Leppische, spottbillig. Lude, Oranien- straße 131. 18496*

Grünfranggeschäft billig zu ver- kaufen, Rixdorf, Beilestraße 63.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad 25,00. Schädel, Schmidstraße 37.
Kinderwagen, Kinderbettstellen Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt spottbillig. Schneider, Kurfürsten- straße 172. 2247R*
Aufbaum-Herrenschriftlich, Tru- meauspiegel mit Stufe, Schreiber, Leubsdorger Allee 14 II. 169*Tüllbettedecken, volle Bettgröße** 2,50. in Erdstül 6,35, Tülldecken 1,85, Erdstüldecken 4,35. Leppichhaus Emil Lehore, Oranienstraße 158. *
Möbelschleifer liefert gediegen. Wohnanrichtungen außerst billig. Dunte Küchen. Auch Kattengalung. Kein Laden. Garnaß, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Gemessen erhalten 3 Prozent. *
Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt spottbillig. Sommer, Wienerstraße 51.
Kinderwagen, fast neu, billig zu verkaufen. Zu erfragen Partespedi- tion Rummelsburg. 7145
Partiespedition wegen zur Auf- hebung zu verkaufen. Näheres Klein- straße 9 d, Zigarrengeschäft. 7104
Entgehendes Materialwaren-Ges- mäßgeschäft verkauft Erdmann, Thae- rstraße 32b. 769
Zigarrengeschäft, gut gehend, preiswert zu verkaufen. Näheres Kopenikusstraße 11. 769***Stilles Grünfranggeschäft** billig verläufig Alkensteinerstraße 35. 769
Herrenfahrrad verkauft Scherzer, Kottbuserstraße 17 IV. 7109**

Zigarrengeschäft, vorzügliche Lage, sofort oder 1. 10. 07 billig zu verkaufen. Charlottenburg, Franklin- straße 19. 766*
Rekulation verläufig, vis-a-vis Spelcher, Aufseherstraße. Offerten J., Postamt 33.
Verschiedenes.
Seht die Mutter Sprache beherrschen! Erfolgreich, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter- richtsstunde wöchentlich genügt. Ge- sellige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
Varentanwalt Wessel, Göttinger- straße 94a. 2553R*
Nebenverdienst im Hause. Aus- sacht gratis. Offerten B. 81 Post- amt 68 erbeten. 1892b
Vermietungen.
Restaurant Soldinerstraße 34 so- fort vermietbar. 2592R*
Wohnungen.
Schöne billige Wohnungen Sol- dinerstraße 32/34.
Moderne Kleinwohnungen sehr billig Türkenstraße 17, neben Paul Gerberdahlstr. 2576R*

Sohnwohnungen, leere Stuben 10,00, 13,50, 18,50, 25,00 sofort Pflasterstraße 22.
Zimmer.
Möbliertes Zimmer für einen oder zwei Herren zu vermieten Kol- bergerstraße 26, III. 1190R*
Teinnehmer zum möblierten Zimmer gesucht Becken-Allee 11, Seitenflügel I rechts. 1715b
Möbliertes Zimmer, 15,00, Herr oder Dame, Wäldersstraße 108, vorn II, Reinhardt. 767
Schlafstellen.
Schlafstelle, 2-3, Rixdorf, Ver- linerstraße 73, 2 Treppen, Reinhold.
Schlafstelle, möbliert, zwei Herren, Lüderstraße 50, vorn rechts parterre.
Möblierte Schlafstelle Oppelner- straße 14, Hof III, Grundte. 770
Mietsgesuche.
Herr sucht kleines möbliertes Zimmer zum 1. August, Nähe Wedding- oder Gesundbrunnen- Bahnhof. Offerten mit Preisangabe Zeitungspedition Stettinerstraße 10.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stülfflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeschickt. H. Wälder, Mühl- straße 27. 1408b

Stellenangebote.
Chausseure und Jahreshälter ver- langt Ernst Dommens, Brüdernallee 15 (Welleueckebahnhof), größte Chausseur- schule Deutschlands, 12 eigene Jah- rezuge verschiedener Systeme, Repara- turwerkstatt, Beschäftigung empfehlens- wert, Stellenanmeldung. Chausseur- zentrale* seit langjähriger Chausseure und Autohändler gesucht. 1860b*
Chausseurschule „Am Wedding“, nur Gerichtstraße 17, größte, be- deutendste, nimmt seit Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chausseur unter Ingenieur- leitung. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Kostenlose Vermittlung hoch- gebildeter Stellen. 2893b
Nebenverdienst, wöchentlich 10 Mark, für rührende Vertreter vergibt Kunze, Rixdorf, Wäldersstraße 11. 769*
Tüchtige Krieter und Viehwärmer für Preßluft sucht sofort H. Druden- müller, G. m. b. H., Schönberg, Tempelhofer Weg 46/47. 1876b
Steinmetz (Schriftsetzer), tüchtig, sucht sofort E. Rey, Steinmetzmeister, Nordend. 1875b
Tüchtigen Steinmetz, der auch Schrift gut hauen kann, verlangt August Schulz, Wäldershof, Hadenberg- straße 15. 1875b
Reinigungsfrau für Sonnabend vormittags verlangt Wäldersstraße 24, Laden. 722
Parfumerierin verlangt Gold- leihen-Rahmenfabrik. Wolff, Drefsen- bachstraße 33. 1877b
Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Gerich- tstraße 14. 50/20*

Zm Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Achtung! Töpfer!
Die Baufirma Regierungsbaumeister Gustav Höncke, Zagenstraße 43, bleibt bis auf weiteres **gesperrt**. In Betracht kommt der Bau **Tile Wardenbergstraße 3/4**, ausgeführt vom Töpfermeister Kunze, Bolg- straße 33. 200/7
Ebenso bleibt die Firma **Otto Raack**, Baumhulenden, Eichenbad- straße 3, bis auf weiteres **gesperrt**.
Bei beiden Sperren handelt es sich um Lohnausfall.
Die Verbandsleitung.
Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Wegen Streik und Differenzen ist gesperrt:
für Vergolder u. Leistenpolierer die Firma **Mackensen**, Ritter- straße 47. 86/17*
Für Bodenleger gesperrt der Bau Schillerstr. 121/122, Firma **Wittig**.
Für Kordmacher bei Schmidt, Dresdenerstr. 82.
Die Ordverwaltung.